

TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

179 46. JAHRGANG
3/2024

Wirtschaftsstandort Deutschland: Resilienz stärken

TOP-INTERVIEW

„Deutschland muss eine
starke Industrienation bleiben“

Friedrich Merz MdB

ENERGIEWENDE

Weder Fisch noch Fleisch

Prof. Dr. Felix Müsgens
Prof. Dr. Justus Haucap

SICHERHEITSPOLITIK

Sicherheit als Wirtschaftsfaktor

Frank Haun

Mehr Digitalisierung, mehr Service – mehr Entspannung?



„Absolut. Bei Post und DHL kann ich super viel online erledigen: zum Beispiel Briefe und Pakete per App frankieren, den Lieferweg von Paketen live verfolgen, mit Postscan kann ich meine Briefe digital lesen, wo ich will, ich kann Paketablage und Paketmitnahme vereinbaren ... und hier mal ganz in Ruhe entspannen.“

LÄUFT.

Selber checken auf [VogelCheckt.de](https://www.vogelcheckt.de)

Deutsche Post 



Foto: Neill Killius

**Astrid Hamker**Präsidentin des Wirtschaftsrates
der CDU e.V.

hebe diejenigen und Feinde der Wirtschaften,

Noch ein Jahr bis zur Bundestagswahl!“, denke ich immer wieder mit einem Seufzen. Eine Koalition, deren tragende Parteien abgestraft wurden wie keine Regierung zuvor, soll noch zwölf Monate weiterregieren. Ohne den „Woidke-Effekt“ in Brandenburg hätten womöglich Teile der SPD die Kanzlerfrage gestellt. Grüne und FDP stürzten ab, letztere wurde regelrecht

vor der letzten Bundestagswahl gelernt, sondern ein klares wirtschaftspolitisches Statement abgegeben: So kann es in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch in der Migrationspolitik nicht mehr weitergehen. Friedrich Merz, dem ich und viele von Ihnen nahestehen, vertritt den Markenkern Soziale Marktwirtschaft wie kaum ein anderer in der Union. Der programmatische Prozess unter der Führung von Friedrich Merz und Dr. Carsten Linnemann in den letzten zwei Jahren hat das Profil der CDU inhaltlich wieder deutlich geschärft.

Kürzlich fragte mich ein Journalist: „Friedrich Merz hat noch nie Ministerium geführt, kann er überhaupt Kanzler?“ Diese Denke, dass in der Wirtschaft erworbene Führungskompetenz weniger wiegen soll, verwundert mich sehr. Braucht die Politik nicht gerade mehr Input von uns? Das habe ich dann auch in meiner Antwort deutlich gemacht.

Unser Land und Europa stehen vor so großen Herausforderungen, dass wir unsere unternehmerische Expertise in Berlin und Brüssel in den nächsten Monaten verstärkt einbringen müssen. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen und Ihre Anregungen.

„So kann es in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie in der Migrationspolitik nicht mehr weitergehen.“

atomisiert. Rechts- und Linkspopulisten gewinnen so viele Stimmen, wie wir es uns auf unserer bisherigen „Insel der Seligen“ in Deutschland nicht vorstellen konnten.

Deutschland hat zwei „Zeitenwenden“ hinter sich, die Flüchtlingskrise 2015 und die Ukraine Krise seit zweieinhalb Jahren, in denen wir eigentlich immer noch stecken. Weiß unsere Bundesregierung darauf die richtigen Antworten zu geben? Trotz weniger positiver Ansätze überwiegen die Gegensätze, spätestens seit klar ist, dass SPD und Grüne nach dem Karlsruher Urteil nicht mehr „aus den Vollen“ schöpfen und unbeirrt weiter Schulden machen können.

Die Union hat sich erfreulich schnell und einmütig auf Friedrich Merz als Kanzlerkandidaten geeinigt und damit nicht nur aus den Fehlern

Heraus
Ihre Astrid Hamker

Inhalt



Foto: Tobias Koch

08 TOP-INTERVIEW

„Deutschland muss eine starke Industrienation bleiben“

TREND sprach exklusiv mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzenden der CDU Deutschlands Friedrich Merz MdB, über Wahlen, die Ampelkoalition, den Zustand des Wirtschaftsstandortes Deutschland und Europa und die riesigen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen sowie über Arbeitsmarktpolitik.



Foto: AdobeStock@srapolujin

12 STANDORT DEUTSCHLAND

Resilienz der Wirtschaft stärken

Die zunehmenden geopolitischen Spannungen führen Europa schmerzhaft vor Augen, wie krisenanfällig offene Gesellschaften und rohstoffarme, global vernetzte Volkswirtschaften gegenüber externen Schocks sind. Die Quintessenz liegt auf der Hand: Europa muss seine Verteidigung ausbauen, Energiequellen diversifizieren und mit einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik seine Abwehrkräfte stärken. Nur wettbewerbsfähige Volkswirtschaften sind resilient genug, um sich in einer neuen Ära latenter Unsicherheit zu behaupten.

START

EDITORIAL

3 ► Astrid Hamker

AUSSENANSICHT

6 Ein starker Euro bedingt einen soliden deutschen Staatshaushalt
► Angela Wefers

TITEL

STANDORT DEUTSCHLAND

12 Resilienz der Wirtschaft stärken
► Peter Hahne

18 Bürokratieabbau:
Weniger, schneller, besser
► Dr. Marco Buschmann MdB

19 Deutschland als Wegbereiter für eine CO₂-neutrale Zukunft
► Paul Teufel, Malte Feucht, Steffen Garbe

20 Sicherheit und Wirtschaft gehören zusammen
► Boris Pistorius

21 Wachstumsimpulse für Deutschland
► Christian Lindner MdB

22 Fundament für Europas Zukunft
► Christian Sewing

23 Ein Plädoyer für die Kapitalmarktunion
► Dr. Stephan Leithner

24 Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt rücken
► Dr. Robert Habeck MdB

AKTUELL

INTERVIEW

8 „Deutschland muss eine starke Industrienation bleiben“
► Friedrich Merz MdB

US-WAHL

18 Härtere Markt-Macht-Bedingungen für Europa
► Dr. Josef Braml

ENERGIEWENDE

26 Weder Fisch noch Fleisch
► Prof. Dr. Felix Müsgens, Prof. Dr. Justus Haucap

FACHKRÄFTESICHERUNG

29 Mehr Arbeitskräfte heißt mehr Wohlstand
► Dr. Dirk Friederich

TREND-GRAFIK

32 Deutschland muss Cyberangriffe ernster nehmen

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

34 Verkrustete Strukturen aufbrechen
► Dr. Carsten Linnemann MdB

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

35 Europäische Souveränität sichern
► Dr. Volker Wissing MdB

INNOVATIONEN

36 Technologiefreiheit ist der Schlüssel
► Bettina Stark-Watzinger MdB

37 Gemeinsam innovativ
► Aušrinė Armonaitė

LIEFERKETTEN

38 Sicher und nachhaltig gestalten
► Omid Nouripour

40 Heimische Landwirtschaft stärken!
► Michaela Kaniber MdL

SICHERHEITSPOLITIK

40 Sicherheit als Wirtschaftsfaktor
► Frank Haun

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

42 Innovationsfreude und Mut gefragt
► Prof. Dr. Jens Weidmann

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

43 Herausforderungen des demografischen Wandels für die Altersvorsorge
► Sabine Mauderer



Foto: AdobeStock@Carl-Jürgen Bautesch

26 ENERGIEWENDE

Weder Fisch noch Fleisch

Die Energiewende ist zum Scheitern verurteilt, wenn die Bundesregierung sie weiter über eine Mischung aus Ordnungsrecht und Ordnungspolitik steuert und sie damit unbezahlbar wird.

WIRTSCHAFTSRAT

INNENANSICHT

44 Neues aus den Kommissionen

IMPRESSIONEN

46 Wirtschaftstag 2024

BUNDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG

48 Zurück zu Wachstum

STANDPUNKT STEIGER

49 Ein Weiter-so in Brüssel
schadet Europa

ENGAGEMENT

50 „Der Staat ist nicht
der bessere Unternehmer“
Thomas Wolff

SCHLUSS

AUS DEN LÄNDERN

52 Rückblick | Einblick | Ausblick

56 Impressum

FORUM

57 Im Spiegel der Presse

58 Zahlen des Quartals

58 Spindoktor



Foto: AdobeStock/filmbildbank

40 SICHERHEITSPOLITIK

Sicherheit als Wirtschaftsfaktor

Sicherheit als Wirtschaftsgut lässt sich nicht als Faktor von Angebot und Nachfrage betrachten.

www.arge-netz.de

Die Energie- gemeinschaft im Norden

ARGE NETZ ist eine der führenden Unternehmensgruppen erneuerbarer Energieerzeuger aus dem hohen Norden. Mittelpunkt unserer Arbeit ist die Nutzung Erneuerbarer Energien im Rahmen einer integrierten Energieplanung.

ARGE NETZ
Energie von hier

Ein starker Euro bedingt einen soliden deutschen Staatshaushalt

Der Haushaltsstreit in Deutschland hat auch eine europäische Dimension. Das Ringen um einen verfassungsgemäßen Haushalt in Berlin färbt auf die fiskalische Disziplin in Europa ab. Wenn Deutschland bei der Schuldenbremse trickst, kann es kaum noch glaubwürdig solide Staatsfinanzen in Europa von den übrigen Mitgliedsländern einfordern.

So wenig wie die deutsche Schuldenbremse ein Selbstzweck ist, sind es die europäischen Verschuldungsregeln. Sie sollen zu fiskalischer Disziplin zwingen, wo andere Mechanismen fehlen. Ohne nationale Währungen spüren die Euroländer keinen Abwertungsdruck in ihren Volkswirtschaften, wenn sie in der Schuldenpolitik über die Stränge schlagen. Allenfalls

das schwindende Vertrauen von Investoren in Staatsanleihen hat Regierungen nervös gemacht. Für den Euro als Gemeinschaftswährung ist eine solide Fiskalpolitik der Nationalstaaten aber zentral: Stablen Finanzen folgt eine stabile Währung.

Deutschland galt in Europa als Musterschüler. In den wirtschaftlich guten Jahren von 2014 bis 2019 hatte der Gesamtstaat aus Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen mit satten Überschüssen abgeschlossen – in sechs Jahren kamen 224 Milliarden Euro zusammen, davon allein beim Bund 88 Milliarden Euro. Die Corona-Pandemie und der von Russland ausgelöste Energiepreisschock kehrten dies um: Von 2020 bis 2023 wurden bei ausgesetzter Schuldenbremse deutlich höhere Defizite eingefahren, als es im Normalfall zulässig gewesen wäre. Die parlamentarisch festgestellte Notlage führte in vier

Jahren zu 542 Milliarden Euro mehr Schulden, davon beim Bund fast 500 Milliarden Euro. Auch in Europa wurden die Fiskalregeln suspendiert – mit der Folge noch deutlich höherer relativer Verschuldungswerte in anderen Euroländern.

Höhere Schulden treiben auch die Zinslast im Staatshaushalt nach oben und engen den politischen Handlungsspielraum ein. Deutschland spürt dies massiv – durch einen Sprung bei den Zinsausgaben des Bundes von rund vier auf 40 Milliarden Euro. Ursache dafür ist die Zinswende, aber nicht nur. Die Zinsausgaben werden in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Allein der Bund baut – einschließlich des Nachtragshaushalts 2024 – bis einschließlich 2028 weiter knapp 200 Milliarden Euro neue Schulden auf, wegen der schwachen Wirtschaftslage sogar innerhalb der Schuldenbremse.



Angela Wefers

Leiterin Berliner Redaktion
Börsen-Zeitung

„Die Ampel hat bei der nationalen Fiskalregel schon getrickst.“



Foto: Hans-Christian Plambeck

In diesem Herbst muss der Bundeshaushalt 2025 seine Nagelprobe bestehen. Einigen konnten sich Kanzler Olaf Scholz (SPD), Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) nur auf ein wackeliges Zahlenwerk. Mit Kunstgriffen bei Bundesunternehmen – Bahn und Autobahngesellschaft – will sich die Ampel weiterer Konsolidierungsanstrengungen entledigen. Zudem erlag sie zunächst der Versuchung, auf unverbrauchte Notlagen-Gelder zurückzugreifen. Diese Form der wunderbaren Geldvermehrung gehört nicht nur in die Trickkiste, sie ist im November 2023 am Bundesverfassungsgericht gescheitert. Dies hätte die Regierung auch ohne Gutachter ahnen und klären können. Zurück bleibt der Eindruck, Deutschland könne seine Verschuldungslimits nur mit Bilanzmanipulation einhalten.

Der Etatentwurf wird vom Bundestag in diesem Herbst erneut in die Mangel genommen werden. Es ist das vornehmste Recht des Parlaments über die Staatsfinanzen zu entscheiden. Noch sind Stimmen bei SPD und

Grünen nicht verstummt, die auf eine Lockerung oder gar Aussetzung der Schuldenbremse dringen. In der Tat sind große Aufgaben zu stemmen, auch in Europa für Sicherheit und Verteidigung. Sollte Berlin die nationale Schuldenregel weiter verbiegen, wäre es nicht nur eine Sollbruchstelle für die Koalition, sondern auch für Europa ein fatales Signal: Ausgerechnet Deutschland fehlte die politische Kraft, einen tragfähigen Staatshaushalt vorzulegen.

Ohnehin hat die Ampel bei der nationalen Fiskalregel schon getrickst. Notlagenkredite verlangen laut Grundgesetz Tilgung samt Zeitplan. Diese Hürde soll leichtfertige Entscheidungen bremsen. Die erste Tilgungsstrecke über 20 Jahre aus Corona-Krediten hätte 2023 beginnen sollen, die zweite 2026. Beides verschob die Ampel bei Amtsantritt auf 2028 – weit aus der eigenen Legislaturperiode hinaus. Nun holt sie das Datum wieder ein. Die mittelfristige Finanzplanung reicht bis 2028. Die Tilgung ist dort nicht mehr eingeplant – in der Hoffnung, sie noch weiter hinausschieben zu können.

Nationaler Ideenreichtum, wie man sich aus den Fesseln der Schuldenregel herauswinden könnte, führt aber nicht weiter. Nach den Krisenjahren hat Europa seine Fiskalregeln reformiert und wendet sie nun erstmals an. Auf der Basis von Schuldentragfähigkeitsanalysen gibt die EU-Kommission individuelle Ausgabenpfade für die Euroländer vor. Defizit- und Verschuldungsquote sind auf Drängen Deutschlands Teil des Stabilitätspakts geblieben, aber mit geringerer Bedeutung. Die erste Begegnung mit dem neuen europäischen Regelwerk hat Berlin überrascht. Für 2025 und 2026 sind die Ausgabenspielräume für Deutschland nicht größer, sondern die Anpassungsnotwendigkeiten stärker. Die europäischen Fiskalregeln sind verbindlich. Sie gelten, ganz gleich ob Deutschland eine Schuldenbremse hat oder nicht. Dem Ausgabenpfad, den die EU-Kommission festlegt, muss der Gesamtstaat folgen. Ungeregt ist hierzulande erstaunlicher Weise, welche Ebene welchen Anpassungsbedarf schultern muss. Es eilt, zwischen Bund und Ländern zügig ein System zu verhandeln – auch als Stütze für einen stabilen Euro. □

TREND sprach exklusiv mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzenden der CDU Deutschlands **Friedrich Merz MdB**, über Wahlen, die Ampelkoalition, den Zustand des Wirtschaftsstandortes Deutschland und Europa und die riesigen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen sowie über Arbeitsmarktpolitik.

Das Interview führte **Katja Sandscheper**.

– **Herr Merz, Ihre Kür zum Kanzlerkandidaten lief reibungsloser als viele gedacht haben. Wie haben Sie das mit Markus Söder erreicht?**

„Es war ein sorgfältiger Prozess des Abwägens aller Optionen. Nach einigen Gesprächen zwischen Markus Söder und mir war dann klar, wie wir es machen. Ganz unspektakulär. Es ist gut, dass wir die Personalentscheidung in der Union jetzt einvernehmlich getroffen und unsere Lehren aus dem letzten Bundestagswahlkampf gezogen haben. Es war immer mein Wunsch, dass wir ein Jahr vor der Wahl Klarheit haben. Durch unsere ganze Union geht ein großes Gefühl der Zustimmung und des Aufbruchs. Wir rich-

erleben wir derzeit jeden Tag in Berlin. Wir haben mit der Ampel-Koalition einen sehr grundsätzlichen Dissens darüber, wie unsere marktwirtschaftliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den nächsten Jahren gestaltet werden soll.

– **Sie sorgen sich um den Standort?**

Wenn die Bundesregierung mit dieser Mikrosteuerung weitermacht, gefährdet sie die Substanz unserer Volkswirtschaft. Der Kapitalabfluss aus Deutschland war schon 2022 mit 125 Milliarden Euro so groß wie nie zuvor. 2023 kamen weitere 65 Milliarden Euro hinzu. Dieses Kapital

„Deutschland muss eine starke Industrie

ten uns jetzt in der Planung im Konrad-Adenauer-Haus darauf ein, den Wahlkampf für das nächste Jahr auf den 28. September anzulegen. Aber wir sind sofort in der Lage, einen Bundestagswahlkampf auch früher zu führen, falls die Ampel aufgibt.“

– **Was stört Sie am meisten an der Wirtschaftspolitik der Ampel?**

Die übermäßige Regulierung und Feinsteuerung der Volkswirtschaft durch die Koalition ist das Kernproblem. Wir sollten den Unternehmen mehr Freiraum geben, um innovative Lösungen zu entwickeln. Es kann nicht sein, dass diese Bundesregierung versucht, einzelne Industriebranchen zu steuern. Die Politik muss Ziele vorgeben und sollte Rahmenbedingungen schaffen – und die Umsetzung dann den einzelnen Ingenieuren anvertrauen. Ich möchte an Friedrich August von Hayek erinnern. Die von Hayek angegrangerte „Anmaßung von Wissen“

kommt nicht zurück. Deutschland muss eine starke Industrienation bleiben, denn ohne Industrie werden wir keine gute Zukunft haben.

– **Deshalb setzen Sie sich auch für den Erhalt des Verbrenners ein?**

Dabei geht es ja nicht allein um Verbrennungsmotoren. Das Thema steht exemplarisch für das, was in Europa in die falsche Richtung läuft. Es geht um eine Grundsatzfrage: Soll die Politik eine Technologie verbieten, ohne zu wissen, was an ihre Stelle treten wird? Es kann ja durchaus sein, dass Elektromobilität die, oder besser: eine Antwort auf unsere Klimaprobleme ist. Es kann aber auch genauso gut sein, dass synthetische Kraftstoffe, Wasserstoff oder eine andere Technologie, die wir heute noch gar nicht kennen, zur Lösung für unsere Mobilität der Zukunft beitragen werden. Wir wissen es heute einfach noch nicht.



Foto: Tobias Koch

„Wir sind sofort in der Lage, einen Bundestagswahlkampf auch früher zu führen, falls die Ampel aufgibt.“

ger Regulierung in der Wirtschafts- und Umweltpolitik. Und andererseits muss Europa sehr viel klarere Signale in der Außen- und Sicherheitspolitik senden und mehr für die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten tun. Dazu gehört auch Großbritannien. Die Briten sind zwar nicht mehr in der EU, aber sie bleiben ein wichtiger Partner in Europa. Mehr im Großen tun heißt für mich auch ganz grundsätzlich, die politischen Prioritäten neu zu ordnen.

–Wie stellen Sie sich eine gute Arbeitsmarktpolitik vor?

Lassen Sie mich drei grundsätzliche Punkte hervorheben. Erstens: Gehört die Arbeitsmarktpolitik wirklich in ein Ministerium, das die sozialen Sicherungssysteme verwaltet? Oder ist Arbeitsmarktpolitik nicht doch eher Teil einer guten Wirtschaftspolitik – und gehört als solche ins Wirtschaftsministerium? Darüber sollten wir reden. Zweitens: Das Bürgergeld war eine grundlegend falsche Entscheidung. Schon der Name suggeriert, es ginge um eine Art bedingungsloses Grundeinkommen. Wir müssen dieses System wieder vom Kopf auf die Füße stellen und

–Die CDU hat ihre Prioritäten bereits sortiert?

Mit unserem neuen Grundsatzprogramm „In Freiheit leben“ haben wir uns auf das Grundsätzliche für die nächsten zehn Jahre verständigt. Jetzt bereiten wir uns auf die Wiederübernahme der Regierungsverantwortung vor. Dabei müssen wir uns zum Beispiel über die Bedrohung unserer Freiheit klar werden. Warum haben wir unser Grundsatzprogramm also nicht „In Frieden und Freiheit leben“ genannt? Lassen Sie mich das drastisch ausdrücken: Frieden gibt’s auf jedem Friedhof. Aber Freiheit ist überhaupt erst die Voraussetzung dafür, dass Menschen in Frieden leben können. Deshalb steht für uns die Freiheit an erster Stelle – und nicht der Frieden.

–Eine Reaktion auf die Bedrohung durch Russland?

Dieser Krieg bedroht ganz Europa. Er bedroht unsere politische Ordnung, unsere Freiheit, unsere Art zu leben und er stellt infrage, wie wir politische Konflikte lösen.

nation bleiben“

dafür sorgen, dass arbeitsfähige Menschen mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme bekommen. Von über 5,3 Millionen Bürgergeld-Empfängern sind rund vier Millionen arbeitsfähig. Und drittens: Nicht nur die Produktivität unserer Volkswirtschaft ist zu schwach. Auch die geleisteten Arbeitsstunden sind im Durchschnitt kontinuierlich zurückgegangen. Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, dann sollten wir wieder ein bisschen mehr Spaß an der Arbeit haben – der Staat kann dies durch die Steuerfreistellung von Überstunden begünstigen.

–Was erwarten Sie von Europa?

Eine Zeitenwende steht auch der Europäischen Union bevor. Ursula von der Leyen und ich sind uns einig, dass die EU nicht mehr so weitermachen kann wie in den vergangenen Jahren vor Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine. Die EU muss weniger im Kleinen machen, dafür muss sie deutlich mehr im Großen tun. Das heißt einerseits: weni-

ger Demokratie, offene Gesellschaft, marktwirtschaftliche Ordnung – Putin fordert das gesamte Zusammenleben auf dem europäischen Kontinent heraus. Deswegen müssen wir die offene Gesellschaft gegen alle Feinde von innen und von außen mit Mut verteidigen. Wir dürfen an keiner Stelle einen Zweifel daran aufkommen lassen.

–Was erwarten Sie für die nächste Legislaturperiode?

Die nächste Bundesregierung steht wahrscheinlich vor den größten Aufgaben seit der Zeit von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard. Wir müssen wieder den Mut haben, grundlegende Entscheidungen, auch im demokratischen Konflikt, zu treffen und durchzusetzen. Ludwig Erhard hatte diesen Mut, zum Beispiel bei der Durchsetzung der Währungsreform. Es geht um eine geistige Haltung in diesem Land: eine geistige Haltung für Freiheit, für Frieden, für Marktwirtschaft und Demokratie. Die CDU steht bereit, dafür Verantwortung zu übernehmen. □

Unabhängig vom Wahlergebnis werden die USA die Rivalität mit China verstärken, was erhebliche Auswirkungen auf Europa haben wird. Die Spannungen könnten zu einer de-globalisierten Welt führen und europäische Unternehmen vor ernsthafte Herausforderungen stellen. Angesichts eines umfassenden Wirtschaftskrieges zwischen den USA und China ist eine geeinte und währungspolitisch gestärkte EU nötig, um weiterhin selbstbestimmt handeln zu können.

kritische Töne gegen China hören. China hat die westlichen Marktwirtschaftsprinzipien und politischen Ideale nicht wie erhofft übernommen. Ironischerweise verfolgt Amerika nun Chinas merkantilistische Praktiken und drängt seine Verbündeten, diesem Beispiel zu folgen, um Chinas Wachstum zu bremsen. Unabhängig vom Ergebnis der amerikanischen Wahlen wird der Druck der USA auf ihre Partner steigen, mit dem Ziel der wirtschaftlichen Entkoppelung, um Chinas Fortschritte in Schlüsseltechnologien zu behindern.

durch (Sekundär-)Sanktionen manipulieren wird. Der freie Markt tritt in den Hintergrund und wird nur akzeptiert, wenn er der geostrategischen Dominanz der USA dient. Dies stellt eine Abkehr vom liberalen Prinzip des freien Marktes hin zu einer Nullsummenlogik dar: Einer gewinnt, andere verlieren.

Deutsche Firmen mit globalem Fokus stehen zunehmend unter dem Einfluss der geoökonomischen Strategien der USA und Chinas. Deutschland, als stark vernetztes Land, könnte von einer De-Globalisierung

Härtere Markt-Macht-Bedingungen für Europa

Unabhängig vom Wahlergebnis werden die USA die Rivalität mit China verstärken. Europa muss sich für dieses Szenario strategisch rüsten und selbstständiger werden.

US-Strategie der wirtschaftlichen Entkoppelung

Trotz der zunehmenden Spaltung innerhalb der amerikanischen Gesellschaft herrscht zwischen den beiden Parteien Einigkeit in ihrer Haltung gegenüber China. Je näher die US-Präsidentschaftswahlen am 5. November 2024 rücken, desto öfter wird man

Auswirkungen auf Amerikas Alliierte

Die zunehmenden Spannungen zwischen den USA und China könnten multilaterale Organisationen wie die WTO spalten und Länder mit Doppelstrategien, wie Deutschland, beeinträchtigen, die sowohl enge Sicherheitsbeziehungen zu den USA als auch bedeutende wirtschaftliche Verbindungen zu beiden Supermächten pflegen. Besonders im Technologiebereich, könnte der sino-amerikanische Machtkampf Verbündete der USA zwingen, sich für einen Handelspartner zu entscheiden. Dies könnte eine Welt mit amerikanischen und chinesischen Standards zur Folge haben.

besonders hart getroffen werden. In dem Maße, in dem deutsche Unternehmen bisher von der Globalisierung profitierten, könnten sie durch den chinesisch-amerikanischen Machtkampf und daraus resultierende Protektionismus-Maßnahmen Verluste erleiden.

De-Globalisierung und Resilienz

Deutsche Firmen müssen ihre Lieferketten weniger abhängig von China machen, um widerstandsfähiger zu werden. Unternehmen in den USA und Europa arbeiten daran, Effizienz zugunsten von Resilienz neu zu überdenken, und konzentrieren sich dabei auf „Nearshoring“, „Reshoring“ oder „Friend Shoring“, um die Produktion aus China zurückzuverlagern. Besonders im Technologiebereich drängen die USA und andere Regierungen

Dr. Josef Braml

USA-Experte und Autor,
European Director
der Trilateral Commission



Foto: privat

„Mit dem Chips-Act hat die USA einen Wirtschaftskrieg gegen China begonnen.“

darauf, weniger von der chinesischen Produktion abhängig zu sein, um strategisch wichtige Lieferketten zu sichern.

Selbst die Regionalisierungsstrategien einiger deutscher Unternehmen, die nur lokale Lieferketten nutzen und Produkte für den asiatischen Markt

Der Technologiewettbewerb bildet den Kern des chinesisch-amerikanischen Konflikts, wobei hochentwickelte Chip-Technologien als entscheidend für künftige wirtschaftliche und militärische Überlegenheit gelten. Neue und aufkommende Technolo-

werden. In einer Welt voller geökonomischer und geopolitischer Risiken kann nur eine geeinte EU die nötige Marktmacht und Handlungsfähigkeiten bieten, um selbstbestimmt zu handeln. Doch Begriffe wie „strategische Unabhängigkeit“ verdecken derzeit



Foto: AdobeStock©Sunshower Shots

ausschließlich dort fertigen, könnten ins Leere laufen, wenn die Konkurrenz zwischen China und den USA eskaliert und die USA ihre Wirtschaftsmacht durch (Sekundär-)Sanktionen ausspielen.

Vorboten eines Wirtschaftskrieges

Nur wenige westliche Medien haben bemerkt, dass zwischen den USA und China ein umfassender Wirtschaftskrieg bevorsteht: Mit der Unterzeichnung des Chips-Act am 9. August 2022 hat US-Präsident Joe Biden einen Wirtschaftskrieg gegen China begonnen, um Chinas Entwicklung zu bremsen, indem er den Export fortschrittlicher Halbleiter nach China einschränkt. Die chinesische Führung ist sich bewusst, dass für weiteren wirtschaftlichen Aufstieg die neueste Chip-Technologie notwendig ist.

gien wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik, Big Data, Biotechnologie, 3D-Druck und das Internet der Dinge (IoT) werden als Haupttreiber des Wirtschaftswachstums und der militärischen Stärke angesehen und erfordern alle fortschrittliche Halbleiter.

Taiwan steht durch seine fortschrittlichen Technologien in der Halbleiterfertigung und die strategische Lage im Zentrum des Wettbewerbs zwischen China und den USA. Anders als bei Wirtschafts-sanktionen ist Peking hier zu keinen Kompromissen bereit.

Europa in der Zwickmühle

Europa bleibt im Machtkampf zwischen China und den USA bisher passiv. Ohne schnelle Entscheidungen könnte es jedoch der größte Verlierer

Europas mangelnde Entscheidungs- und Handlungskompetenz.

China hat bereits die geökonomischen Auswirkungen der Währungspolitik erkannt und arbeitet daran, den Dollar als Weltleitwährung abzulösen. Europa hingegen unternimmt keine vergleichbaren Anstrengungen, um den Euro zur globalen Leitwährung zu etablieren, obwohl sein Anteil an den Währungsreserven weltweit wächst.

Statt die ausufernde US-Verschuldung zu finanzieren, sollten europäische Staaten und Investoren ihr Kapital strategisch über Euro-Bonds in den Euro und Europas wirtschaftliche sowie militärische Stärkung investieren. Ein stabiler Euro sichert der EU wirtschaftliche Handlungsfähigkeit und ermöglicht eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik. □

Resilienz der Wirtschaft stärken

Die zunehmenden geopolitischen Spannungen führen Europa schmerzhaft vor Augen, wie krisenanfällig offene Gesellschaften und rohstoffarme, global vernetzte Volkswirtschaften gegenüber externen Schocks sind. Die Quintessenz liegt auf der Hand: Europa muss seine Verteidigung ausbauen, Energiequellen diversifizieren und mit einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik seine Abwehrkräfte stärken. Nur wettbewerbsfähige Volkswirtschaften sind resilient genug, um sich in einer neuen Ära latenter Unsicherheit zu behaupten.

Text: Peter Hahne

Deutschland und Europa sehen fundamentalen Umbrüchen entgegen. Angesichts der geopolitischen Spannungen nehmen die Risiken für die vernetzte Weltwirtschaft zu. Die Folgen der Corona-Pandemie, die Bedrohung durch Russland, zunehmender Protektionismus oder auch die Terrorangriffe der Huthi-Miliz auf internationale Handelswege haben die Fragilität der globalen Wirtschaftsordnung offengelegt. „Wir stecken in der ökonomisch wohl disruptivsten Phase seit Jahrzehnten“, hält der Finanzdienstleister S&P Global in seiner geopolitischen Risikoanalyse für das laufende Jahr fest.

Sicherheit und Stabilität sind jedoch entscheidend für den Wohlstand in Europa. Insbesondere in einer Zeit, in der der demographische Wandel, die Digitalisierung und der Klimawandel Wirtschaft und Gesellschaft ohnehin schon viel abverlangen. Unternehmen und Politik müssen deshalb die Widerstandskraft der Volkswirtschaft stärken. Mehr Resilienz ist gefragt – also die Fähigkeit, Krisensituationen zu bewältigen und sich an neue Strukturen schnell und flexibel anzupassen. „Da die Geopolitik eine immer größere Rolle im globalen Geschäft spielt, ist es für Unternehmen wichtiger denn je, die geopolitischen Risiken in ihrer

Strategie zu berücksichtigen“, empfehlen die Analysten von S&P.

Mindestens ebenso großen Aufgaben steht indes die Politik gegenüber: „Wir müssen die politischen und institutionellen Systeme in Europa stärken, damit sie Krisen und Schocks besser auffangen können“, empfiehlt der Krisenforscher Arnstein Aassve von der Bocconi-Universität in Mailand. Der Präsident des ifo Instituts, Clemens Fuest, mahnt eine größere strategische Unabhängigkeit der EU an: „Da der Wohlstand in Deutschland und Europa stark auf internationalem Handel beruht, ist es hier besonders wichtig, die richtige geoökonomische Strategie für den Krisenfall zu entwickeln.“ Im Zentrum stehen dabei aus ökonomischer Sicht die Verteidigungsfähigkeit, die Energie- und die Cybersicherheit.

Der frühere Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, analysiert in seinem Bericht für die EU-Kommission, dass die EU und ihre Wirtschaft im internationalen Wettbewerb schlecht aufgestellt sind. Als Gründe führt er vor allem den Verlust an Innovationskraft, hohe Energiekosten und Abhängigkeiten in einem Systemwettbewerb mit China an. Für ihn trägt auch die Europäische Kommission die Verantwortung, die durch Überregulierung und Belastungen aus

Berichtspflichten die Wettbewerbsposition Europas massiv verschlechtert hat. Seine Empfehlung: wenig marktwirtschaftliche Instrumente gepaart mit massiven Investitionen finanziert über gemeinsame Eurobonds. Der Wirtschaftsrat hingegen mahnt eine ordnungspolitische Ertüchtigung des Standorts vor allem durch Steuersenkungen und Bürokratieabbau an.

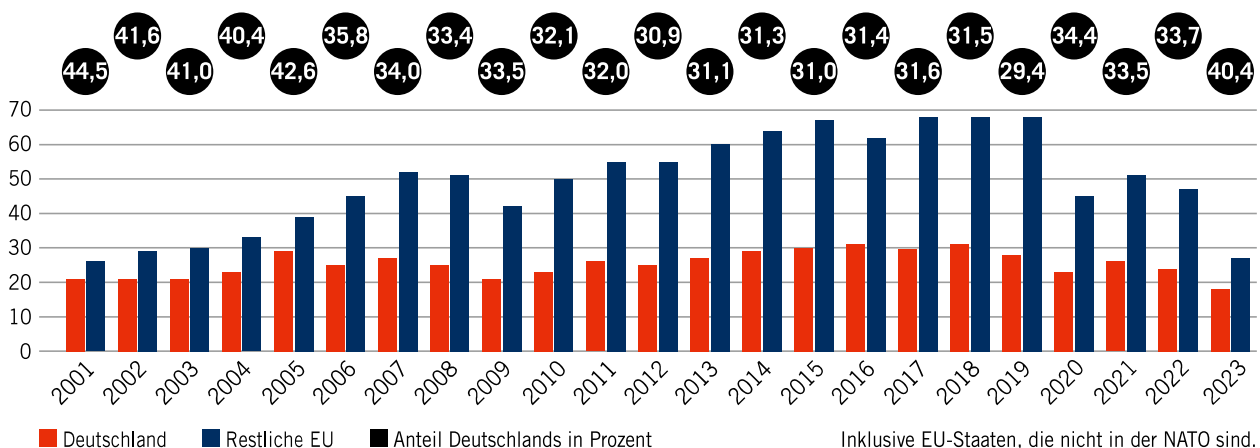
Verteidigungsfähigkeit stärken

Die Rolle der Verteidigungspolitik kann im Hinblick auf die wirtschaftliche Resilienz kaum unterschätzt werden. Ein starkes Verteidigungsbündnis wie die NATO sorgt für Stabilität und Sicherheit, die für das reibungslose Funktionieren von Märkten unerlässlich sind. „Dies fördert nicht nur die nationale Sicherheit, sondern stärkt auch das Vertrauen der Investoren“, betont Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Europäer unsanft aufgeweckt. Während sich die osteuropäischen Staaten der Bedrohung durch Russland bereits länger bewusst sind und sich dies auch in ihren Verteidigungsausgaben widerspiegelt, tut sich Deutschland weiterhin schwer, die neuen Realitäten anzuerkennen. „Im Jahr 2023 gaben die EU-Staaten

Lücke zum Zwei-Prozent-Ziel: Deutschlands großer Anteil

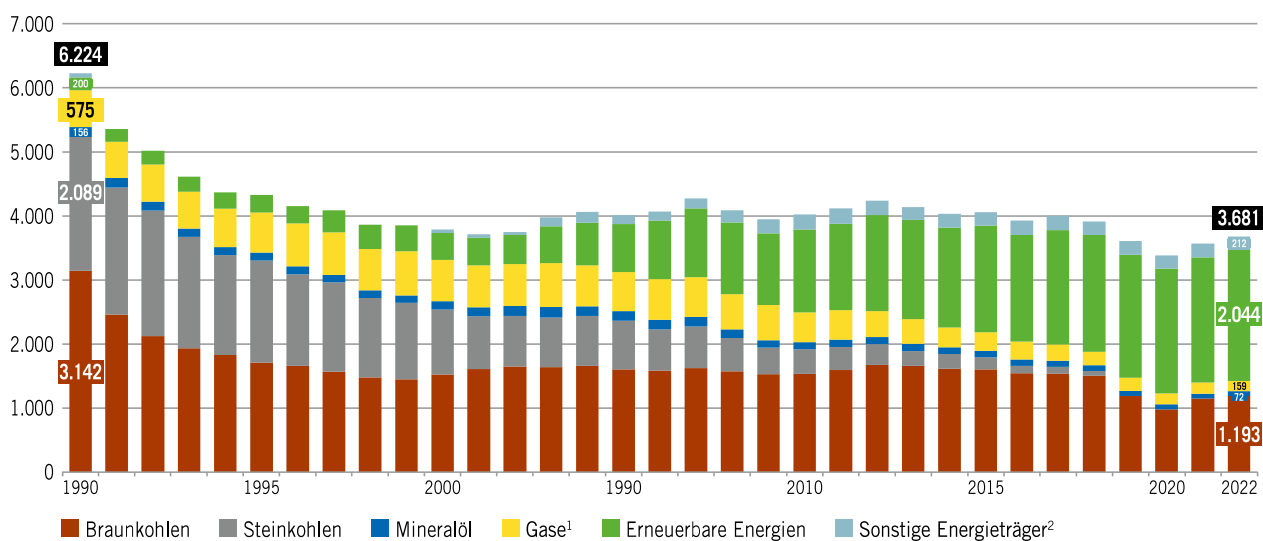
in Milliarden Euro

So viele Milliarden Euro an Verteidigungsausgaben fehlten in diesen Jahren, um das Zwei-Prozent-Ziel des Bruttoinlandprodukts zu erreichen; in Werten von 2022



Primärenergiegewinnung in Deutschland

in Petajoule



¹ Erdgas, Erdöl, Grubengas | ² Brennholz, Brenntorf, Klärschlamm, Müll u.ä. Abhitze zur Strom- und Fernwärmeerzeugung; 1990: Uranbergbau

Quelle: Umweltbundesamt auf Basis AG Energiebilanzen* (Stand 11/2023)

im Schnitt nur rund 1,7 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung aus“, rechnet das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln vor. Insgesamt, so die Forscher, fehlten der EU gemessen am Zwei-Prozent-Ziel der NATO zuletzt rund 45 Milliarden Euro im Jahr.

Deutschland kommt dabei eine Sonderrolle zu. Als größte Volkswirtschaft der EU ist die Bundesrepublik für ein Drittel des Fehlbetrags verantwortlich. Die Situation hat sich zwar verbessert. In diesem Jahr stehen rund 72 Milliarden Euro für Verteidigung bereit, das Zwei-Prozent-Ziel wird damit erstmals – mit einigen Rechentricks – erreicht. Aber: „Will Deutschland auf Dauer die NATO-Finanzierungsziele erreichen, braucht es großen politischen Willen und massive Budgetumschichtungen“, mahnt das IW. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) sieht das ähnlich. Der „Kieler Bundesausgabenmonitor 2024“ verdeutlicht, dass die Zuweisungen für Verteidigung, Bundespolizei und Energiesicherheit dieses Jahr zwar um knapp zwölf Milliarden Euro zulegen und damit 11,4 Prozent des Gesamtetats ausmachen. Doch ein Vergleich mit dem Jahr 2000 fällt ernüchternd aus: Der Anstieg bleibt mit 2,7 Prozentpunkten gemessen an

der neuen Bedrohungslage bescheiden. „Unsere empirische Analyse der Bundesausgaben zeigt, dass nach wie vor zu wenig Steuermittel in die äußere und innere Sicherheit sowie in Maßnahmen zur Stimulierung der Marktwirtschaft investiert werden“, sagt Claus-Friedrich Laaser vom IfW. „Gleichzeitig fließen weiterhin große Summen in breit angelegte sozialpolitische Maßnahmen, die im Gegensatz zu gezielten Umverteilungen ökonomisch fragwürdig sind.“

Der Wirtschaftsrat setzt sich für eine Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie ein. Zwar hat die EU-Kommission im Frühjahr einen Vorschlag zur Förderung gemeinsamer europäischer Rüstungsprojekte auf den Weg gebracht. Wolfgang Steiger weist jedoch darauf hin, dass die vorgesehenen Mittel im Umfang von 1,5 Milliarden Euro zu mager ausfallen. „Bei der Effizienz seiner Ausgaben gibt Europa ein ganz schlechtes Bild ab. Eine stärkere Zusammenarbeit der europäischen Staaten bei Beschaffungsvorhaben, Ausbildung und Rüstungsprojekten schafft eine höhere Interoperabilität, ermöglicht die Steigerung von militärischer Effektivität der Streitkräfte und senkt Kosten“, mahnt der Generalsekretär des Wirtschaftsrates.

Cyber-Nation Deutschland

Die militärische Verteidigungsfähigkeit ist die eine Seite, die zivile Bedrohungslage eine andere. „Gesamtverteidigung ist das Stichwort“, schreibt Theresa Caroline Winter von der Friedrich Naumann Stiftung. „Neben der aktiven zivilen Unterstützung im Verteidigungsfall geht es um nationale Resilienz vor einem militärischen Angriff. Denn: Wir befinden uns längst in einem hybriden Krieg“, sagt Winter. Insbesondere demokratische Staaten sind Desinformationskampagnen, Industriespionage und Angriffen auf ihre kritische Infrastruktur ausgesetzt.

In einer digitalisierten Welt ist Cybersicherheit somit ein weiterer wichtiger Faktor für ökonomische Resilienz. Cyberangriffe können verheerende Auswirkungen auf Unternehmen und kritische Infrastrukturen haben. Mit der NIS-2 Richtlinie des Europäischen Parlaments wurde zwar ein erster Schritt zu mehr Cybersicherheit getan. Doch bis heute wurde die Richtlinie in Deutschland nicht umgesetzt. Allein in der Bundesrepublik sind rund 30.000 Unternehmen von NIS-2 betroffen. Sie würden verpflichtet, ihre Maßnahmen zum Schutz vor Cyberangriffen zu verstärken, strengere Sicherheitsstandards zu etablieren und ihre IT-

Systeme stets auf dem neuesten Stand zu halten. „Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Schäden durch Cyberkriminalität ist dies dringend erforderlich“, betont Generalsekretär Steiger. Laut einer Bitkom-Studie sind der deutschen Wirtschaft allein im vergangenen Jahr 206 Milliarden Euro Schaden durch Cyber-Attacken entstanden. Unverständlich ist für den Wirtschaftsrat auch, dass NIS-2 nicht auf die Kommunen ausgeweitet wird. Claudia Plattner, Präsidentin des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), fordert den Aufbau einer „Cyber-Nation Deutschland“, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Die Sicherheit von Unterseekabeln ist ein gutes Beispiel, um die Bedeutung von europäischer Zusammenarbeit zu veranschaulichen. „Eine europäische Initiative zur Sicherstellung der Resilienz von Unterseekabeln unterstützt der Wirtschaftsrat ausdrücklich“, betont Wolfgang Steiger.

Denn eine koordinierte europäische Initiative für eigene Unterseekabel zur Schaffung von Redundanzen ist in der aktuellen geopolitischen Situation sinnvoll, um Abhängigkeiten von Drittstaaten zu reduzieren.

Energiequellen diversifizieren

Dass Energiesicherheit ebenfalls entscheidend für die Sicherung des Wohlstands ist, dürfte inzwischen jedem Europäer geläufig sein. Die Abhängigkeit von wenigen Energiequellen und -lieferanten macht Volkswirtschaften anfällig für Preisschwankungen und politische Krisen. Wenngleich die Abkopplung von russischen Gaslieferungen seit 2022 besser geklappt hat als befürchtet, bleiben große Herausforderungen. Die Strompreise sind zu hoch, insbesondere für die Industrie. Eine schleichende Deindustrialisierung hat bereits vor Jahren begonnen. Der Wirtschaftsrat fordert, die Stromsteuer zu senken.

„Während sich die Bundesregierung in der Stromerzeugung fast vollständig auf den Ausbau von Wind- und Solarkraft fokussiert, fordern wir die klimaneutrale Transformation der Wirtschaft auf ein breiteres Fundament zu stellen“, betont Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrats. Ein schneller Netzausbau, Technologieoffenheit und eine beschleunigte Digitalisierung stehen im Zentrum einer bezahlbaren und krisenfesten Energieversorgung. Konkret setzt sich der Wirtschaftsrat für den Bau zusätzlicher Übertragungsleitungen, den schnellen Ausbau und die Digitalisierung von Verteilernetzen sowie den Neubau wasserstofffähiger Gaskraftwerke ein. Der Ausbau internationaler Energiepartnerschaften und die Schaffung von strategischen Reserven sind weitere Schritte, um die Energieversorgung zu sichern. Derartige Maßnahmen reduzieren die Abhängigkeit von geopolitisch instabilen Regionen



FinanzAgenda
Digital Public Affairs von Union Investment

Über uns Positionen & Papiere Termine & Gespräche Europawahl 2024 FinanzAgenda Newsletter FinanzAgenda Podcast

Private Altersvorsorge sollte dringend reformiert werden

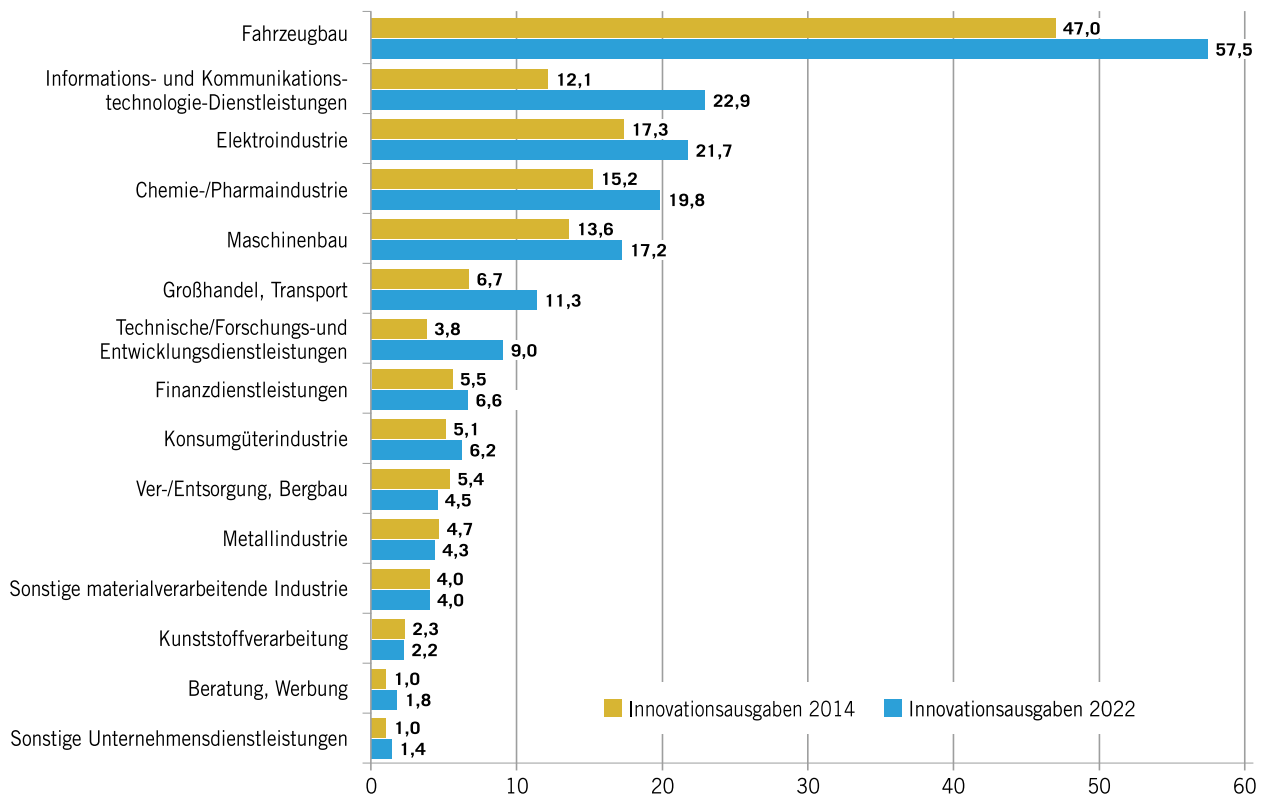
Besuchen Sie unsere FinanzAgenda Seite, um mehr zu erfahren.

FinanzAgenda
Digital Public Affairs von Union Investment

www.FinanzAgenda.de
und jetzt auch auf LinkedIn!

Innovationsausgaben der Deutschen Wirtschaft in 2022 und 2014

in Milliarden Euro



Quellen: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, 2024, Berechnungen des ZEW

und stärken die Widerstandskraft gegenüber externen Schocks.

Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft

Eine wirtschaftspolitische Strategie für mehr Resilienz darf auch die Revitalisierung des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens nicht außer Acht lassen. Weniger Steuern, weniger Bürokratie und ein innovationsfreundliches Umfeld stehen im Mittelpunkt,

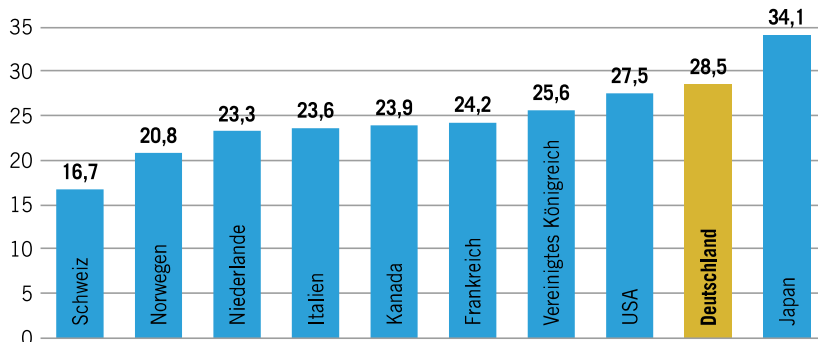
wenn die Wettbewerbsfähigkeit und Krisenfestigkeit des Standorts gestärkt werden sollen. Die letzte große Unternehmenssteuerreform in Deutschland liegt 16 Jahre zurück, während andere Industrienationen wie Frankreich oder die USA ihre Steuersätze deutlich gesenkt haben. „Deutschland ist im internationalen Steuerwettbewerb um Unternehmensinvestitionen als Hochsteuerland einzustufen“, urteilt das

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim. Beim Bürokratieabbau gibt es zwar vereinzelt Fortschritte. Doch ein Befreiungsschlag blieb bislang aus, wie nicht nur Wirtschaftsverbände, sondern auch der Nationale Normenkontrollrat (NKR) der Bundesregierung regelmäßig kritisieren. Jüngst hat der NKR zehn Ziele und 60 konkrete Beispiele für einen pragmatischen Bürokratieabbau vorgelegt. Sie reichen von einer Harmonisierung der Landesbauordnungen bis hin zu einheitlichen Vergaberichtlinien auf Länderebene. Die überbordende Bürokratie treibt nach einer aktuellen Untersuchung des IW auch dringend benötigte IT-Spezialisten ins Ausland. Das sogenannte Statusfeststellungsverfahren für eine Beschäftigung lässt gut ein Drittel der selbstständigen IT-Fachleute darüber nachdenken, Deutschland zu verlassen. „Die enorme Bürokratiebelastung stellt für viele Selbständige eine erhebliche Hürde dar“, warnt IW-Präsident Michael Hüther. „Diese Entwicklung

Effektiver Durchschnittssteuersatz (Effective Average Tax Rate)

in Prozent

Ländervergleich im Jahr 2023



Quelle: ZEW, Mannheim Tax Index, 2024, Berechnungen des ZEW

könnte insbesondere die IT-Branche und die Innovationsfähigkeit des Landes gefährden.“ Dabei ist gerade die Förderung von Innovationen und Digitalisierung ein weiterer Schlüsselfaktor für mehr Resilienz.

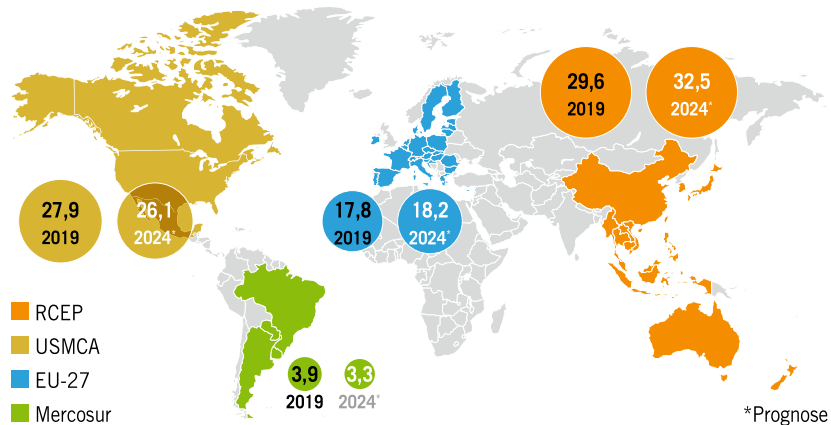
Freihandel ausbauen

Nicht zuletzt ist der Freihandel ein starker Motor für mehr Wachstum, Wohlstand und Krisenfestigkeit. In Zeiten eines zunehmenden Protektionismus und abnehmender globaler Verflechtung, raten Ökonomen dringend von einer Abschottung der eigenen Märkte ab. „Eine Rückverlagerung der Produktion nach Europa wäre mit hohen Kosten verbunden“, warnt Ifo-Präsident Fuest. Stattdessen muss die Politik Strategien entwickeln, um Handelsbarrieren zu überwinden und offene Märkte gemeinsam mit strategischen Partnern zu fördern. Das IW Köln rät, die Handelsbeziehungen mit dem Globalen Süden stärker in den

Wichtigste Freihandelszonen der Welt

in Prozent

Ausgewählte Freihandelszonen und ihr Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt



Quelle: IWF, Statista Recherche

Blick zu nehmen. „Bis zum Jahr 2018 dominierten die USA und die EU den Handel mit den neutralen Staaten des Globalen Südens. Seit 2020 nimmt China diese Rolle ein“, halten die Ökonomen fest. China liefert vor allem

Mikrochips, Fahrzeuge und Stahl, im Gegenzug sichert sich Peking wichtige Rohstoffe. „Deutschland und die EU müssen auf diese Strategie reagieren, wenn sie nicht ins Hintertreffen geraten wollen“, warnen die Experten. □

WIE AUCH IMMER DU DEIN LEBEN LEBEN WILLST.



Deutsche
Vermögensberatung

**Wir sind dein Coach
in allen Finanzfragen.**

**Absicherung, Altersvorsorge und Vermögensaufbau aus einer Hand:
Als Finanzcoach ist dein/-e Vermögensberater/-in für dich da.**

In den wichtigen Momenten die richtigen finanziellen Entscheidungen zu treffen – dabei unterstützt dich Deutschlands größte eigenständige Allfinanzberatung. Mit individuellen Konzepten helfen wir dir, deine Zukunft so zu gestalten, wie du es dir wünschst. Denn das Leben hält unzählige Möglichkeiten für dich bereit.

Mehr erfahren: finanzcoaching.dvag



Foto: AdobeStock©Supranee

Bürokratieabbau: Weniger, schneller, besser

Deutschland leidet an einem Bürokratie-Burnout.

Das Thema Bürokratieabbau liegt mir besonders am Herzen. In meiner Funktion als Bundesminister der Justiz und als Minister für Bürokratieabbau habe ich eine klare Vision: Deutschland muss aus dem Bürokratie-Burnout herausgeführt werden.

Es mag ungewöhnlich erscheinen, dass der Justizminister auch für den Bürokratieabbau zuständig ist. Während der Koalitionsverhandlungen trat der Bundeskanzler an mich heran und fragte: „Mensch Marco, möchtest du dich nicht um den nationalen Normenkontrollrat kümmern?“ Diese Einrichtung hat bereits viel dazu beigetragen, Gesetze schlanker und bürokratieärmer zu gestalten. Die Antwort des Kanzlers auf meine Frage, warum gerade ich diese Aufgabe übernehmen

solle, war schlicht: „Vielleicht hast du als Liberaler mehr Spaß am Bürokratieabbau.“ Und wie könnte ich da Nein sagen?

Deutschland leidet an einem Bürokratie-Burnout. Bürger, Betriebe und auch Behörden sind erschöpft von der Vielzahl der Regelungen und Berichtspflichten. Dies hindert uns daran, uns den wirklich wichtigen Fragen zu stellen, wie der Diversifikation von Lieferketten, der Digitalisierung von Geschäftsmodellen und dem Fachkräftemangel.

Wir müssen diesen Bürokratieaufwand nicht nur stoppen, sondern umkehren. Das ist Teil einer dringend notwendigen Wirtschaftswende. Bürokratisierung hat mindestens zwei Standbeine. Das erste betrifft die Fehler- und Führungskultur in unseren Behörden. Wenn ein Sachbearbeiter wegen weniger Fehler stark sanktioniert wird, führt das dazu, dass er künftig langsamer und vorsichtiger arbeitet. Wir müssen in den Behörden eine vernünftige Fehlerkultur und ein Gefühl für Grenzkosten etablieren, um schnelle und agile Entscheidungen zu fördern.

Das zweite Standbein ist die De-regulierung im Bundesrecht. Wir haben das Meseberger Bürokratieabbau-paket auf den Weg gebracht,

das Maßnahmen zum Abbau des Erfüllungsaufwands umfasst. Mit dem Wachstumschancengesetz und dem Bürokratieentlastungsgesetz IV werden wir den bürokratischen Aufwand um drei Milliarden Euro jährlich reduzieren. Das ist ein erster, wichtiger Schritt, aber noch lange nicht genug.

Wir müssen auch die europäische Ebene in den Blick nehmen. 57 Prozent des bürokratischen Erfüllungsaufwands in Deutschland resultieren aus der Umsetzung europäischer Richtlinien. Es ist nicht akzeptabel, dass für jeden Euro an Bürokratieaufwand, der wegfällt, vier neue Euro hinzukommen. Diese EU-Kommission ist sehr regulierungsfreudig. Wir brauchen auch auf europäischer Ebene eine Untersuchung der Bürokratiekosten und eine konsequente Entlastung.

Bürokratieabbau ist mehr als nur ein Beitrag zu einer Wirtschaftswende. Er ist ein Zeichen des Respekts gegenüber den Bürgern und ein Schritt hin zu mehr Vertrauen in den Staat und seine Institutionen. Misstrauen ist der schlimmste Bürokratietreiber. Wenn wir den Bürgern und Betrieben wieder mehr Vertrauen entgegenbringen, wird auch ihr Vertrauen in den Staat gestärkt. □

Foto: BMJ - Julia Deptala



Dr. Marco Buschmann MdB
Bundesminister der Justiz

„Misstrauen ist der schlimmste Bürokratietreiber.“

Deutschland als Wegbereiter für eine CO₂-neutrale Zukunft

Start-ups entwickeln Innovationen.

Angesichts des Klimawandels, einer der dringlichsten Herausforderungen für Deutschland und die Welt, stehen wir vor der Aufgabe, innovative und effektive Lösungen zu finden, um die Auswirkungen dieser globalen Krise zu mindern.

Eine der Schlüsselstrategien hierbei ist die Reduzierung der CO₂-Emissionen, die maßgeblich zur globalen Erwärmung beitragen. Die Vermeidung von CO₂-Emissionen kann auf verschiedene Weise erfolgen, darunter die Umstellung auf erneuerbare Energiequellen und die Verbesserung der Energieeffizienz.

Neben diesen Maßnahmen zur Emissionsvermeidung rückt eine weitere vielversprechende Technologie in den Vordergrund: Carbon Capture and Storage. Die Technologie erfasst CO₂ aus industriellen Prozessen oder der Atmosphäre und speichert es in geologischen Formationen, um den Treibhauseffekt zu mindern.

Ein Vorbild für deutsche Innovation in diesem Bereich ist das Start-up Phlair, das Kohlenstoffabscheidung kosteneffizient und skalierbar macht. Phlair revolutioniert die atmosphärische CO₂-Abscheidung mit ihrer Hydrolyseur-basierten DAC-Technologie.

Das elektrische Verfahren lässt ein flüssiges Sorptionsmittel durch das System zirkulieren und bindet so effizient CO₂. Das abgeschiedene CO₂ wird entweder dauerhaft gespeichert oder in kohlenstoffneutralen oder -negativen Produkten verwendet. Die CO₂-Abscheidung dient sowohl der Dekarbonisierung industrieller Prozesse als auch der CO₂-Entfernung, beides ist essenziell im Kampf gegen die Klimakrise.

Phlair, gegründet im Jahr 2022 von Paul Teufel, Malte Feucht und Steffen Garbe, hat bereits nach kurzer Zeit ein Patent für die verwendete Technologie erhalten und erste Finanzierungsrunden erfolgreich abgeschlossen. Zu den ersten Kunden gehören weltweit führende Technologie-Unternehmen wie Shopify, Stripe und Klarna sowie Deep Sky. Phlairs Ansatz, CO₂ direkt aus der Atmosphäre zu erfassen, unterstützt die deutsche Industrie bei der Dekarbonisierung und trägt somit der Reduktion des Klimawandels bei.

„Unser DAC-System ist gezielt für die Massenproduktion konzipiert“, sagt Gründer und CEO Malte Feucht. „Dank unserer Fertigungsfähigkeit und schnellen Umsetzung können wir den dringenden weltweiten Bedarf an skalierbaren DAC-Lösungen direkt angehen und bedeutende

Mengen liefern. Dabei senken wir die Kosten auf unser langfristiges Ziel von unter 100 €/t CO₂, was uns in eine Position bringt, diese Branche anzuführen.“

Das Engagement und die Innovationen solcher Unternehmen zeigen, dass Deutschland eine führende Rolle in der Entwicklung, Implementierung und Produktion von neuen klima-

**Paul Teufel,
Malte Feucht und
Steffen Garbe**
Gründer von Phlair

*„Phlair
revolutioniert
die CO₂-
Abscheidung“*



Foto: privat

freundlichen Technologien spielen kann, die CO₂-Emissionen reduzieren, und einen Weg zu einer nachhaltigeren und klimaresilienten Zukunft ebnen. Mit Unternehmen wie Phlair können wir an die Spitze dieses Wandels gelangen und Vorbild für andere Länder sein. □



Foto: AdobeStock©filmbildfabrik

Sicherheit und Wirtschaft gehören zusammen

Die sicherheitspolitische Realität hat sich verändert.

Es ist eine besondere Gelegenheit, wenn ein deutscher Verteidigungsminister beim Wirtschaftstag spricht. Das gab es seit 25 Jahren nicht mehr. Dies allein zeigt, wie sehr Wirtschaft und Verteidigung in den letzten Jahrzehnten getrennt betrachtet wurden. Doch diese Zeiten sind vorbei.

In Europa tobt ein brutaler, menschenverachtender Krieg, den Putin vor über zwei Jahren mit seinem Angriff auf die Ukraine entfesselt hat. Er hat Russland inzwischen vollständig auf Kriegswirtschaft umgestellt. Gleichzeitig nehmen weltweit die geopolitischen Spannungen zu. Die Bedrohungen werden nicht nur mehr,

sondern auch vielfältiger und folgen schneller aufeinander oder überschneiden sich. Die sicherheitspolitische Realität hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert.

Für Deutschland ist damit klar: Wir müssen uns auf diese Bedrohungen einstellen. Wir müssen die Zeitenwende vorantreiben und gestalten. Zeitenwende bedeutet mehr als ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen. Es geht nur mit einer starken europäischen und deutschen Verteidigungsindustrie. Unsere Bundeswehr leistet großartige Arbeit. Die Soldatinnen und Soldaten sind kompetent und motiviert und stellen sich Situationen, die niemandem sonst zugemutet werden.

Wir müssen langfristig mehr in unsere Bundeswehr investieren. Jahrzehntelange Einsparungen haben Lücken hinterlassen. In diesem Jahr steht uns so viel Geld zur Verfügung wie noch nie, vor allem dank des Sondervermögens. Deutschland löst damit sein Versprechen ein, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben.

Die neue sicherheitspolitische Realität hat auch das Verhältnis von Politik und Rüstungswirtschaft verändert.

Unsere Verteidigungsindustrie ist ein wichtiger Teil der Sicherheitsarchitektur. Nur wenn wir sie als solche begreifen, können wir den passenden politischen Rahmen schaffen. Aus meiner Sicht sind sechs Punkte zentral für eine verteidigungspolitische Kehrtwende: Schnelligkeit, Flexibilität, Verlässlichkeit, Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Gemeinsam mit der Industrie schaffen wir Bedingungen, die eine schnelle Erhöhung der Produktionskapazitäten ermöglichen. Sicherheit bedeutet auch, dass wir resiliente Lieferketten gewährleisten. Eine flexible und resiliente Industrie, die auf Störungen vorbereitet ist und diesen durch Diversifizierung begegnen kann – das ist unser Ziel.

Eine erfolgreiche Rüstungsindustrie braucht auch eine gute Rüstungsexportpolitik. Ein ausgewogener Realismus und ein strategischer Weitblick, der auch die geopolitischen Umstände berücksichtigt, sind wichtig. Sicherheit und Wirtschaft sind nicht zwei getrennte Bereiche. Sie gehören zusammen. Wenn es um die Zukunft und die Sicherheit Deutschlands und Europas geht, haben wir eine gemeinsame Verantwortung. □



Boris Pistorius

Bundesminister
der Verteidigung

„Wir müssen langfristig mehr in unsere Bundeswehr investieren.“



Foto: AdobeStock©contrastwerkstatt

Wachstumsimpulse für Deutschland

Deutschland sollte nicht auf Subventionen setzen, sondern die angebotsseitigen Bedingungen verbessern.

Bei einem Treffen des Internationalen Währungsfonds wurde Berlin kürzlich als Symbol für die globale Wachstumsschwäche genannt. Das ist ein klares Zeichen dafür, dass wir dringend handeln müssen. Deutschland ist im globalen Standort-Ranking von Platz sechs im Jahr 2014 auf Platz 22 gefallen. Diese Entwicklung resultiert nicht aus den wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine oder der aktuellen Regierungspolitik, sondern aus einer Dekade des Verteilens von Wohlstand. Wir haben die Rente mit 63 eingeführt und uns über den Kohleausstieg gestritten. Jetzt müssen wir umkehren – und unsere Bereitschaft zur Spitzenleistung wiederherstellen.

In der Wirtschaftspolitik gibt es zwei Denkschulen. Die erste, inspiriert von den USA, setzt auf große öffentliche Defizite und schuldenfinanzierte Subventionen für bestimmte Unternehmen und Technologien. Ich habe jedoch Bedenken, da dies fiskalisch nicht nachhaltig und ordnungspolitisch fragwürdig ist. Solche Subventionen würden bedeuten, dass Politi-

ker und Beamte über die zukünftige Wirtschaftsstruktur entscheiden, was unternehmerisches Risiko und Einsatzbereitschaft untergräbt. Stattdessen plädiere ich für die Verbesserung der angebotsseitigen Bedingungen. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Handwerk, Mittelstand und Industrie verbessern. Dazu gehören Maßnahmen zur Mobilisierung des Arbeitsmarktes, Bürokratieabbau und eine kritische Revision unserer Energie- und Klimapolitik.

Eine der größten Wachstumsbremsen ist der Fachkräftemangel. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz war ein wichtiger Schritt, muss aber weiterentwickelt werden. Es muss möglich sein, qualifizierte Kräfte über Zeitarbeit aus dem Ausland zu rekrutieren. Zudem müssen wir die Anreizstruktur des Bürgergelds verbessern und ältere Arbeitnehmer mobilisieren. Ein positiver Anreiz wäre beispielsweise, dass Menschen, die über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten, den Arbeitgeberbeitrag zur Renten- und Arbeitslosenversicherung als zusätzliches Netto ausgezahlt bekommen.

Wir müssen nicht nur neue Bürokratie verhindern, sondern auch den bestehenden Bürokratieaufwand reduzieren. Das deutsche Lieferkettengesetz sollte ausgesetzt werden. Eine überarbeitete europäische

Christian Lindner MdB

Bundesminister der Finanzen



Foto: Bundesministerium der Finanzen

„Verbote hemmen Innovationen!“

Lieferkettenrichtlinie könnte ebenfalls entlastend wirken. Diese Regelungen belasten nicht nur große Unternehmen, sondern auch kleinere Zulieferer. Unsere Energie- und Klimapolitik muss einer kritischen Revision unterzogen werden. Der planwirtschaftliche Ansatz muss der Vergangenheit angehören. Wir benötigen Technologieoffenheit, insbesondere im Hinblick auf den Verbrennungsmotor, der noch Jahrzehnte weltweit genutzt werden wird. Verbote hemmen Innovationen! □

Fundament für Europas Zukunft

Wir brauchen in Deutschland und Europa ein Grundverständnis darüber, wie wichtig Wachstum ist.

Foto: AdobeStock@rsooli

Das Wichtigste, was wir uns in Europa auf die Fahne schreiben müssen, ist das Grundverständnis, wie wichtig Wachstum ist. In Brüssel und teilweise auch in Berlin müssen wir viele Gesprächspartner davon überzeugen, dass Wachstum etwas Positives ist. Nehmen wir einmal nicht die Wettbewerbsfähigkeit in den Fokus, sondern betrachten nur die Altersversorgung in Deutschland: Wir brauchen ein jährliches Wachstum von 2,5 Prozent, um die Altersversorgung durch den heutigen Generationenvertrag haltbar zu machen. Diesen Wert haben wir in den letzten zehn Jahren nur zweimal erreicht. Daher muss das Grundverständnis von uns allen sein,

dass Wachstum die Grundlage für unseren Wohlstand ist.

Wenn wir über Wachstum sprechen, müssen wir Tempo machen. Wir müssen strukturelle Änderungen vornehmen. Dies erfordert schnellere Entscheidungen sowohl in der Gesamtwirtschaft als auch in der Bankenindustrie, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Europäische Banken haben ihren Auftrag in den letzten Jahren gut erfüllt, trotz schwerer Fehler in der Vergangenheit, wie während der Finanzkrise 2008/2009. Härtere Regulierungen haben uns geholfen, schwierige Situationen zu meistern. Das Wachstum, das Europa benötigt, wird nur durch eine ausreichende Finanzierung und Investitionen in Höhe von 600 bis 700 Milliarden Euro pro Jahr erreicht. Dies kann nicht nur durch Banken gestemmt werden.

Europäische Banken haben die Möglichkeit, einen Teil dieser Investitionen zu finanzieren, da sie profitabel und stabil sind. Doch die übermäßige Regulierung könnte das erschweren. Es gibt derzeit 400 Regulierungsreformen und Vorschläge in Europa, die die Banken in den nächsten Jahren belas-

ten werden. Diese Regulierung könnte dazu führen, dass Kapital gebunden wird, das zur Finanzierung der Wirtschaft benötigt wird. Deshalb müssen wir, nachdem Stabilität und Profitabilität erreicht sind, weitere Regulierungen vermeiden, um dieses Kapital für Transformation und Investitionen zur Verfügung zu stellen.

Wir sollten alle Maßnahmen ergreifen, um die Finanzierungslücke zu schließen. Eine wichtige europäische Initiative, die Fortschritte zeigt, ist die Verbriefung. Ich begreife sie als eine Art Brückentechnologie zur Kapitalmarktunion. Der amerikanische Verbriefungsmarkt ist zwölfmal so groß wie der europäische. Das zeigt, dass wir hier noch Potenzial haben. Eine größere Verbriefungskapazität würde uns ermöglichen, neue Kredite für die Wirtschaft bereitzustellen. Das ist ein Beschleunigungsfaktor, um Wachstum und Finanzierung sicherzustellen. Es liegt in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger, dieses Momentum zu nutzen und nicht zu verlieren. Nur durch solche Maßnahmen können wir das notwendige Wachstum unterstützen und die Zukunft Europas sichern. □



Christian Sewing

Vorsitzender des Vorstands,
Deutsche Bank AG

„Wachstum ist etwas Positives.“

Foto: Jens Schicke



Ein Plädoyer für die Kapitalmarktunion

Deutschland muss die Führungsrolle in Europa bei dem Projekt übernehmen.

Eine Kapitalmarktunion in Europa braucht eine breite Investorenbasis. Sie sind der zentrale Anker für die Initiativen, die dazu ins Leben gerufen wurden. Wie Beispiele aus Ländern mit tiefen Kapitalmärkten wie Schweden zeigen, ist die Nachfrage im Heimatmarkt eine wesentliche Dimension. Deshalb begrüße ich auch Initiativen wie das Generationenkapital und die geplante Altersvorsorgekapitalanlage in Deutschland. Sie sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um die notwendige Nachfrage zu schaffen.

Neben der Erweiterung der Investorenbasis müssen aber auch die Strukturen der Kapitalmärkte grundlegend verändert werden. Aus unserer Sicht geht es um die Frage, die grundsätzliche Fragmentierung zu beheben, die in den letzten Jahren entstanden ist. Diese Fragmentierung ist mit einer hohen Intransparenz dieser Märkte verbunden. Die derzeitige Fragmentierung und Intransparenz hemmen jedoch eine Bündelung von Nachfrage und Investitionspotenzial.

In Europa gibt es 500 Handelsplätze, während in den USA nur 100 existieren. Gleichzeitig ist das Handelsvolumen in Europa deutlich geringer. Nur 30 Prozent des Handels finden auf transparenten Märkten statt, während es in den USA 70 Prozent sind. Diese Zahlen verdeutlichen, dass ein grundsätzlicher Neuanfang notwendig ist. Das System, das vor 15 Jahren für die Marktstruktur geschaffen wurde, ist kaputt. Es ist an der Zeit, einen Schritt zurückzutreten und ein klares Bekenntnis zu transparenten Märkten abzugeben. Man muss eine Konsolidierung ermöglichen.

Die Diskussion zur Kapitalmarktunion wurde in den letzten Monaten intensiv von der Gruppe der Euro-Finanzminister geführt, insbesondere von Frankreich. Frankreich hat ein stark koordiniertes Programm mit klaren Zielen vorgelegt. Meine große Sorge ist, dass dieses Momentum verloren gehen könnte. Deshalb appelliere ich an Deutschland, die Führungsrolle bei der Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion auf europäischer Ebene zu übernehmen. Deutschland

hat eine besondere Verantwortung für die Kapitalmarktunion.

Es ist wichtig, dass wir Sonderregelungen und rein nationale Lösungen vermeiden. Stattdessen sollten wir gemeinsam einen europäischen Quantensprung für die Kapitalmarktunion anstreben.

Dr. Stephan Leithner

Vorsitzender des Vorstands
Deutsche Börse AG



„Das Generationenkapital und die geplante Altersvorsorgekapitalanlage sind wichtige Schritte.“

union anstreben. Ich bin überzeugt, dass es uns mit vereinten Kräften gelingen wird, die Nachfrage der Investoren zu stärken, die Marktstrukturen grundlegend zu verbessern und so die Kapitalmarktunion zu einem Erfolg zu führen. □



Foto: AdobeStock©MarcelS

Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt rücken

*Eine Debatte über die richtige
wirtschaftspolitische Ausrichtung ist notwendig.*

Wohlstand und Wirtschaftswachstum allein sind keine Garanten für eine stabile demokratische Ordnung, in der Freiheitsrechte und ein liberaler Rechtsstaat selbstverständlich gelebt werden. Auch wohlhabende Länder benötigen engagierte und wache Bürgerinnen und Bürger, um eine stabile Demokratie zu sichern. Ein verarmtes oder wachstumsschwaches Land hingegen ist anfälliger für Populismus, Radikalismus und antidemokratische Strömungen.

Die Europäische Union wurde auf dem Prinzip gegründet, dass Wohlstand die Bedingung für Freiheit und Frieden ist. Der Binnenmarkt und die

Montan-Union sind konkrete Beispiele für dieses Versprechen. Die EU ist also primär ein Wohlstandsgenerator geworden, um das Ziel Freiheit zu realisieren. Diese Idee spiegelt sich auch in der Sozialen Marktwirtschaft wider, die Wohlstand für alle und die Teilhabe der Menschen an diesem Wohlstand als zentrale Ziele verfolgt.

Die Angriffe Putins auf die Energieinfrastruktur in Deutschland und Europa haben gezeigt, wie anfällig eine geschwächte Union und ein geschwächtes Deutschland für Radikalismen und Populismen sind. Der Angriffskrieg auf die Ukraine zielt auch darauf ab, über hohe Energiepreise und hohe Inflation das Wirtschaftswachstum zu bremsen. Der Angriff ist damit auch ein Angriff auf das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft und die europäische Idee, aus Wohlstand heraus Freiheit zu schaffen und den Frieden zwischen den Völkern zu sichern. Der Plan Putins ist fast aufgegangen. Wir sind auf dem Weg der Besserung, aber die Situation ist nach wie vor herausfordernd. Unternehmen haben in den vergangenen zwei Jahren enorm gelitten. Die Menschen sind buchstäblich ärmer geworden.

Und genau das war das Ziel dieses Angriffs. Man darf unterstellen, dass das kein Zufall ist.

Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen verdeutlichen, dass Protektionismus, Zoll- und Handelsbarrieren zunehmend genutzt werden, um nationale Interessen durchzusetzen. In einer Zeit, in der die Rückkehr der Geopolitik gewissermaßen die Globalisierung ablöst, ist es entscheidend, diese Entwicklungen zu analysieren und zu verstehen. Nach meiner Beobachtung und Analyse betreiben viele Länder keine allgemeine Wettbewerbspolitik mehr. Sie nutzen Energie, Rohstoffe, Lieferketten und Produktionsabhängigkeiten, um ihre Interessen durchzusetzen. Man kann das auch anders beurteilen. Aber eine Verklärung des Erfolgs der Vergangenheit darf nicht zu Fehlern in der Gegenwart führen. Wirtschaftspolitik muss ins Zentrum der politischen Diskussion gerückt werden, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Die Debatte über die richtige wirtschaftspolitische Ausrichtung ist dringend notwendig, um Stabilität und Wohlstand in Deutschland und Europa zu sichern. □

Foto: Dominik Butzmann



Dr. Robert Habeck MdB

Vizekanzler und Bundesminister
für Wirtschaft und Klimaschutz

*„Viele Länder betreiben keine
allgemeine Wettbewerbspolitik mehr.“*

Pflege: Gezielte Hilfe statt Politik mit der Gießkanne

Die Pflegekosten in Deutschland sind stark gestiegen. Nun rufen manche nach zusätzlichen Pflegeleistungen gegen ein angebliches „Armutsrisiko“. Doch Vorsicht: Das käme überwiegend den Falschen zu Gute – und würde die Lohnkosten massiv belasten.

Ein Advertorial des PKV-Verbands

Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat angekündigt, er wolle Pflegeheimbewohner durch eine Deckelung der Eigenanteile entlasten. Das käme die Beitragszahler der Pflegeversicherung teuer zu stehen. Schon eine Obergrenze bei den pflegebedingten Eigenanteilen von 700 Euro pro Monat brächte zusätzliche Kosten von 8,1 Milliarden Euro im Jahr, zeigt eine Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der Privaten Krankenversicherung (WIP). Durch die Alterung der Versicherten würden die Kosten auf 15,2 Milliarden Euro im Jahr 2030 steigen. Insgesamt würden im Zeitraum bis 2030 schon rund 80 Milliarden Euro zusätzlich benötigt (siehe Grafik).

Tendenz: steigend. Denn nach 2030 kommen die Babyboomer-Jahrgänge ins Pflegealter. Noch teurer würde eine sogenannte Pflege-Vollkasko. Das alles ginge zu Lasten der Beitragszahler – also Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Lohnzusatzkosten würden weiter steigen und die Wettbewerbsfähigkeit noch stärker belastet.

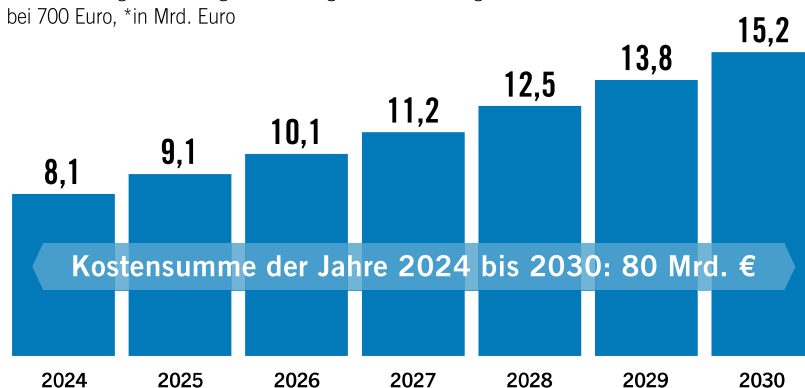
„In Zeiten von Haushaltslöchern und rasant steigenden Sozialabgaben gibt es keinen Spielraum für zusätzliche Leistungen in der Gesetzlichen Pflegeversicherung“, erklärt PKV-Verbandsdirektor Florian Reuther. „Obergrenzen für die Eigenanteile wären eine unbezahlbare Sozialpolitik mit der Gießkanne. Die Kosten tragen die Beitrags- und

Steuerzahler und vor allem die jüngeren Generationen, während davon auch Menschen mit Privatvermögen profitieren.“ Die gezielte Unterstützung aller wirklich Hilfebedürftigen erfordere hingegen nur etwa ein Drittel der Kosten. So hat die 2022 eingeführte Deckelung der Eigenanteile die Sozialhilfe nur um 1,2 Milliarden Euro entlastet, dafür aber die Beitragszahler mit 3,6 Milliarden Euro zusätzlich belastet, berichtet das IGES-Institut.

Unterstützung nach Bedürftigkeit“, so Reuther. Er warnt davor, diese Absicherung schlecht zu reden, um Mehrleistungen zu fordern. Vor der Einführung der Pflegeversicherung waren über 80 Prozent der Heimbewohner von Sozialhilfe abhängig, dieser Anteil ist durch die Pflegeversicherung auf unter ein Drittel gesunken und seither stabil. „Die Pflegeversicherung erfüllt weiterhin erfolgreich ihren sozialpolitischen Auftrag“, betont Reuther.

Deckelung der Pflegekosten nicht tragbar

Kostenwirkung einer Obergrenze der Eigenanteile im Pflegeheim (EEE) bei 700 Euro, *in Mrd. Euro



1. Annahme zur Entwicklung der EEE bis 2030: +5,7 % p.a. (= realer Anstieg der SPV-Leistungsausgaben in den letzten 20 Jahren) | Quelle: Wissenschaftliches Institut der PKV (WIP)

Fast 70 Prozent der Rentnerhaushalte können sich aus ihrem Einkommen und Vermögen einen Platz im Pflegeheim für mehrere Jahre leisten, zeigt eine Studie des IW Köln. „Für alle anderen garantiert die Sozialhilfe gezielte

„Die Stabilität unserer Sozialsysteme erfordert jetzt dringend mehr Eigenverantwortung und private Vorsorge.“ Konkrete Vorschläge für nachhaltige Reformen liegen auf dem Tisch: www.pkv.de/pflege



Foto: AdobeStock©Carl-Jürgen Baitsch

Weder Fisch noch Fleisch

Die Energiewende ist zum Scheitern verurteilt, wenn die Bundesregierung sie weiter über eine Mischung aus Ordnungsrecht und Ordnungspolitik steuert und sie damit unbezahlbar wird.

Die Energiepreise in Deutschland sind in den letzten 20 Jahren stark angestiegen. Die Strompreise etwa haben sich für Haushalte von 2000 bis 2023 mehr als verdoppelt, für industrielle Verbraucher im Durchschnitt fast verfünffacht. Im Krisenjahr 2022 waren

die Strompreise sogar noch höher (s. S. 28). Für die Industrie relevant ist neben dem absoluten auch der relative Anstieg, das heißt der Vergleich zu Wettbewerbern aus anderen Ländern. Auch hier ist der Anstieg in Deutschland stärker, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hat sich also im internationalen Vergleich bei den Energiekosten verschlechtert. Hinzu kommt, dass weitere Kosten für den Strom aus dem Staatshaushalt getragen werden, also vom Steuerzahler.¹

Es gibt zahlreiche Gründe für diesen Preis- beziehungsweise Kostenanstieg. Sie reichen vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der

zumindest temporär einen Preisanstieg bei Öl, Kohle und Erdgas bewirkte, über die in der Vergangenheit hohen Investitionskosten für erneuerbare Energien und die Einpreisung von Klimaschäden durch den CO₂-Preis bis hin zur Abschaltung bestehender Kraftwerke lange vor dem Erreichen der technischen Lebensdauer – insbesondere bei Kernkraft, Kohle und Erdgas. Allerdings liegen diese Ursachen in der Vergangenheit und sind aus heutiger Sicht praktisch nicht umkehrbar. Es gilt das umgangssprachliche Motto: Hätte, hätte – Fahrradkette.

Grundsätzlich beeinflussbar ist dagegen die Zukunft. Eine wesentliche Stellschraube bei den zukünftigen Kosten ist die innerhalb von zehn Jahren geplante, vollständige Abschaltung der Steinkohlenkraftwerke mit



Prof. Dr. Felix Müsgens

Leiter
EIZ Energy Innovation Centre
Brandenburgische Technische
Universität Cottbus

„Die Vorteile einer Fokussierung auf ökonomische Effizienz liegen auf der Hand: Durch die Effizienzgewinne geht es der Gesellschaft in Summe besser.“

einer verbleibenden Leistung von 11,9 Gigawatt (GW), der verbleibenden Braunkohlenkraftwerke von 16,6 GW im Jahr 2010 auf null GW im Jahr 2030/38 und Erdgaskraftwerke von 30,8 GW heute auf null GW 2035.2 Hohe Kosten entstehen dabei für den vorgesehenen Ersatz dieser Anlagen durch emissionsfreie Technologien.

Die nächsten Kostentreiber sehen wir beim Aufbau von CO₂-freier Back-Up-Kapazität – Kraftwerksstrategie, Batterie- und Wasserstoffspeicher, DSM, Elektrolyseure und vielem mehr, und in geringerem Umfang auch für den weiteren Zubau von erneuerbaren Energien. In der Folge werden auch hohe zusätzliche Kosten für den Netzausbau anfallen, sowohl im Stromnetz für „Stromautobahnen“ in Nord-Süd-Richtung plus Netzaus- und -umbau im Verteilnetz für die Integration weiterer Erzeugungsanlagen bei Wind- und Solarenergie, Wärmepumpen und elektrisches

Laden von Personenkraftwagen als auch für ein heute praktisch nicht existierendes zukünftiges „Wasserstoffkernnetz“.

Die hierfür in Zukunft anfallenden Kosten lassen sich heute noch beeinflussen, sie sind noch nicht im ökonomischen Sinne „versunken“. Grundsätzlich bestehen dafür drei Möglichkeiten:

- ▶ **Umverteilung:** Akteur A zahlt weniger, jedoch auf Kosten von B
- ▶ **Zielanpassung:** Stärkere Gewichtung von „Wirtschaftlichkeit“ im energiepolitischen Zieldreieck aus Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit
- ▶ **Zielanpassung:** mit gegebenen Mitteln das bestmögliche Ergebnis erreichen beziehungsweise ein bestimmtes Ziel möglichst kostengünstig erreichen

Alle drei Optionen werden im Folgenden kurz im Hinblick auf die jeweiligen Vor- und Nachteile analysiert.

Umverteilung

Bei einer Umverteilung bestehen die Vorteile darin, schnell und zielgerichtet einzelne Stakeholder zu entlasten. Der Nachteil besteht darin, dass in gleichem Umfang Mehrbelastungen für andere entstehen, in der Regel die Steuerzahler, die sich oft nur leise beklagen, noch lieber gelegentlich auch zukünftige Steuerzahler, die sich in aller Regel heute noch gar nicht beklagen. Weiterhin öffnen Subventionen die Tür für Partikularinteressen, nach dem Motto jeder hat (s)eine Subvention verdient, und wenn es nur ist, um die Subventionen zu kompensieren, die alle anderen erhalten.

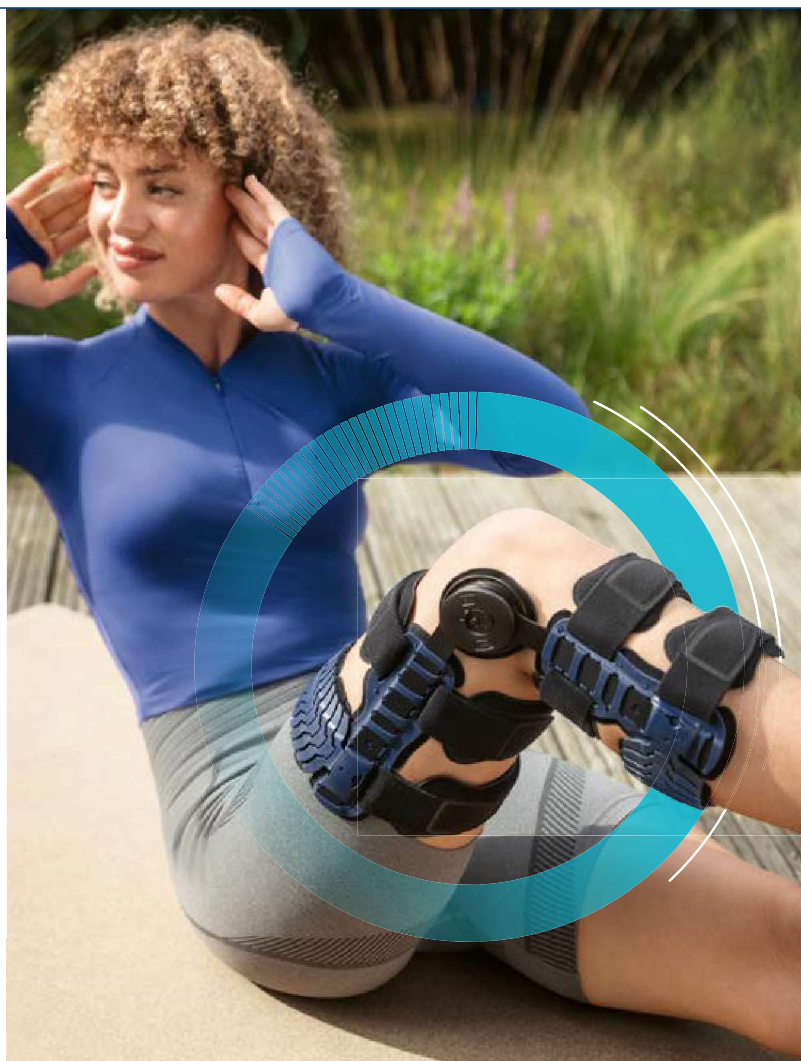
Weiterhin gilt für die praktische Umsetzung: „Gut gemeint ist oftmals schlecht gemacht“. Durch Subventio-



INNOVATION DER KNIEORTHESEN

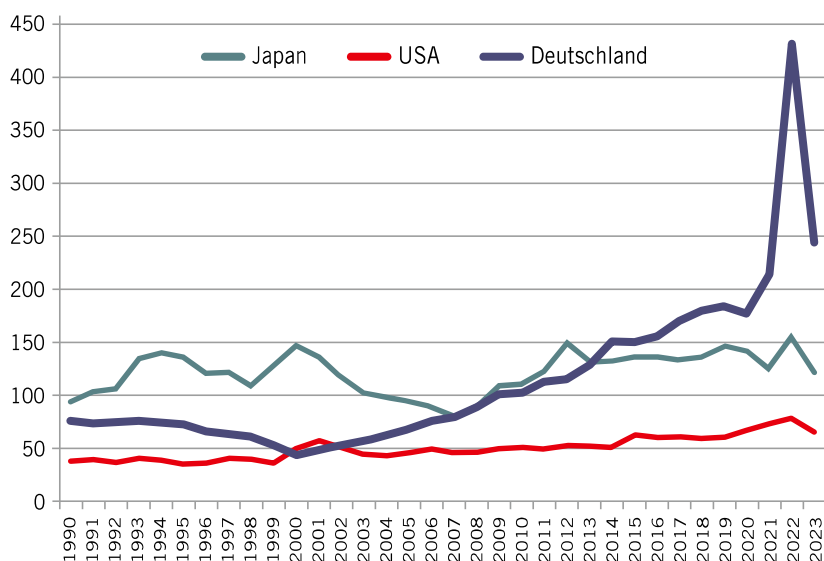
SecuTec® Genu Flex BEI KNIEVERLETZUNGEN

→ [BAUERFEIND.COM](https://www.bauerfeind.com)



Industriestrompreis inklusive Steuern im Ländervergleich

in Euro pro MWh



Quelle: Schiffer & Ulreich, 2023; BDEW, 2024; IEA, 2024

nen entstehen Fehlanreize und Mitnahmeeffekte, und sie bestehen in der Praxis oft auch dann fort, wenn das eigentlich adressierte Problem längst gelöst ist.

Anpassung der Ziele

Eine zweite Möglichkeit wäre die Anpassung der Ziele, konkret eine stärkere Gewichtung von Wirtschaftlichkeit im energiepolitischen Zieldreieck. Würden zum Beispiel Laufzeiten für bestehende konventionelle Kraftwerke verlängert, müsste gesicherte Kraftwerksleistung erst später durch die aktuell noch teuren klimaneutralen Alternativen ersetzt werden. Dies bedeutet jedoch im Umkehrschluss, dass die Ziele Umweltschutz oder Versorgungssicherheit weniger stark gewich-

tet werden, denn genau hier liegen die Zielkonflikte im energiepolitischen Zieldreieck. Das zwischen diesen Zielen erforderliche Tarieren ist eine politische Aufgabe.

Erhöhung der ökonomischen Effizienz

Die dritte Möglichkeit ist die Erhöhung der ökonomischen Effizienz. Man erreicht also ein unverändertes Ziel mit niedrigeren Kosten. Ein wesentliches Beispiel hierfür ist die Fokussierung auf den CO₂-Preis als Leitinstrument für den Klimaschutz.³ Eine Vielzahl von Maßnahmen, die derzeit zur Emissionsvermeidung ergriffen werden, kosten ein Vielfaches der Preise im Emissionshandelssystem. Mit einer Fokussierung auf den CO₂-Preis sind deshalb Effizienzgewinne verbunden. Ein weiteres Beispiel ist ein schnellerer Netzausbau. Werden die bereits beauftragten und in Umsetzung befindlichen Transportleitungen früher fertig, sinken die Redispatchkosten – teilweise können schon heute 25 Prozent des auf See erzeugten Windstroms nicht abtransportiert werden und

verbessern die Integration der erneuerbaren Energien.

Auch ein Ersetzen geplanter Erdkabel durch Freileitungen reduziert die Kosten bei gleichem Stromtransport erheblich. Schließlich würde neben dem Abbau von Bürokratie auch die Abschaffung unnötiger oder kontraproduktiver Subventionen die Effizienz verbessern.

Die Vorteile einer Fokussierung auf ökonomische Effizienz liegen auf der Hand: Durch die Effizienzgewinne geht es der Gesellschaft in Summe besser. Gleichzeitig werden zentrale umweltpolitische Ziele weiter erreicht – bei niedrigeren Kosten. Ein Nachteil ist, dass trotz Wohlfahrtssteigerung in der Regel nicht alle Stakeholder gewinnen können, beispielsweise drohen Proteste derer, die sich an den „Subventionstropf“ des Steuerzahlers gewöhnt haben.

Gerade in Zeiten knapperer Haushaltsmittel steigt aber die Bedeutung von Effizienz. Für die Energiewende stellt sich die grundsätzliche Frage: Wie wollen wir die Energiewende koordinieren? Mit Ordnungsrecht, also mit einer Vielzahl regulatorischer Vorgaben, oder mit Ordnungspolitik, also allgemeinen Rahmenbedingungen, in denen sich der Markt dann aber frei bewegt? Die derzeitige Mischung aus Ordnungsrecht und Ordnungspolitik zur Steuerung der Energiewende ist weder Fisch noch Fleisch. Die Frage, welche Aufgabe den Investoren, Produzenten und Konsumenten im Wettbewerb zukommt, und welche Fragen staatlich reguliert werden, muss für eine Energiewende 2.0 neu gestellt und anders beantwortet werden. □



Prof. Dr. Justus Haucap

Direktor DICE Düsseldorf
Institute for Competition
Economics, Heinrich-Heine-
Universität Düsseldorf

„Eine Vielzahl von Maßnahmen, die derzeit zur Emissionsvermeidung ergriffen werden, kosten ein Vielfaches der Preise im Emissionshandelssystem.“

1 Zu nennen sind hier insbesondere die Kosten für die Förderung erneuerbarer Energien, die Mitte 2022 nicht mehr von den Energieverbrauchern direkt finanziert werden.

2 „[F]ür 2035 streben wir ein weitgehend klimaneutrales Stromsystem an“ (Quelle: BMWK). Konsequenz wäre die Abschaltung aller konventionellen Kraftwerke in den nächsten zehn Jahren.

3 Müsgens, F. (2020): Equilibrium Prices and Investment in Electricity Systems with CO₂-Emission Trading and High Shares of Renewable Energies, Energy Economics, 86, 1-8, doi: 10.1016/j.eneco.2018.07.028. bezieht beispielsweise die Einsparungen allein im Klimaschutz bei europäischer Harmonisierung und CO₂-Preis als Leitinstrument auf mehr als 30 Mrd. € pro Jahr.



Foto: AdobeStock@Industrieblick (Auszug)

Mehr Arbeitskräfte heißt mehr Wohlstand

Die Task Force Fachkräftesicherung im Wirtschaftsrat hat ein Fachkräftekonzept erarbeitet, um die wirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels abzuwenden.

Die Bevölkerungsalterung stellt unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Bis 2035 würde das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland um sieben Millionen Menschen zurückgehen, wenn die Erwerbsbeteiligung unverändert und Migration unberücksichtigt blieben. Jetzt besteht die letzte Chance, Deutschland fit zu machen für den demographischen Wandel, bevor ab 2025 die Babyboomer in den Ruhestand gehen. Bereits heute sind 1,5 Millionen Stellen unbesetzt, trotz mehrjähriger wirtschaftlicher Schwächephase. Prognosen gehen für 2030 in den Mangelberufen von drei

Millionen fehlenden Fachkräften aus, davon mehr als ein Drittel im IT-Bereich. Die Folge: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sagt für Deutschland nur noch ein jährliches Potenzialwachstum von 0,5 Prozent voraus. Umso mehr gilt es, die Basis für qualifizierte Zuwanderung zu legen und möglichst vielen Deutschen den Einstieg in den Job und ein langes Erwerbsleben zu ermöglichen.

Ein besonders großes Erwerbspotenzial besteht bei Älteren. Wenn es gelänge, bei Personen im Alter von 60 bis 69 die Beschäftigungsquote auf diejenige von fünf Jahre jüngeren anzu-

heben, wäre dies gleichbedeutend mit 2,5 Millionen zusätzlichen Arbeitskräften. Eine längere Lebensarbeitszeit bietet Bürgern auch eine bessere Perspektive auf eine auskömmliche Rente. Angesichts der hohen Lebenserwartung und Gesundheit der Menschen in Deutschland, kann der Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 im Jahr 2031 nicht das Ende sein. Wir sollten das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung anknüpfen: Mit jedem zusätzlichen Lebensjahr sollte das Renteneintrittsalter um acht Monate ansteigen. Gleichzeitig müssen wir die Anreize für eine Frühverrentung zulasten der Gemeinschaft der Bei-

tragszahler beseitigen. Das würde eine Anhebung der Abschläge von heute 3,6 Prozent pro Jahr auf fünf bis sieben Prozent bedeuten und die „Rente mit 63“ muss enden. Auch gilt es, die Erwerbstätigkeit jenseits der Regelaltersgrenze durch mehr Anreize und Rechtssicherheit für die Arbeitgeber voranzubringen.

Trotzdem lässt sich allein mit Personen, die heute in Deutschland leben, der Fachkräftemangel nicht beheben. Unser Land muss für international mobile Fachkräfte attraktiver werden. Hohe Sprachhürden und der geringe Digitalisierungsgrad hierzulande sind erhebliche Standortnachteile. Die Politik ist auch aufgerufen, ihre rekordhohe Steuern- und Abgabenlast für Arbeitskräfte zu drücken. Deutschland braucht „mehr Netto vom Brutto“, dann werden mehr Menschen bleiben und Fachkräfte zuwandern.

Voraussetzung ist jedoch, Zuwanderungshürden abzubauen. Die Visa-Vergabe an ausländische Arbeitskräfte könnte durch Zuwanderungsattachés in Botschaften oder eine zentrale Einwanderungsagentur erfolgen. Um Sprachhürden abzubauen, könnte Englisch zweite Amtssprache werden.

Anerkennungsverfahren müssen einfacher und digitaler laufen, erforderliche Dokumente hochzuladen sein. Die Prüfung von Sprachkenntnissen und Qualifikationen durch Landesbehörden ist zu umständlich. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen kann durch eine Genehmigungsfiktion abgekürzt, alternativ die Fähigkeiten demonstriert werden. Grundsätzlich sollte mehr Vertrauen in eine Nachqualifizierung on-the-job sowie mehr Energie für Sprachunterricht aufgebracht werden.

Ein zusätzlicher Projekttopf sollte junge Menschen im Ausland in Deutsch auf das Sprachniveau B2 bringen, damit sie hierzulande eine Berufsschule besuchen können. Nach dem Vorbild der Pflegeausbildungsfonds, schlagen wir die Gründung eines „Ausbildungsfonds für Schulabgänger aus dem Ausland“ vor. Ziel wäre, Betriebe von Zusatzkosten zu entlasten, die die Ausbildung eines jungen Menschen mit nichtdeutschem Schulabschluss mit sich bringt. Zudem sollten Ausbildungspartnerschaften mit anderen Staaten vereinbart werden.

Kleine Unternehmen haben nicht das Know-how, Fachkräfte aus dem

Ausland zu rekrutieren. Hier könnten Personaldienstleister die Lösung sein. Dazu müsste das Fachkräfteeinwanderungsgesetz entsprechend angepasst werden. Zeitarbeitsfirmen brauchen ebenfalls Zugang zum EU-Talentpool, der EU-Arbeitgeber mit Interessierten aus Drittstaaten zusammenbringt. Gleichzeitig sollte der Kreis zuwanderungsberechtigter Arbeitskräfte ausgeweitet werden. Eine Absenkung des geforderten Jahreseinkommens von 41.000 Euro für ausländische Fachkräfte, die mit der „Blauen Karte EU“ zum Arbeiten nach Deutschland kommen, würde hier helfen. Letztlich braucht Deutschland eine echte Willkommenskultur für Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland, die anpacken und bereit zur Integration sind. Hier ist jeder Einzelne gefordert.

Deutschland profitiert noch immer von der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die Agenda 2010, die die Arbeitslosigkeit halbiert hat. Die Wiederaufnahme des „Förderns und Forderns“ ist wichtig – auch um eine Million Langzeitarbeitslose und 1,5 Millionen erwerbsfähige „Bürgergeld“-Empfänger wieder in Jobs zu bringen. Dazu müssten die Jobcenter



Foto: AdobeStock/Louis-Photo

besser ausgestattet werden, Vermittler flächendeckend individuell zugeschnittene Pakete zur Integration von Arbeitslosen in Beschäftigung schnüren können, gemeinnützige Arbeit als Test der Arbeitsbereitschaft, Sanktionen konsequenter angewendet werden und Arbeit grundsätzlich gegenüber Transfereinkommen attraktiver gestaltet werden.

Auch die Beschäftigungsquote ukrainischer Flüchtlinge, die in Deutschland nur bei einem Viertel von anderen EU-Staaten liegt, muss sich verbessern. Rund eine halbe Million ukrainische Bürgergeldempfänger gelten als erwerbsfähig. Die Sozialtransfers für sie sollten auf die Leistungen für Asylbewerber abgesenkt werden und sie gleich auf Arbeitsmöglichkeiten hingewiesen werden, gerne auch bei Zeitarbeitsunternehmen. Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden fallen. Unsere Nachbarn Polen und Tschechien zeigen, wie es geht: Dort läuft der gesamte Prozess von der Aufnahme, vom Rechtsstatus bis zur Arbeitserlaubnis, in einem One-Stop-Verfahren.

Eine weitere Säule für mehr Beschäftigung ist ein Arbeitsmarktrahmen, der Unternehmen weniger Risiken aussetzt, wenn sie etwa Langzeitarbeitslosen einen Job geben. Vorrangig dabei ist die Stärkung von Zeitarbeit als flexibler Beschäftigungsform, die Lockerung des starren Kündigungsschutzes sowie die Überprüfung der Arbeitsmarktprogramme.

Die Digitalisierung vieler Geschäftsprozesse beschleunigt die Veränderungsprozesse. Die Unternehmen benötigen mehr Flexibilität, um damit umzugehen. Einerseits würden flexiblere Einsatzmöglichkeiten von Arbeitnehmern helfen, Arbeitskräfteengpässe zu lindern. Andererseits böten sich Bürgern bessere Entfaltungsmöglichkeiten. Folgende Anpassungen sind entscheidend: Ausnahmen von den gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten, Aufhebung der täglichen Höchstarbeitszeit, Entschlackung der Arbeitsstättenverordnung, Rechtssicherheit für die Nutzung mobiler Endgeräte schaffen, Zulassung der Digitalisierung bei HR-Prozessen und

die Erleichterung von Personalpartnerschaften.

Zentral für die Arbeitswelt 4.0 sind bessere Rahmenbedingungen für die Einbindung externer Experten, die für die Digitalisierung sowie in Forschung und Entwicklung dringend gesucht sind. So arbeiten hochqualifizierte IT-Spezialisten oft selbständig in Projektteams. Dies ist in Deutschland kaum rechtssicher zu gestalten, weil die Gefahr der Scheinselbständigkeit besteht. Als Folge werden wichtige IT-Dienstleistungen oft ins Ausland verlagert. Der Wirtschaftsrat fordert die Definition von Positivkriterien für das Vorliegen einer echten Selbständigkeit, Anpassung der Beurteilungskriterien, Verfahrensbeschleunigung und -erleichterung sowie Harmonisierung der gesetzlichen Regelungen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht und im Steuerrecht.

Neben dem Staat stehen auch die Unternehmen in der Verantwortung, das Arbeitskräftepotenzial auszuschöpfen: Bieten Betriebe attraktive Arbeitsplätze, entspannt sich der Arbeitskräftemangel. Ansatzpunkte, die Unternehmen und dem Arbeitsstandort Deutschland helfen, sind etwa flexible Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung, Möglichkeiten zur Weiterentwicklung, Anreize für Umschulungen, Anpassungen hin zu körperlich weniger belastenden Tätigkeitsprofilen im Alter, angemessene Gehälter, etwa durch Mitarbeiterbeteiligungen am Erfolg und Benefits.

Im Rahmen eines Gesamtpakets zur Linderung des Arbeitskräftemangels fordert der Wirtschaftsrat eine umfassende Bildungsoffensive, die von der Schule bis zur betrieblichen Weiterbildung lebenslanges Lernen fördert und die Bandbreite der Ausbildungsberufe fest in die Lehrpläne integriert. Eine intensive schulische Berufsberatung ist unverzichtbar. Besonders verbesserungsbedürftig ist das Bildungsniveau im MINT-Bereich. Die seit 2012 bei den PISA-Tests schlechter werdenden Leistungen der Schüler kann sich Deutschland nicht leisten. Gleichzeitig müssen wir die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern stärken. Ziel muss es sein,

Vollzeit-Arbeit durch Betreuungsangebote zu ermöglichen. Dem weiteren Ausbau von bedarfsdeckenden, finanzierbaren und qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuungs- und -schulangeboten kommt daher hohe Priorität zu.

Um die individuelle Arbeitszeit zu erweitern, sollten die Arbeitsanreize durch einen flacheren Steuern- und Abgabenkeil gestärkt werden.

Auch das Potenzial künstlicher Intelligenz gilt es nutzen: Neue Technologien können den Menschen zahlreiche Tätigkeiten abnehmen und so die Arbeitskräftelücke verringern.

Dr. Dirk Friederich

Managing Partner
Boyden International GmbH



Foto: Boyden

„Deutschland braucht eine umfassende Bildungsoffensive, die von der Schule bis zur betrieblichen Weiterbildung lebenslanges Lernen fördert.“

Die Regulierung in Deutschland ist viel zu engmaschig. In dem Maße, wie die Arbeitskräfte immer knapper werden, können wir es uns auch immer weniger leisten, dass in den Unternehmen Hunderttausende die Regelkonformität sicherstellen und diese in den Behörden Hunderttausende überwachen müssen. Wir müssen endlich das Bürokratiedickicht durchforsten.

Zugleich gilt es den Wohnungsbau zu fördern. Arbeitskräfte könnten so leichter den Weg in wirtschaftliche Agglomerationsräume finden.

Die Deckung des Arbeitskräftebedarfs ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die wir alle Hebel in Bewegung setzen müssen. Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Nur so können wir Engpässe in den Betrieben abwenden und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands stärken. □

Deutschland muss Cyberangriffe ernster nehmen

Text und Grafiken: **Christian Karassek**

Deutschlands digitale Infrastruktur ist fragil. Ein fehlerhaftes Update an einer Software kann schwerwiegende Folgen für unser Land haben, wie der Fall von CrowdStrike am 19. Juli 2024 zeigt. Viele Krankenhäuser mussten nicht lebensbedrohliche Operationen verschieben, zeitweise wurde sogar der gesamte Flugverkehr des Flughafens Berlin-Brandenburg eingestellt – und das alles nur, weil eine Änderung in der hauseigenen Software von CrowdStrike, Falcon Sensor, fehlerhaft war.



Foto: AdobeStock/Mr. Washington

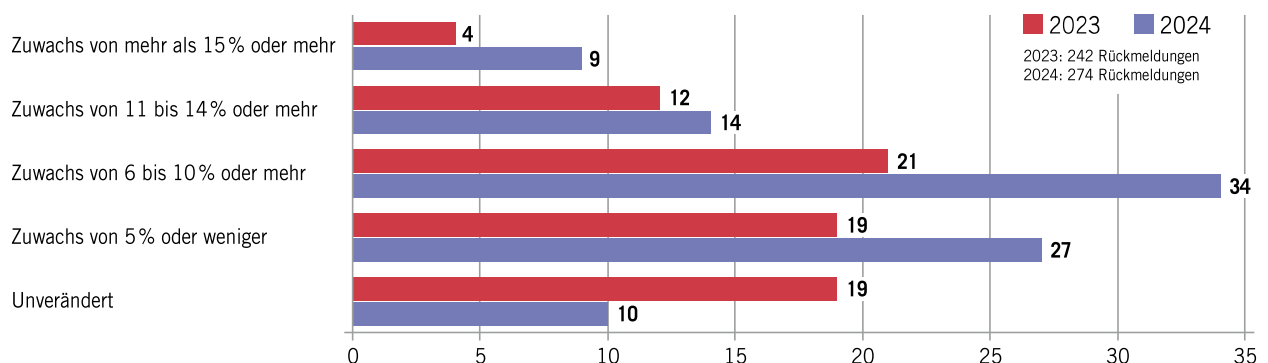
Solche Lücken nutzen Cyberkriminelle gnadenlos aus. Durch unsere Vernetzungen von Wirtschaft, Verwaltung und privaten Lebensbereichen erhalten die Angreifer spielend leichten Zugriff auf unsere Daten. Unternehmen und Institutionen können sich dann kaum gegen ein Eindringen wehren. Der wirtschaftliche Gesamtschaden in Deutschland belief sich 2023 auf 205,9 Milliarden Euro. Cyberangriffe machten dabei mit 148,2 Milliarden beinahe drei Viertel der Schadenssumme aus. Dabei sind vor allem Phishing-Angriffe, also das Fischen von Daten, die beliebteste Masche der Betrüger.

Längst attackieren die Hacker dabei nicht mehr die immer komplexer werdenden Systeme, sondern greifen die Benutzer selbst an. Diese Methode nennt sich „Social Engineering“. Der Angreifer trickst sich durch schadhafte Links, Bilder oder Dokumente, auf die der Benutzer klickt, in das System. Ist er erst einmal drin, verschlüsselt er die Daten des Unternehmens oder der Person mittels einer ransomware (engl.: Lösegeld) und erpresst sein Opfer. Staat und Wirtschaft müssen sich sehr viel stärker vor Cyberangriffen schützen.

Veränderungen bei den Investitionskosten in Cybersicherheit

in Prozent

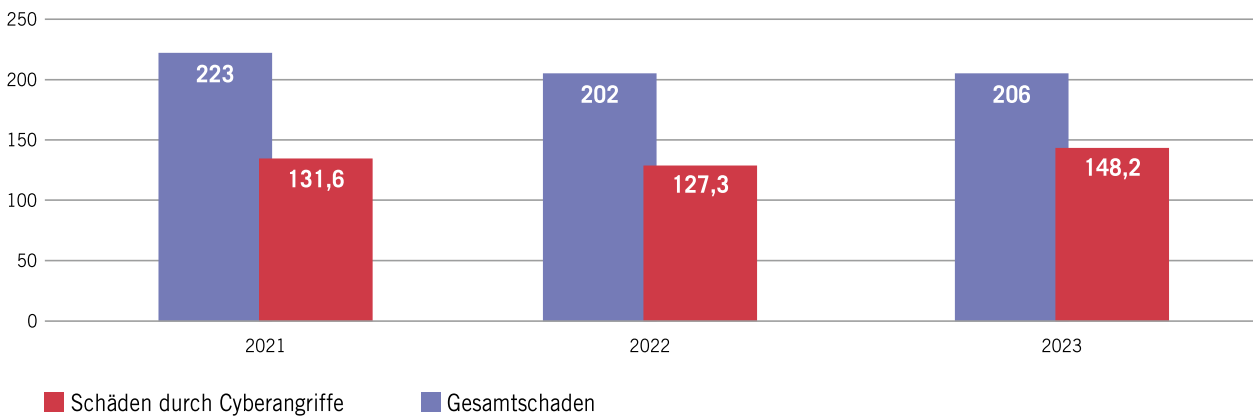
Unternehmen möchten weltweit mehr in ihre Cybersicherheit investieren. In Deutschland sind es vor allem die geopolitischen Risiken, die das Thema beschleunigen.



Quelle: PwC „Global Digital Trust Insights 2024“

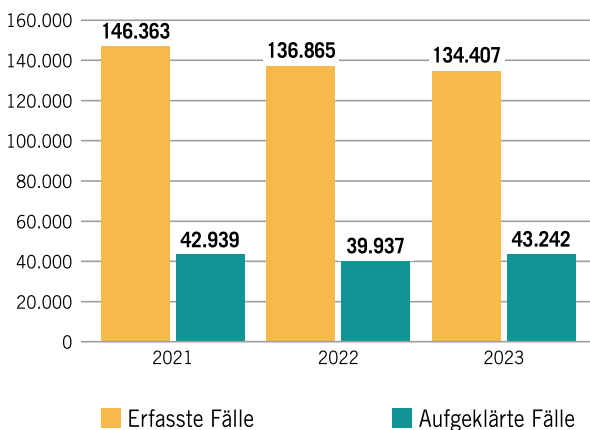
Entstandene Kosten durch Angriffe der vergangenen Jahre

Jahr/Kosten in Milliarden Euro



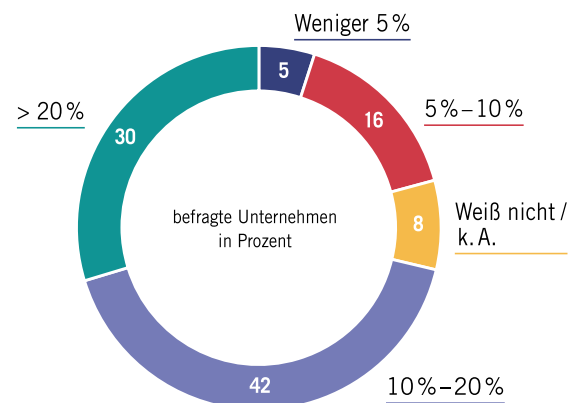
Quelle: Bitkom Research 2023

Polizeiliche Kriminalstatistik zu Cybercrime-Fällen



Quelle: Bundeslagebild 2023

Wie hoch ist geschätzt der Anteil des Budgets für IT-Sicherheit am gesamten IT-Budget Ihres Unternehmens?



Basis: Alle Unternehmen n=1.002, rundungsbedingt kann die Summe der Prozentwerte von 100 abweichen

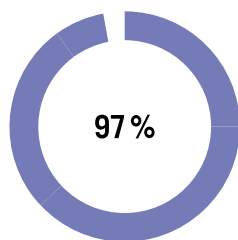
Quelle: Bitkom Research 2023

Zu wenig Informationen, zu viel Bürokratie

in Prozent

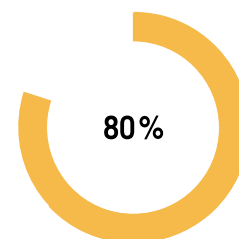
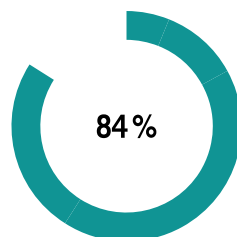
Inwieweit stimmen Sie diesen Aussagen zu?

Basis: Alle Unternehmen (n=1.002); Prozentwerte für „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“



Die Sicherheitsbehörden sollten Unternehmen **besser über die Cybersicherheitslage informieren** z. B. über bekannte Schwachstellen.

Die **Meldung von Cyberangriffen** sollte für Unternehmen, Behörden oder öffentliche Einrichtungen verpflichtend sein.



Der **bürokratische Aufwand** bei der Meldung von Cyberangriffen ist zu hoch.

Quelle: Bitkom Research 2023



Foto: Jens Schicke

AKTUELL
Soziale Marktwirtschaft

Verkrustete Strukturen aufbrechen

Die Konzepte liegen vor, das Grundsätzliche gilt es in Frage zu stellen.

Das Potenzialwachstum war selten so niedrig wie heute. Die Arbeitsproduktivität geht schon länger zurück. Bei den Direktinvestitionen ist die Lücke zwischen Kapital, das ins Ausland wandert und dem, was zu uns kommt, so groß wie selten. Wir haben es mit einer Bundesregierung zu tun, die nicht in der Lage ist, die Situation im Lande zu erkennen. Es kommt jetzt mehr denn je auf uns an. Die Konzepte haben wir doch alle. Deshalb finde ich diese Punkte extrem wichtig: Erstens beschäftigen wir uns in der Partei mit einem Prozesshandbuch. Wir arbeiten an 30, 40, 50 Punkten, was Deutschland braucht, damit verkrustete Strukturen aufgebrochen werden. Ist der

Aufbau dieses Staates, sind die Ministerien, so wie sie aufgebaut sind, noch in der Lage, die Zukunft zu gewinnen? Die Ressortabstimmung, ist das so noch richtig? Brauchen wir 46 Regierungsbeauftragte oder können das auch Abteilungsleiter machen? Wie gehen wir mit Klagerechten um, mit dem Verbandsklagerecht? Sollten wir nicht die Kanzlerschaft begrenzen auf zwei Perioden, um immer neue Ideen zu produzieren? Wir wollen vorbereitet in Koalitionsverhandlungen gehen, wenn wir die Bundestagswahl gewinnen. Und, bevor wir debattieren, die strukturellen Probleme angehen. Denn wir können noch so viele Schulden machen. Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, müssen wir vorher alles in Frage stellen.

Der zweite Punkt. In Deutschland spricht man vom „österreichischen Modell“ und ich bin ein großer Fan davon. Bei uns laufen die Koalitionsverhandlungen immer gleich ab: Ein Thema wird diskutiert, entweder kaputt geredet oder man einigt sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. In Österreich ist es anders: Wenn wir etwa sagen, Arbeit und Wirtschaft sind uns wichtig, dann machen wir unseren Punkt und müssen aushalten, dass an-

dere Parteien ihre Punkte durchsetzen. Natürlich müssen rote Linien gezogen werden. Aber dieses Modell sollte auch für Deutschland Vorbild sein.

Drittens brauchen wir Persönlichkeiten, die in der Lage sind, Dinge durchzusetzen. Am besten wäre es, wenn die komplette Regierung unterschreiben würde, wir machen das vier oder acht Jahre. Dann wären diese Politiker völlig unabhängig. Sie müssen sehr widerstandsfähig sein. Solche Typen brauchen wir. Deshalb schätze ich Friedrich Merz so, weil er genau auf solche setzt.

Wir als CDU müssen jetzt zeigen, was wir besser machen wollen. Dazu haben wir ein tolles Grundsatzprogramm verabschiedet. Wir grenzen uns klar ab von den Grünen, wir gehen vom Individuum aus. Und, wir dürfen nicht über Nebensächlichkeiten reden! Die zentralen Themen – lebe ich sicher, ist mein Geld sicher, ist mein Job sicher, neben den Megathemen Klima und Migration, müssen im Mittelpunkt stehen. Dazu brauchen wir einen Mentalitätswandel in Deutschland. Anstrengungslosen Wohlstand gibt es nirgendwo auf dem Globus. Und wieder vermitteln, dass auch Arbeit glücklich machen kann. □



Dr. Carsten Linnemann **MdB**
Generalsekretär
der CDU Deutschlands

„Anstrengungslosen Wohlstand gibt es nirgendwo auf dem Globus.“



Foto: AdobeStock©Timon

Europäische Souveränität sichern

KI wird sich auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken.

Deutschland braucht offene Märkte. Und natürlich müssen wir diese Märkte so gestalten, dass wir faire Wettbewerbsbedingungen haben. Seit ich im Amt bin, kämpfe ich wie ein Löwe dafür, dass wir in Europa technologieoffen agieren. Natürlich kann man neben der Elektromobilität auch mit anderen Technologien klimaneutral Mobilität organisieren. Und ich war schon einigermassen erstaunt, dass diejenigen in Brüssel, die meine größten Widersacher waren, während der Europawahl auf Plakaten gefordert haben, den Verbrennungsmotor zu erhalten. Ich hoffe also, dass wir künftig mehr Unterstützung für die technologieoffene Verkehrspolitik bekommen. Die Probleme sind groß genug und viel zu wichtig, als dass man sie nur mit der Verengung auf eine Technologie angehen sollte.

Künstliche Intelligenz (KI) wird uns helfen, richtig dicke Bretter zu bohren und große Probleme anzugehen. Eines ist der Fachkräftemangel. Die Dinge zu beschleunigen und aus der Fähigkeit des Einzelnen eine viel größere Wirkung zu entfalten: Das schafft KI. Diese Technologie wird sich massiv auf die Wettbewerbsfähigkeit

der Volkswirtschaft auswirken. Und sie wird entscheidend sein, um wirtschaftlich auch in Zukunft erfolgreich bleiben zu können. Wer darüber zu lange nachdenkt, wird möglicherweise den Anschluss verpassen. Laut einer Umfrage von Bitkom hat KI für 82 Prozent der befragten Unternehmen eine große Bedeutung. Das ist nicht schlecht. Aber die Zahl müsste eigentlich 100 Prozent lauten. Das Bewusstsein für KI ist zwar schon ausgeprägt, aber noch nicht ganz auf der Höhe. Man stellt fest, dass gerade einmal 13 Prozent der Unternehmen KI bereits einsetzen. Hier müssen wir ansetzen. Gut, dass der Wirtschaftsrat sich diesem Thema widmet.

Wichtig ist auch, dass wir KI frühzeitig und ordentlich regulieren. Diese Technologie birgt eine unglaubliche Chance, weil sie die Wirkmacht des Einzelnen vergrößert. Aber natürlich auch die Wirkmacht derjenigen vergrößert, die nicht in guter Absicht unterwegs sind; die uns manipulieren wollen, die uns täuschen wollen, unlauter in den Wettbewerb eingreifen wollen und unsere Werte wie Demokratie und Transparenz nicht teilen. Deswegen ist es so wichtig, dass wir regulieren, aber eben klug regulieren.

Das Motto „Viel hilft viel“ ist hier nicht angebracht. Wenn KI unsere Wettbewerbsfähigkeit massiv beeinflussen wird, dann ist es ganz wichtig, dass wir diese Technologie selbst beherrschen. Deswegen war es mir so wichtig, dass wir bei den Verhandlungen zum AI Act in Europa innovationsfreundlich regulieren. Das ist der entscheidende

Dr. Volker Wissing MdB

Minister für Digitales und Verkehr



Foto: Laurence Chaperon

„Regulierung ist wichtig, aber klug gemacht muss sie sein.“

Punkt. Wir müssen die Risiken identifizieren und dann am Ende dafür sorgen, dass diese Technologie sich bei uns entwickelt. Wir brauchen auf europäische Fragen nicht nur Antworten aus Kalifornien und Asien. Das ist eine Frage europäischer und auch nationaler Souveränität. □



Foto: AdobeStock@tiero

Wenn wir international mithalten und Wohlstand erhalten wollen, müssen wir an einer Wirtschaftswende arbeiten. Wir leben in einem wunderbaren Land. Wir haben alles, was wir brauchen. Aber wir brauchen wieder Ambitionen für Innovationen statt dem falschen Mainstream anzuhängen, dass Leistung und Lebensfreude sich ausschließen. Wie kommen wir dorthin? Ganz sicher nicht durch ideologische Denkverbote oder Verzichtsrhetorik. Die haben noch nie gewirkt. Sondern durch Offenheit und eine pragmatische Herangehensweise. Die Energiekosten drücken etwa auf unsere Wirtschaft. Wasserstofftech-

nologien gibt es schon lange, aber sie wurden nicht mit der richtigen Regulierung versehen, aus Angst, dass die Erneuerbaren in den Hintergrund treten. Denken Sie an blauen Wasserstoff. Wir können ihn aus Erdgas gewinnen und das entstehende CO₂ speichern, weil wir mit der CCS-Strategie ein Stück vorangekommen sind. Die Energiepolitik der Zukunft braucht Technologieoffenheit und vor allem mehr Marktwirtschaft.

Im Kampf gegen Corona haben wir hierzulande wahnsinnig schnell einen Impfstoff entwickelt. Als ich geboren wurde, lebten 3,5 Milliarden Menschen auf der Erde, heute sind es über acht. Sie alle wollen ernährt werden. Wir haben es in der Hand. Wir haben neue Technologien, die Pflanzen resillenter gegen Schädlinge und Trockenheit machen. Aber in Deutschland und in Europa bremsen alte Regeln neue Möglichkeiten. Die Forschung findet meist in China, den USA und Großbritannien statt. Mehr Mut heißt mehr Chancen – moderne Regeln für moderne Innovationen.

Eins ist mir wichtig. Sie alle sind an Innovation beteiligt. Wir wissen, dass zwei Drittel der Ausgaben für Forschung und Innovation nicht vom

Staat kommen. Deswegen ist es gut, dass wir es 2023 geschafft haben, die steuerliche Forschungsförderung, die Forschungszulage zu erweitern – eine Milliarde Euro mehr für Forschung und Innovation in den Unternehmen.

Wenn wir über Innovation sprechen, dann unterstützen wir die Agentur für Sprunginnovation. Wir geben ihr mehr Freiheit. Die Absolventen und die Postdocs in den Hochschulen haben das Wissen. Dies darf dort nicht hängenbleiben. Es muss zu Produkten werden. In den USA screenen ganze Abteilungen alle wissenschaftlichen Publikationen auf ihre Patentfähigkeit. In Deutschland ist die Trennung zwischen Theorie und Praxis noch viel zu hoch.

Jetzt will ich mit einem ganz wichtigen Thema abschließen: Das ist die Bildung. Bildungsforscher Ludger Wößmann sagt, dass drei Viertel der Wachstumsunterschiede zwischen Volkswirtschaften sich durch das Wissen seiner Menschen erklären. Deswegen können wir die PISA-Ergebnisse nicht länger hinnehmen. Wir investieren deshalb in die Bildung mit einem Programm von 20 Milliarden für zehn Jahre. Das hilft auch der Wirtschaft unseres Landes. □

Foto: Guido Bergmann



Bettina Stark-Watzinger MdB
Bundesministerin
für Bildung und Forschung

*„Zwei Drittel der Ausgaben
für Forschung und Innovation
kommen nicht vom Staat.“*



Foto: AdobeStock©StockPhotoPro

Gemeinsam innovativ

*Strategische Partnerschaft
von Litauen und Deutschland
bringt Wachstum.*

Deutschland ist für Litauen ein strategischer Partner, insbesondere in den Bereichen Handel und Investitionen. Unsere Länder teilen gemeinsame Werte und Ziele, was sich in vielen gemeinsamen Projekten widerspiegelt. Diese enge Zusammenarbeit ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell und politisch wertvoll.

Ein wichtiges Thema in Litauen ist die Innovationsförderung. Wir begreifen Herausforderungen als Chancen und haben während der Pandemie unsere Biotech-Industrie stark ausgebaut. Die sogenannten Life Sciences in Litauen verzeichneten beeindruckende Wachstumsraten von 87 Prozent im Jahr 2022 und 22 Prozent im Jahr 2023. Bis 2030 wollen wir fünf Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts durch Biowissenschaften erwirtschaften. Dieses Wachstum zeigt, dass wir nicht nur große Unternehmen fördern, sondern auch Start-ups, die global relevant sind und zur Bekämpfung von Krankheiten beitragen. In diesem Nischenbereich wird man noch viel von Litauen hören.

Aber nicht nur im Bereich Biotech gibt es viele Innovationen: Auch international erfolgreiche Unternehmen wie der Online-Händler Vinted oder die Techfirma NordVPN, um nur zwei

zu nennen, haben litauische Wurzeln. Gemeinsam mit Deutschland haben wir einen Innovationsclub gegründet, um Wissen und Kompetenzen auszutauschen. Doch um europäische Technologieunternehmen wirksam zu fördern, brauchen wir hier weniger Regulierung und mehr Offenheit für Innovationen.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine macht schmerzhaft deutlich, wie wichtig es ist, auch in Innovationen im Verteidigungsbereich zu investieren. Vor diesem Hintergrund sind Investitionen wie die neue Produktionsstätte von Rheinmetall zu begrüßen. Auch hier gilt: Es ist notwendig, die Rüstungsindustrie weniger zu regulieren und ihr den Zugang zu Kapital zu erleichtern, um hochqualifizierte Arbeitsplätze und eine starke Wirtschaft zu schaffen.

Die digitale Transformation der Verwaltung steht ganz oben auf Litauens Agenda. Wir haben einen der höchsten Digitalisierungsgrade weltweit. Mittlerweile können mehr als 90 Prozent aller öffentlichen Dienstleistungen in Litauen online abgewickelt werden. Diese Vorreiterrolle bei der Digitalisierung hat dazu geführt, dass deutsche Kollegen unsere Experten um Rat fragen.

Innovation und Digitalisierung beginnt in Litauen schon in der Schule. Unsere Bildungseinrichtungen sind viel stärker digitalisiert als in Deutschland. Das liegt auch an den litauischen Bürgerinnen und Bürgern: Sie sind offen für digitale Lösungen und fordern von der Politik ständig Verbes-

Aušrinė Armonaitė

Ministerin für Wirtschaft und Innovation der Republik Litauen



Foto: Laura Zvirgde

„Mehr als 90 Prozent aller öffentlichen Dienstleistungen in Litauen lassen sich online abwickeln.“

serungen. Deutschland kann von unserem Ansatz zur Digitalisierung und Innovationsförderung lernen, indem es offener wird und mehr in digitale Kompetenzen investiert. Wir sehen große Chancen in der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Litauen und Deutschland und freuen uns darauf. □



Foto: AdobeStock©Paul Graf

Sicher und nachhaltig gestalten

Strategisches Risikomanagement gefragt.

Die Frage der Lieferketten und sicheren Versorgung ist neben den vielen Krisen vor allem durch den Krieg auf europäischem Boden geprägt. Aber wer eine sichere Versorgung fordert, muss zunächst die richtige Vorsorge treffen. Während der Pandemie konnte man sehen, wie es ist, wenn die Politik Chinas eine völlig andere ist als im Rest der Welt. Dieser „Rest der Welt“ ist allerdings mit der staatlich gelenkten chinesischen Marktwirtschaft in hohem Maße verflochten. Die Hoffnung auf einen globalen Freihandel, der auch Demokratien fördert, hat sich nicht erfüllt. Das ist bitter. Umso

notwendiger ist es, dass wir Abhängigkeiten von Nicht-Demokratien abbauen, wo immer das möglich ist. Um die fragile aktuelle Situation zu verbessern, brauchen wir auch ein strategisches Risikomanagement.

Rohstoffsicherheit ist nicht das einzige Thema, wenn es um Lieferverträge geht, aber sicherlich ein zentrales. Eine diversifizierte und nachhaltige Rohstoffversorgung ist von großer Bedeutung. Neben der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit geht es in diesem Zusammenhang um Klimaschutz. Das bedeutet: Wir müssen den Verbrauch reduzieren, Subventionen effizienter gestalten, Kreislaufwirtschaft etablieren und auch auf „Homeland Mining“ setzen. In der Vergangenheit fehlte leider der Mut, über heimische Rohstoffgewinnung und Rohstoffverarbeitung zu sprechen. Gleichzeitig müssen wir in innovative Technologien investieren, die effizientere und umweltfreundlichere Lösungen ermöglichen.

Natürlich müssen wir auch über kritische Infrastrukturen und Supply-Chain-Management reden. Die Sicherung kritischer Transport- und Verkehrsinfrastrukturen ist essenzi-

ell, um unsere Handelswege zu schützen. Wir müssen wachsam gegenüber möglichen Bedrohungen sein und Investitionen in die kritische Infrastruktur überprüfen. Wichtig ist auch, Lieferketten nicht nur effizient, sondern auch ethisch zu gestalten. Das Lieferkettengesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es soll sicherstellen, dass soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Entscheidend ist, hierbei auf nationaler und europäischer Ebene zusammenzuarbeiten, um diese Standards zu harmonisieren und fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Insgesamt ist die Sicherung unserer Lieferketten eine große Herausforderung. Nur wenn wir verantwortungsbewusst handeln und Abhängigkeiten verringern, können wir auf eine sichere und nachhaltige Zukunft bauen. Ich möchte mit einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung abschließen: 66 Prozent der Unternehmen in Deutschland haben oder erfüllen bereits wesentliche Anforderungen des Lieferkettengesetzes. Die restlichen 34 Prozent müssen wir unbedingt dabei unterstützen, dass dies machbar wird. □



Foto: Elias Keilhauer

Omid Nouripour

Co-Bundesvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen

„Wir müssen über heimische Rohstoffgewinnung und -verarbeitung sprechen.“



Foto: AdobeStock@Smileus

Heimische Landwirtschaft stärken!

Landwirtschaft fördern und gleichzeitig Umwelt- und Klimaschutzziele erreichen.

Ereignisse wie die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben uns vor Augen geführt, wie verletzlich die globalen Lieferketten sind. Sie haben auch gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir uns bei der Lebensmittelerzeugung auf uns selbst verlassen können. Globale Herausforderungen – wie die enormen Getreidereserven in China und Russland sowie die steigende Zahl von Flüchtlingen – verschärfen die Situation weiter: Rund 117 Millionen Menschen sind laut UN-Flüchtlingskommissariat UNHCR weltweit auf der Flucht, hauptsächlich wegen Hunger, Gewalt und Krieg.

Deshalb ist es so wichtig, dass Europa und insbesondere Deutschland unabhängiger von Drittstaaten bei der Lebensmittelproduktion werden. Nur so lässt sich Versorgungssicherheit gewährleisten. Wir brauchen politische Rahmenbedingungen, die unsere heimische Landwirtschaft stärken und fördern. Wir sollten gleichzeitig aber auch darauf achten, dass sie nicht durch übermäßige Bürokratie oder übertriebene Umweltauflagen behindert wird. Der Green Deal der EU ist

ein wichtiger Meilenstein, den wir in Bayern natürlich unterstützen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es möglich ist, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz in die Produktion zu integrieren. Denn nur so können wir sowohl unsere Umwelt als auch unsere Ernährung nachhaltig und damit zukunftsfähig gestalten. Es ist aber auch wichtig, dass dadurch die Lebensmittelproduktion nicht beeinträchtigt wird.

Deutschlands Unternehmen brauchen jetzt die volle Unterstützung der Politik, damit sie die anstehenden Herausforderungen meistern und auch weiter erfolgreich wirtschaften können. Dazu gehören niedrigere Steuern und Energiepreise sowie ein starker, aber vernünftiger Sozialstaat. Vertrauen in die Gesetzgebung und Verlässlichkeit ist für einen wirtschaftlichen Aufschwung von entscheidender Bedeutung.

Es ist wichtig, dass der Staat Rahmenbedingungen schafft, die Unabhängigkeit und Stabilität ermöglichen, anstatt die Wirtschaft durch übermäßige Regulierungen zu behindern. Wir in Bayern haben beispielsweise immer wieder darauf hingewiesen, dass Flächenstilllegungen in

der Landwirtschaft kontraproduktiv sind. Zum Glück hat Brüssel hier eingelenkt.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Politische Maßnahmen müssen darauf abzielen, die heimische Landwirtschaft zu fördern und gleichzeitig Umwelt- und Klimaschutzziele zu erreichen. Nur so können wir sicher-

Michaela Kaniber MdL

Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus



Foto: Nadine Keilhofer

„Wir müssen in der Lebensmittelerzeugung unabhängiger von Drittstaaten werden.“

stellen, dass wir in Zukunft bei der Lebensmittelerzeugung unabhängiger von Drittstaaten sind. Ein starker Sozialstaat, der Unternehmen unterstützt und vernünftige Rahmenbedingungen schafft, ist unerlässlich für den wirtschaftlichen Erfolg und die Versorgungssicherheit. □

Sicherheit als Wirtschaftsgut lässt sich nicht als Faktor von Angebot und Nachfrage betrachten.

Sicherheit als Wirtschaftsfaktor ist eine sehr reizvolle Themenstellung, weil sie von uns fordert, Sicherheit als Ware zu betrachten. Das Bemerkenswerte aber an unserer Sicherheit ist, sie ist kein Wirtschaftsgut – kein Auto, kein Schokoriegel und kein Besuch in Fantasia-Land. Sie lässt sich nicht als Faktor von Angebot und Nachfrage betrachten.

Das Grundgesetz benennt den Staat als Produzenten von Sicherheit. Aber der Staat, das sind wir, die Bürger. Wir sind also gleichzeitig Produzenten und Konsumenten unserer Sicherheit. Damit das funktionieren

in Leningrad als Hinterhofschläger aufgewachsen ist. Überfällt so einer das Nachbarhaus, hilft nur sofortiges konsequentes Einschreiten. Erklärt man ihm aber nun, was man selbst auf keinen Fall tun wird, dann erzeugt man die Lage, in der wir uns gerade befinden.

Wir haben für den Wiederaufbau der Bundeswehr und die Unterstützung der Ukraine ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro bereitgestellt. Das ist weitgehend verbraucht und es kommt nichts Nennenswertes nach. Warum? Weil wir dafür weitere Schulden machen müssen oder eine grundlegende Restrukturierung des

Sicherheit als Wirtschaftsfaktor

kann, sind aus meiner Sicht drei Bedingungen nötig, die wirklich wenig mit Ökonomie zu tun haben, nämlich Haltung, Führung und Öffnung.

Zur Haltung: Deutschland wird bedroht durch einen russischen Diktator, der sich damit brüstet, dass er

Bundeshaushaltes notwendig wird. Man kann das den Wählern erklären. Sie warten sogar darauf, wie Umfragen zeigen, aber man traut sich einfach nicht. Es fehlt an Haltung. Stattdessen liebäugelt man in einigen politischen Kreisen noch mit einem Pazifismus, der über Leichen geht, nur um seine Reinheit zu bewahren.

Das alles hat Folgen für unsere Industrie. Wir brauchen keine staatlichen Rüstungskommissare, keine Ratschläge und Ermutigungen oder Hinweise aus der Politik. Wir brauchen klare Aussagen, wie sie eben nur aus klarer Haltung kommen können.

Dann können wir investieren und dann werden wir auch liefern. Deutschland wieder abschreckungsfähig machen, das wird weder am Willen noch an den Fähigkeiten der Wirtschaft scheitern.

Zweites Thema: Führung. Rüstung ist ein System aus vier abhängigen Elementen – der Politik, den Streitkräften, dem Beschaffungswesen und der Industrie. Führungs- und Kommunikationsversagen haben bewirkt, dass das System jahrelang hinter seinen Möglichkeiten zurückblieb – und immer noch bleibt. Über viele Legislaturperioden haben Regierungen, das Parlament die Streitkräfte vernachlässigt, sträflich, wie ich meine.

An der Spitze des Ministeriums wurde mehr posiert als geführt.



Frank Haun
CEO, KNDS N. V.

Foto: Jens Schicke

„Die Zeiten nationalistisch geprägter Industriepolitik sind vorbei. Diesen Luxus können wir uns schlicht nicht mehr leisten.“





Foto: AdobeStock©/lmbildfabrik

Während der Verteidigungshaushalt schrumpfte, wucherten ineffiziente Strukturen und Prozesse. Überregulierungen lähmen das Amt, seine fähigen Mitarbeiter und damit auch die Industrie. Statt mit den Betroffenen nach Auswegen zu suchen, und ich freue mich, dass Sie damit angefangen haben, Herr Bundesminister Pistorius, verweigerte die politische Führung des Ministeriums den Dialog mit der Rüstungswirtschaft. Und wann haben wir vor 2023 gehört, ich zitiere Sie, „ich habe richtig Bock auf den Job“?

Das System Rüstung braucht Führung. Diese Führung muss auf außen- und sicherheitspolitischen Grundlagen aufbauen können, die länger als eine Legislaturperiode gelten. Nur daraus kann sie ableiten, wie abschreckungsfähig Streitkräfte gerüstet sein müssen. Diese Führung braucht eben auch die Mittel, um ihre außen- und sicherheitspolitischen Ableitungen umsetzen zu können. Und sie braucht – last not least – ein Händchen für die Industriepolitik. Wir sehen jetzt,

welche Auswirkungen eine zu schmale Rohstoffbasis auf unsere Verteidigungsfähigkeit hat. Wir sehen jetzt, und das sage ich auch selbstkritisch, wie viel Zeit wir bei wichtigen multinationalen Programmen verloren haben, weil die Auftraggeber in Verteilungskämpfen in der Industrie nicht durch politischen Führungswillen klare Grenzen gesetzt haben.

Damit bin ich bei der dritten und letzten Voraussetzung für Sicherheit als erfolgreichem Wirtschaftsfaktor. Das ist die Öffnung. Die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen, vor denen wir sicherheitspolitisch stehen, betreffen alle Staaten in Europa. In dieser Lage ist kein einziger EU-Staat mehr allein verteidigungsfähig, und kein einziger EU-Staat wird die Mittel für seine Verteidigung allein aufbringen können. Wir werden nur gemeinsam wieder erstarren.

Die Plattform dafür ist die EU, Europa und die Nato. Auf dieser Plattform sind multinationale Kooperationen Voraussetzung. Dabei

haben Frankreich und Deutschland die Schlüsselpositionen. Ihre Verteidigungsbudgets addieren sich auf mehr als die kumulierten Budgets aller anderen EU-Staaten. Und ihre Industrien sind technologisch führend in allen Domänen – Luft, Land, See und Cyber. Die Zeiten nationalistisch geprägter Industriepolitik sind vorbei. Diesen Luxus können wir uns schlicht nicht mehr leisten.

Wir müssen unsere Rüstungswirtschaft europäisch konsolidieren. Konsolidierung bedeutet Standardisierung. Standardisierung bedeutet mehr Interoperabilität. Mehr Interoperabilität bedeutet mehr Kampfkraft. Mehr Kampfkraft bedeutet mehr Abschreckung. Denn darum geht es schließlich, um mehr Abschreckung. So und nicht anders verstehe ich Herrn Bundesminister Pistorius, wenn er Kriegstüchtigkeit fordert. Und Kriegstüchtigkeit, meine Damen und Herren, ist ein Mittel, kein Zweck. Ihr einziger legitimer Zweck ist die Kriegsverhinderung. □



Innovationsfreude und Mut gefragt

Wohlstand durch Wettbewerb.

Die Europawahl hat deutlich gemacht, dass wir Fragen zur Wirtschaftsordnung nicht losgelöst von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen betrachten können. Die Tendenz zur Radikalisierung und Gewaltbereitschaft sowie der abnehmende Respekt vor demokratischen Institutionen und dem Rechtsstaat sind besorgniserregend. All das findet vor dem Hintergrund einer zunehmenden Polarisierung unserer Gesellschaft statt. Umso erfreulicher ist es, wie groß das Vertrauen der Bevölkerung in das Grundgesetz ist. Zwar ist die Soziale Marktwirtschaft nicht explizit

im Grundgesetz verankert, wohl aber garantiert es Berufsfreiheit, Eigentum und Privatautonomie. Da zugleich der Sozialstaat als Staatsziel verankert ist, lässt sich die Soziale Marktwirtschaft und die Wettbewerbsordnung durchaus daraus ableiten.

Eine in hohem Maße wettbewerbsfähige Soziale Marktwirtschaft findet sich ausdrücklich auch im Primärrecht der europäischen Verträge – und die offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb zählt zu den wirtschaftspolitischen Grundsätzen der Mitgliedstaaten. Es steht sehr zu hoffen, dass sich das neue Europaparlament in seinen Entscheidungen genau daran orientiert, also an der Schaffung eines wettbewerbslichen Wirtschaftsraums, der das Wohlstandsversprechen für seine Bürgerinnen und Bürger einlöst. Berücksichtigt man ferner die Fortentwicklung durch die Rechtsprechung, lässt sich festhalten, dass Vertreter ordoliberaler Auffassungen fest auf dem Boden des Wirtschafts-, Verfassungs- und Staatsrechts argumentieren.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, worauf unser Wohlstand beruht und was ihn gefährdet. Es gibt in der

Tat Handlungsbedarf. Das Produktionspotenzial kann nur wachsen, wenn das Arbeitsvolumen oder die Produktivität steigen. Insoweit wird es zum Beispiel unumgänglich sein, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen und die Lebensarbeitszeit an die höhere Lebenserwartung anzupassen. Aber das genügt nicht. Wir müssen auch bei der Produktivitätsentwicklung besser werden. Es geht bei uns mit besonderer Dringlichkeit darum, den knappen Faktor Arbeit mit mehr und produktiveren Investitionen in Sachkapital zu verknüpfen, um das Produktionswachstum zu stärken. Zurzeit ist es sehr einfach, sich hinter den schlechten Rahmenbedingungen in Deutschland, der maroden Infrastruktur, der teuren Energie, den hohen Unternehmenssteuern und der überbordenden Bürokratie zu verstecken. „Die Politik wird all diese Probleme nicht alleine lösen können“, war kürzlich im Handelsblatt zu lesen. „Die anstehenden Transformationen sind so gewaltig, dass sie sich nur mit Innovationsfreude, unternehmerischen Visionen und vor allem Mut bewältigen lassen.“ □

Foto: Frank Rumpenhorst



Prof. Dr. Jens Weidmann

Bundesbankpräsident a.D.,
Vorsitzender des Aufsichtsrats,
Commerzbank AG

„Wir müssen in der Produktivitätsentwicklung besser werden.“

Herausforderungen des demografischen Wandels für die Altersvorsorge

Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge dringend erforderlich.

Foto: AdobeStock/Olesia Bilkei

Eine gute Altersvorsorge ist unser aller Lebenswunsch: Das zeigen Analysen der Bundesbank. Die Menschen wollen auch nach dem Erwerbsleben einen angemessenen Lebensstandard haben. Zugleich stellt die höhere Lebenserwartung bei gleichzeitig sinkender Zahl der Erwerbstätigen die Finanzierung der Renten vor große Herausforderungen. Bis 2040 wird sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern in Deutschland voraussichtlich auf 2 zu 1 verschlechtern. Die zweite Herausforderung ist die niedrige Geburtenrate von 1,36 Kindern pro Frau. Die langfristige Finanzierung der Rentenversicherung wird dadurch zusätzlich belastet. Hinzu kommt: Nur rund die Hälfte der Mütter mit Kindern unter sechs Jahren ist erwerbstätig, die Teilzeitquote der Frauen in Deutschland liegt bei 48 Prozent. Dadurch fließen weniger Beitragszahlungen in die Rentenversicherung.

Ob und in welchem Umfang sich jemand dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt, wird dabei durch drei Stellschrauben beeinflusst. Zu nennen ist als erstes das Ehegattensplitting. Auch Minijobs sind ein Problem. Die

subventionierte geringfügige Beschäftigung kann Mehrarbeit unattraktiv machen. Die dritte Stellschraube ist die Familienversicherung: Die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung bietet wenig Anreize, mehr zu arbeiten.

Ein Lichtblick in Deutschland ist die hohe Frauenerwerbsquote. Sie liegt bei knapp 80 Prozent. Der im europäischen Vergleich recht hohe Wert ist ein guter Ansatzpunkt, um das Erwerbspotenzial von Frauen auszuweiten. Auch bei der Jugend lässt sich Potenzial heben: Ende 2023 waren 626.000 junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren weder in Ausbildung noch in Beschäftigung.

Wir brauchen dringend einen Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge, um die gesetzliche Rentenversicherung zu entlasten. Dabei lohnt sich ein Blick auf internationale Modelle.

Ein Beispiel ist die „Cappuccino-Rente“ in den Niederlanden. Basis, und damit der Kaffee, ist eine umlagefinanzierte Grundrente für alle. Die betriebliche Altersvorsorge ist die Milch, der Kakao ist die private und kapitalgedeckte Vorsorge. Auch steuerlich geförderte Vorsorgemodelle wie

die betriebliche Altersvorsorge in den USA bieten gute Ansätze zur Integration von betrieblicher und privater Vorsorge.

Abschließend eine Anmerkung zum sogenannten Generationenkapi- tal, wie die Aktienrente in Deutschland jetzt heißt. Einen Teil der Alters-

Sabine Mauderer

Mitglied des Vorstands
der Deutschen Bundesbank



Foto: Gaby Gerster

„Niederländische Cappuccino-Rente kann Vorbild sein.“

vorsorge mit einer Kapitaldeckung zu gestalten, ist der richtige Ansatz. Wir brauchen ein ausgewogenes Modell, das neben der umlagefinanzierten Rente ein kapitalgedecktes Element beinhaltet. Das lässt sich in allen drei Säulen der Altersvorsorge umsetzen. Deswegen ist es wichtig und richtig, diese drei Säulen regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. □

■■■ NEUES AUS DEN KOMMISSIONEN ■■■

HIGHLIGHT-TALK

Klar zur Wende: Umsteuern in der Energiepolitik

Karl-Ludwig Kley, einer der profiliertesten Energiemanager Deutschlands, langjähriger Aufsichtsratschef der E.ON SE und hochdekorierter Vorstand verschiedener DAX-Unternehmen war Redner in der jüngsten Highlight-Videokonferenz des Wirtschaftsrats. „Klar zur Wende: So können wir das Steuer bei Klima und Energie noch herumreißen“ ist auch der Titel seines jüngst erschienenen Buchs. Karl-Ludwig Kley bekräftigte sowohl Notwendigkeit als auch Möglichkeit einer Energiewende zum Schutz

des Klimas. Alle Maßnahmen müssten jedoch im Rahmen der Energiewende ökologisch wirksam und gesellschaftlich akzeptiert sein. Konkret verwies er auf das energiepolitische Zieldreieck aus Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit der Energieversorgung sowie auf die damit verbundenen Zielkonflikte. Diese Zielkonflikte machten perfekte Lösungen unrealistisch, es müssten pragmatische Lösungen angestrebt werden. Stattdes-

sen hätte die Politik in den letzten 20 Jahren beim Auftreten von Schwierigkeiten aber nur jeweils die Ziele verschärft, anstatt die Maßnahmen nachzjustieren. Hierdurch habe die Energie- und Klimapolitik an Glaubwürdigkeit eingebüßt.

Notwendig sei es daher, Ziele, die sich als unrealistisch erwiesen hätten, auch wieder herabzusetzen. Als Beispiel nannte der Manager den Zielanteil von Erneuerbaren an der Stromerzeugung von 80 Prozent bis 2030. Dieser Wert sei unrealistisch und müsse auf rund 50 Prozent reduziert werden. Die entstehende Lücke werde am besten durch Kernenergie gefüllt. Sollte dies politisch nicht gewollt sein, müsse auf Gaskraftwerke mit CO₂-Abscheidung gesetzt werden. Perspektivisch könnten dann auch Wasserstoffkraftwerke dazukommen.

Für die weitere Entwicklung des Energiesystems setzt Karl-Ludwig Kley auf Innovationen der Unternehmen, für die wirtschaftliche Freiheit, insbesondere Technologieoffenheit bestehen müsse. Die Energieforschung benötige diese Rahmenbedingungen, damit sie gedeihen könne und die Unternehmen auch in neue Lösungen investieren. Auch staatliche Unterstützung an einigen Stellen könne durchaus helfen. Derzeit aber würde zu viel mit der Gießkanne gefördert, was zu Mitnahmeeffekten führe. Die Politik vertraue aktuell viel zu wenig auf Marktmechanismen und zu viel auf Ordnungsrecht und Subventionen, für die allerdings das Geld ausgegangen sei. □



Foto: Wirtschaftsrat

CYBERSICHERHEIT

NIS-2-Richtlinie und IT-Sicherheit im Fokus

Auf der jüngsten Sitzung der Bundesfachkommission Cybersicherheit stand die Umsetzung der NIS-2-Richtlinie im Mittelpunkt, die sich als entscheidend für die Zukunft der IT-Sicherheit in Deutschland erweist. Prof. Timo Kob, Vorsitzender des Gremiums sowie Gründer und Vorstand der HiSolutions AG, eröffnete die Sitzung mit einer Einführung in die komplexen Themen, die die Cybersicherheitslandschaft des Landes maßgeblich beeinflussen.

Manuel Höferlin MdB, Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat, betonte die immense Bedeutung der Cybersicherheit für die deutsche Wirtschaft. Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische, stünden durch wachsende Cyberbedrohungen oft am Rande der Insolvenz. Der FDP-Abgeordnete plädierte für eine Entbürokratisierung der Meldepflichten bei Cyberangriffen und einen „One-Stop-Shop“ für Unternehmen, um Vorfälle effizienter zu melden.

Ein zentrales Anliegen war auch die Stärkung des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Höferlin kritisierte den politischen Einfluss auf das BSI und sprach sich für eine unabhängige Behörde aus, die schneller auf Schwachstellen reagieren könne. Langfristig solle ein Chief Information Security Officer auf Bundesebene etabliert werden, um ein höheres Sicherheitsniveau zu gewährleisten.

Auch Marc Henrichmann MdB, stimmte den Forderungen nach mehr Unterstützung für KMU zu. Viele der Firmen wüssten nicht, ob sie von der NIS-2-Richtlinie betroffen sind. Für den CDU-Abgeordneten sind klare Zuständigkeiten und ein Abbau von Bürokratie entscheidend, um die Sicherheit auf allen Ebenen zu erhöhen. Bedenken äußerte er bezüglich der Umsetzung der Richtlinie auf kommunaler Ebene. Kommunen und Länder hinken oft hinterher, was nicht nur zu Verzug bei der Umsetzung, sondern auch zu Frust in der Wirtschaft führt. Es brauche eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, um diese Defizite zu beheben.

Stefan Krebs, CIO/CDO des Landes Baden-Württemberg, präsentierte die Cybersicherheitsstrategie seines Bundeslandes. Er hob die Bedeutung der Harmonisierung von Sicherheitsstandards hervor, um auf die zunehmende Vernetzung und steigende Bedrohungen zu reagieren. Das Land hat bereits eine Cybersicherheitsagentur gegründet und plant ein Beratungsmodell für KMU und einen Warn- und Informationsdienst. □



Foto: Jens Schicke

START-UPS

Entwurf 2. Zukunftsfinanzierungsgesetze enttäuscht

Das zweite Zukunftsfinanzierungsgesetz der Bundesregierung wird, wie schon das erste, wieder viele kleinere Probleme lösen. „Der große Wurf für das Startup-Ökosystem in Deutschland ist es leider nicht“, sagt die Vorsitzende der Bundesarbeitsgruppe sowie

Gründerin und Geschäftsführerin von Moinland, Stefanie Renda. Die Ampel-Koalition verkennt, dass Startups oft nicht nur durch zu hohe Steuern oder Bürokratielasten ausgebremst oder zur Verlagerung ihrer Geschäftstätigkeiten ins Ausland gezwungen werden, sondern durch fehlende Finanzierungsmöglichkeiten bei einem Kapitalbedarf von 100 Millionen Euro und mehr.

Sehr präsent ist dieses Problem bei der Finanzierung von Deep Tech Growth.

Spricht der Finanzierung beim Bau von großen Produktionsanlagen für etwa Flugzeuge oder Wasserstoff, Startrampen für Raketen oder Rechenzentren für KI. Die Bundesregierung ist daher aufgefordert, in ihrem 2. Zukunftsfinanzierungsgesetz das Problem anzugehen. Dafür braucht es einen zweiten Zukunftsfonds nach dem Vorbild Norwegens mit einem Volumen von mindestens 100 Milliarden Euro, der auch weltweit investieren kann. Angesichts einer Vorbereitungszeit von rund zwei Jahren, muss die Politik jetzt in die Planung gehen. Einen ersten wichtigen Schritt zur Aktivierung von großvolumigem Wagniskapital aus der Privatwirtschaft ist der Ampel gelungen: In der ersten Runde hat die WIN-Initiative über zwölf Milliarden Euro an privatem Wagniskapital und hat damit großes Potential eine zentrale Säule zum Aufbau eines leistungsstarken Startup-Ökosystems zu werden. □



Foto: Jens Schicke

HIGHLIGHT-TALK

Es zählt die Emissionseffizienz

Von den großen Herausforderungen der Bau- und Immobilienbranche berichtete der Vorstandsvorsitzende der LEG Immobilien SE und Vorsitzende der Bundesfachkommission Bau, Immobilien und Smart Cities, Lars von Lackum. Vor allem der Neubausektor bereitet große Sorgen: Die Neubauzahlen brechen weiter ein und man rechnet damit, dass 70 Prozent der Wohnungsunternehmen 2025 nicht neu bauen können. Dadurch wird sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärfen.

Der Gebäudetyp „E“ sei ein erster guter Ansatz, sagte von Lackum. Es blieben jedoch im bisher vorliegenden Referentenentwurf einige Fragen hinsichtlich Projektentwicklung und Bestandssanierung offen. Gerade im Rahmen der Bestandssanierung bestehe noch enormer Handlungsbedarf. Die Zahl der geplanten Modernisierungsvorhaben bleibt mit 0,7 Prozent weit hinter den Zielmarken zurück. Dabei wird vor allem politisch und regulato-



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Nur mit der richtigen Aufsichtsbehörde lässt sich ein „DSGVO-Desaster“ verhindern

Nach Inkrafttreten der EU-KI-Verordnung im August muss Deutschland innerhalb von zwölf Monaten eine behördliche Aufsichtsstruktur für Künstliche Intelligenz (KI) einrichten. Die Bundesregierung ist deshalb gefordert, so schnell wie möglich einen Umsetzungsplan für die Aufsichtsbehörde sowie ihre Ausstattung mit Personal und finanziellen Ressourcen vorzulegen.

Der Wirtschaftsrat fordert für die Einrichtung der KI-Aufsichtsbehörde eine innovationsfreundliche, kostenarme und praxisnahe Lösung. „Mit Blick auf die Fehler, die bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gemacht wurden, darf es keine Aufsicht durch die Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder geben. Andernfalls wird die KI-Aufsichtsbehörde zu einer Innovationsverhinderungsaufsicht mit Standortnachteilen für KI-Unternehmen und -Anwender in Deutschland“, betonte Christian Korff, Vorsitzender Bundesfachkommission KI im Wirtschaftsrat und Mitglied der Geschäftsleitung, Cisco Systems GmbH.

Zudem sollte die Aufsicht möglichst zentralisiert sein, da KI-Anwendungen auf eine einheitliche Regulierung angewiesen sind. „Es darf kein KI-Kompetenz-Wirrwarr geben“, waren sich die Mitglieder der Kommission einig. Deshalb käme grundsätzlich nur die Bundesnetzagentur oder eine neue Behörde in Frage. Mit dem Blick auf Zeitplan und Kosten spricht sich der Wirtschaftsrat für die Bundesnetzagentur als neue KI-Aufsichtsbehörde aus. Die Bundesnetzagentur kann relativ leicht zu einer umfassenden Digitalbehörde mit den erforderlichen Unabhängigkeiten ausgebaut werden. □



Foto: Jens Schicke

risch ein falscher Schwerpunkt gesetzt. Anstatt die Gebäude-Gesamtenergieeffizienz als Messeinheit heranzuziehen, sollte der Fokus auf der Emissionseffizienz der Gebäude liegen. Auf EU-Ebene wird die nationale Umsetzung der Gebäude-richtlinie EPBD zu beobachten sein. Der Fokus auf schlechte Gebäudeenergieeffizienzklassen berge die Gefahr von Fehlinvestitionen.

„Um der Vielzahl an Herausforderungen zu begegnen und den Gebäudesektor im Sinne des Klimaschutzes zu ertüchtigen, aber auch die Bezahlbarkeit für Mieter und Eigentümer im Auge zu halten, führt kein Weg an marktwirtschaftlichen Ansätzen und wirklicher Technologieoffenheit vorbei“, sagt von Lackum. „Dazu müssen wir die Potentiale des seriellen Sanierens, effizienter Heizsysteme in Kombination mit intelligenten und ganzheitlich gedachten Energiemanagementsystemen nutzen.“ □

Foto: Wirtschaftsrat

Wirtschaftstag 2024

Der **Wirtschaftstag 2024** blickte zurück auf 75 Jahre Grundgesetz und **Soziale Marktwirtschaft** sowie auf über 30 Jahre Europäischen Binnenmarkt. Zugleich stehen wir vor einer neuen Legislaturperiode des EU-Parlaments und der EU-Kommission. Die nächsten Jahre werden entscheiden über die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Der Wirtschaftsrat wollte mit dem Wirtschaftstag 2024 den Startpunkt setzen, um über überfällige politische Weichenstellungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu beraten. Fragen waren dabei: Wie kann die EU ihre Wirtschaftskraft stärken und zur Wettbewerbsfähigkeit zurückkehren? Welche besondere Verantwortung kommt dabei Deutschland zu? Und hat mit dem **Wirtschaftstag 2024** ein deutliches Signal verbunden: Deutschlands Wirtschaft steht bereit, Verantwortung für den ökonomischen Erfolg und die Sicherheit in Europa zu übernehmen. Dazu braucht es aber endlich die richtigen Rahmenbedingungen.

„Die globale Wettbewerbsfähigkeit und die Dynamik Deutschlands nehmen ab. Wir haben zweifelsohne Stärken. Wir haben aber auch Schwächen: Energiekosten, Bürokratie und hohe Arbeitskosten.“

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann
Vorsitzender des Aufsichtsrats, Bayer AG

„Die Regierung muss im aktuellen Klima Prioritäten setzen, um Sicherheit wiederzugewinnen. Wir müssen die Wirtschaft wieder mehr laufen lassen und sie weniger gängeln.“

Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch
Ministerpräsident a.D.;
Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung

„Wir in Deutschland sind sehr gut in der Anwendung und können auch bei KI mit unserer Industrie eine herausragende Rolle spielen. Dafür brauchen wir jedoch auch günstige Stromtarife.“

Susanne Klöß-Braekler
Vorsitzende des Aufsichtsrates, ING-DiBa AG

„Deutschland hat eine fantastische industrielle Basis und hervorragende Arbeiter. Aber wir müssen an die Fixkosten der Unternehmen denken. Sind sie zu hoch, können sie Innovationen verhindern. Die Politik muss deshalb die Steuern auf Arbeit und Energie senken.“

Milojko Spajić
Premierminister der Republik Montenegro



Fotos: Jens Schicke, Hans-Christian Plambeck, Christian Kruppa



„Wir sind Investoren in Deutschland und machen uns Sorgen um den Standort. Die Bürokratielasten müssen runter. Das Mindset in Deutschland ist falsch, weil Investoren mit zu vielen Regulierungen belastet werden.“

John Galvin

Vorsitzender der Geschäftsführung, Coca Cola Europe

„Die digitale Transformation geht mit Chancen einher und sollte nicht mit Verboten ausgebremst werden wie in den letzten Jahren. Das ist entscheidend, weil wir mit unserer Industrie ausgezeichnete Voraussetzungen dafür haben, diese Chancen zu nutzen.“

Prof. Dr. Martin Kocher

Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft,
Republik Österreich

„Ich kenne keinen einzigen Politiker, der nicht in Sonntagsreden Bürokratieabbau fordert. Das Problem ist der Montag. Und die ganze Woche bis Freitag. Aber das ist der Job von Politik, nicht von Unternehmen!“

Christian Dürr MdB

Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

„In diesem Jahrzehnt müssen die Weichen für Wachstum und Wohlstand gestellt werden. Dieses Jahrzehnt ist ein Jahrzehnt der Investitionen – und damit ein Jahrzehnt der Unternehmen, und nicht des Staates!“

Stefan Wintels

CEO, KfW Bankengruppe

„Wir dürfen uns im Energiesektor nicht in weitere Abhängigkeiten begeben. Europa muss seine Resilienz stärken, dazu gehört mehr Diversifizierung. Das gilt aber nicht nur für den Energiesektor, sondern etwa auch für Rohstoffe, die für die Transformation wichtig sind.“

Dr. Jutta A. Dönges

Mitglied des Vorstands Uniper SE

„Die Bundesregierung will in Kooperation mit der KfW Unternehmen unterstützen, in Rohstoffprojekte einzusteigen. Japan und Südkorea machen das seit Jahrzehnten sehr erfolgreich. Wir versuchen, dieses Erfolgsmodell jetzt in Deutschland voranzubringen.“

Dr. Franziska Brantner MdB

Parl. Staatssekretärin,
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

„Ich bin grundsätzlich kein großer Fan von Regulierung. Aber wir müssen zugeben, dass Branchen wie die Telekommunikation und Finanzdienstleistungen, die seit Jahren reguliert werden, einfach sicherer sind. Heute sind etwa 40.000 Unternehmen zusätzlich von Cyberangriffen betroffen und wissen es oft nicht.“

Prof. Timo Kob

Gründer und Vorstand, HiSolutions AG

*Präsidentin
Astrid Hamker zog
für die Wirtschaft
eine traurige Bilanz
des letzten Jahres
der Ampel-Koalition.
Der Wirtschaftsrat
wird weiter den Finger
in die Wunde legen.*



Fotos: Hans-Christian Plambeck

Zurück zu Wachstum

Es gibt nichts zu beschönigen: Die Wirtschaft wird systematisch abgewürgt. Eine gemeinsame Idee für einen wirtschaftspolitischen Kurs ist bei der Ampel-Koalition nicht erkennbar. Es fehlen der Mut und der Ehrgeiz für grundlegende Reformen in Deutschland. Und auch Europa droht ökonomisch betrachtet zwischen den USA und China zerrieben zu werden. Stichwort USA: Inflation Reduction Act, Stichwort China: hoch subventionierte Billigimporte. Europa kann sterben, weinte unlängst der französische Präsident Emanuel Macron bei seinem Staatsbesuch in Deutschland. Und seine Bemerkung wollte

*„Das Bundesverfassungsgericht hat
die Schuldenbremse scharf gestellt.“*

er nicht nur in Bezug auf die Ukraine verstanden wissen. Das europäische Projekt ist eine historische Glanzleistung. Die Römischen Verträge haben ein beispielloses Freiheitsversprechen gegeben, das auf beeindruckende Weise eingehalten wurde. Doch die EU ist unübersehbar vom Kurs abgekommen. Sie setzt statt auf die Erfolgsgaranten der Sozialen Marktwirtschaft zunehmend auf Zentralisierung, Bürokratie und Haftungsvergemeinschaftung, was Europa zurückfallen lässt.

Und damit möchte ich den Blick auf das lenken, was hierzulande seit unserer Mitgliederversammlung passiert ist. Das Bundesverfassungsgericht hat mit einem wegweisenden Urteil die Schuldenbremse scharf gestellt. Seither diskutiert die Ampel nicht mehr darüber, wie sie sie einhalten, sondern wie man sie am besten aufweichen kann. Eben-

falls 2023 hat die Bundesregierung mit dem Abschalten der Kernkraft unserem Land eine zuverlässige CO₂-arme Energiequelle genommen. Seither fahren wir Kohlekraftwerke hoch, sind zu einem Energieimportland geworden und muten Bürgern wie Wirtschaft explodierende Strompreise zu, mit Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes.

Robert Habeck hat mit seinem „Heizungsgesetz“ Millionen von Immobilienbesitzern mit einem eleganten Federstrich enteignet und die Wohnungswirtschaft in eine Sackgasse manövriert. Nur um im Gebäudesektor bis 2030 eine 40 Millionen Tonnen CO₂-Einsparung – bei optimistischer Prognose – zu erreichen, die China an einem Tag an Treibhausgasen ausstößt. Auch das in Kraft getretene Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz schwächt unsere Wirtschaft massiv.

Zugleich wurde das Bürgergeld zu Beginn des Jahres deutlich erhöht – ohne jegliche Gegenleistung. Das bedingungslose Grundeinkommen ist schon traurige Realität. Es muss wieder attraktiver werden, eine Arbeit aufzunehmen. Gestiegen sind auch die Einwanderungszahlen in unsere Sozialsysteme. Wir haben in Sachen Armutseinwanderung unseren Spitzenplatz in Europa weiter ausgebaut.

Ludwig Erhard hat es auf den Punkt gebracht: „Deutschland kann nur mit einer gesunden, leistungsstarken Industrie gedeihen.“ Der Wirtschaftsrat hat deshalb immer wieder lautstark auf die dramatische Lage der Wirtschaft hingewiesen. Wir haben nicht nur den Finger in die Wunde gelegt, sondern konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet, die mit großem Engagement in unseren Gremien und Kommissionen erarbeitet worden sind. Dafür ein herzliches Dankeschön! □

„Draghi-Report eröffnet sinnlose Schattendebatte über Euro-Bonds und schuldenfinanzierte Programme.“

Wolfgang Steiger

Generalsekretär des
Wirtschaftsrates der CDU e.V.



Foto: Jens Schicke

Ein Weiter-so in Brüssel schadet Europa

Eine entscheidende Frage für Europas Zukunft ist: Treibt die neue EU-Kommission wieder Regulierungen voran wie ihre Vorgängerin oder verändert sie ihr Mindset und setzt auf Wachstum? So ideologisch, bürokratisch und innovationsfeindlich wie bisher darf es nicht weitergehen.

Lackmus-Test ist für mich: Schafft es die Kommission, sich beim Verbrennerverbot und den Flottengrenzwerten selbst zu korrigieren? Wenn es Ursula von der Leyen ernst mit ihrer Wahlkampfaussage meint, in ihrer zweiten Legislaturperiode als Kommissionspräsidentin Europa auf den Pfad zu mehr Wachstum und Innovation zu führen, muss sie eine industriefreundliche, technologieoffene Lösung für eine der Schlüsselbranchen unseres Kontinents finden.

Die EU steht vor einer entscheidenden Phase in ihrer industriellen Entwicklung, die maßgeblich durch den „Green Deal“ und den Bestrebungen zur Klimaneutralität geprägt ist. Während der „Green Deal“ einen großen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit darstellt, müssen auch deutlich gestiegene Energiepreise und neue geopolitische Herausforderungen berücksichtigt werden.

Der lang erwartete Bericht von Mario Draghi zur Wettbewerbsfähigkeit der EU liegt nun vor. Er gibt eine offene Analyse ab und folgt nicht mehr der üblichen Selbstzufriedenheit, indem er aufzeigt, wie schlecht die EU und ihre Wirtschaft im internationalen Vergleich aufgestellt sind. Er führt vor allem den Verlust an Innovationskraft, hohe Energiekosten und Abhängigkeiten im Systemwettbewerb mit China an. Dabei macht er auch die EU-Kommission für die verschlechterte Wettbewerbsposition durch

neue Überregulierungen und Berichtspflichten verantwortlich.

Der Draghi-Bericht lässt allerdings bei den Handlungsempfehlungen nach, in denen er meint, auf die Herausforderungen mit einer Industriestrategie und politischen Interventionen antworten zu müssen. Die Erfahrungen aus dem Juncker-Fonds in der vorletzten und dem Recovery-Fonds in der letzten Kommissionsperiode lehren die Ineffizienz solcher Programme, deren Mittel nicht komplett abgerufen und zu oft nicht wie vorgesehen eingesetzt wurden. In Draghis Vorschlägen fehlen zudem marktwirtschaftliche Lösungen, wie die Energiekosten gesenkt werden können. Rein auf die Kooperation der Energiemärkte zu hoffen, kann nicht reichen.

Unverständlich ist, dass der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi in Zeiten einer Investitionsdekade nicht auf den Zusammenhang von Schulden und Finanzmarktstabilität eingeht. Stattdessen propagiert er die Emission von EU-eigenen Anleihen. Diesem neuen Verschuldungsweg können die soliden Mitglieder nicht zustimmen. Damit erweist sich der Draghi-Report als Bären dienst für die neue EU-Periode, weil er erneut eine sinnlose Schattendebatte eröffnet, als könne Europa nur durch noch mehr schuldenfinanzierte Programme wettbewerbsfähig werden.

Das lenkt wie in Deutschland das Anrennen gegen die grundgesetzliche Schuldenbremse Teile der Politik von der Verpflichtung ab, elementare Hausaufgaben zu machen. In Deutschland gibt es keine Zweidrittelmehrheit für eine Aufhebung der Schuldenbremse. In Europa sind mehrere Vetos von Mitgliedsstaaten gegen Euro-Bonds zu erwarten, um sowieso ineffiziente Programme zu finanzieren. Wertvolle Zeit für wirksame Maßnahmen zerrinnt weiter. □

STANDPUNKT STEIGER

Text: Ahmet Mohamad

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren Satz „Wir schaffen das!“ aussprach, um den Deutschen in der Flüchtlingskrise 2015 Mut zu machen, ahnte sie noch nicht, dass diese drei Worte mit die markantesten ihrer Amtszeit werden würden. Für den neuen Vorsitzenden des Wirtschaftsrates in Rheinland-Pfalz war dieser Satz schon lange vorher Lebensmotto. Thomas Wolff tragen diese drei Worte erfolgreich durch seine Karriere als Unternehmer und helfen ihm bis heute, Herausforderungen mit Entschlossenheit und Zuversicht zu begegnen. Wer Thomas Wolff kennenlernt, trifft auf einen bodenständigen Menschen, der stets auf Augenhöhe kommuniziert. Er zeichnet sich durch eine besondere Mentalität im Umgang mit seinen Mitmenschen aus, die ihn zu

einem geschätzten Gesprächs- und Geschäftspartner und Mentor macht.

Über vier Jahrzehnte hinweg leitete er das Familienunternehmen wolcraft in Kempenich und prägte maßgeblich dessen Entwicklung hin zu einem der europaweit führenden Hersteller im Werkzeugmarkt. Für ihn waren die wichtigsten Bausteine für den Erfolg die Mitarbeiter und die Rahmenbedingungen. „Ohne unsere Mitarbeiter wären wir nicht dort, wo wir heute stehen. Man muss jedoch auch erwähnen, dass wir in unserer Branche sehr stabile und konjunkturreisistente Rahmenbedingungen haben“, betont Wolff. Als einer der Pioniere implementierte wolcraft ein Gewinnbeteiligungsmodell für seine Angestellten, das das Gemeinschaftsgefühl in der Firma stärkte.

Thomas Wolff hat außerdem eine besondere Beziehung zu Rheinland-Pfalz. Für ihn ist es ein Bundes-

land, das zwei Welten vereint. Zum einen die Pfalz, zum anderen das Rheinland. „Hier treffen zwei unterschiedliche Mentalitäten aufeinander. Der Charme unseres Landes liegt einerseits darin und andererseits in seiner dezentral geprägten Struktur, in der eine starke Subsidiarität herrscht“, erklärt der frühere Unternehmenslenker.

Der Landesvorsitzende bringt nun seine unternehmerische Erfahrung als treibende Kraft in den Wirtschaftsrat ein. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit besteht darin, die aktiven Akteure miteinander zu vernetzen und eine erfolgreiche Kommunikation innerhalb der Unternehmensgemeinschaft zu fördern. „Landesvorstände, Landesfachkommissionen und Sektionen können voneinander lernen und sich gegenseitig motivieren. Das leistet einen wichtigen Beitrag zum Erfolg des Landesverbandes“, ist sich Wolff sicher. Mit seinem Engagement

„Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer“



„Die Unternehmer sollten selbst entscheiden, welche Investitionen notwendig sind.“

möchte er auch Unternehmern in diesen herausfordernden Zeiten neuen Schwung und Zuversicht wie auch Sicherheit mitgeben. „Der Wirtschaftsrat leistet hervorragende Arbeit für die Wirtschaft in Deutschland und handelt stets im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, die Grundstein für unseren Wohlstand ist.“

Für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz sieht er besonders die Politik in der Verantwortung: „Die Politik muss die Strukturen in unserem Bundesland besser verstehen und entsprechend handeln. Es gibt viele mittelständische Unternehmen und weniger große Konzernzentralen. Unternehmen mit 200 Mitarbeitern hat die Politik kaum auf dem Radar, aber genau diese prägen die Wirtschaftsstruktur in Rheinland-Pfalz. Auch für sie müssen Voraussetzungen geschaffen werden, damit sie erfolgreich arbeiten können“, fordert Wolff. Für ihn steht hier vor allem der Abbau von Bürokratie ganz oben auf der Tagesordnung.

Der Politik in seinem Land rät Thomas Wolff: „Es gilt, die grundlegenden Rahmenbedingungen zu schaffen und das Vertrauen in die handelnden Unternehmer zu stärken. Wir müssen uns wieder an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Hier spricht er gern von der Subsidiarität – dem Grundsatz, auf dem die EU aufgebaut wurde. „Die Verantwortlichen vor Ort sollten selbst entscheiden können, welche Investitionen notwendig sind. Ganz nach dem Motto: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer.“

Wolff betrachtet viele Gesetze als Hemmnis für die Weiterentwicklung von Unternehmen: „Diese Barrieren müssen sich in einem angemessenen Rahmen bewegen und dürfen nicht Jahr für Jahr ausgeweitet werden. Andernfalls hindern wir zahlreiche Unternehmen daran, sich weiterzuentwickeln und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt zu sichern.“

Hinsichtlich der Infrastruktur stellt der Landesvorsitzende fest, dass bereits gute Strukturen vorhanden sind, die weiter ausgebaut werden sollten: „Auch staatliche Infrastrukturen müssen besser angepasst werden. Eine verbesserte Infrastruktur führt insgesamt zu einem attraktiveren Wirtschaftsstandort und stärkt die Anziehungskraft für Investitionen. Deutschland muss vor allem die Hürden für Erweiterungen abbauen.“

Seine Erfahrung als Familienunternehmer gibt Thomas Wolff an die junge Generation weiter. Er engagiert sich im Hochschulrat der Hochschule Koblenz und ist zudem Vorsitzender des Förderkreises der Hochschule am Campus Remagen.

In der Bildungspolitik sieht Thomas Wolff Verbesserungspotenzial ebenso wie auch in der Arbeitsmarktpolitik: „Viele Menschen möchten gern arbeiten, werden jedoch durch bürokratische Hürden eingeschränkt.“

Als Beispiel nannte er die Kinderbetreuung für Erwerbstätige. „Die Arbeitsmarktsituation könnte durch eine Änderung des Betreuungsschlüssels verbessert werden. Vielen Eltern fehlt es an Kinderbetreuung, wodurch eine Lücke an qualifizierten Arbeitnehmern entsteht. Viele Auszubildende oder angehende Betreuer könnten in den Kitas für eine Entlastung sorgen, dürfen jedoch in der Kinderbetreuung nicht mehr aktiv sein. Wenn wir die Bedingungen hier verbessern, könnte die Wirtschaft mehr Fach- und Arbeitskräfte einstellen.“

Thomas Wolff tritt mit Leidenschaft für eine positive Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz ein. Sein Engagement zielt darauf ab, bestehende Strukturen zu optimieren und neue Wege für Wachstum und Innovation zu ebnen – immer mit dem Ziel vor Augen, eine nachhaltige Zukunft für alle Beteiligten zu schaffen. □



Thomas Wolff

ist Vorsitzender des Beirats wolcraft GmbH und hat als erfolgreicher Geschäftsführer das Familienunternehmen wolcraft zu einem der europaweit führenden Hersteller in der Werkzeugbranche entwickelt. Die wolcraft GmbH, renommierter Hersteller und Anbieter von Elektrowerkzeug-Zubehör, gilt als Mitbegründer und Impulsgeber der deutschen DIY-Branche. Mit seiner langjährigen Erfahrung möchte er als neuer Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz neue Impulse setzen.

Rückblick Einblick Ausblick



Nordrhein-Westfalen

Wirtschaftstag Nordrhein-Westfalen 2024

**NRW – Deutschland – Europa: Die Lage ist ernst.
Was ist jetzt zu tun?**

Über 400 Gäste waren der Einladung von **Paul Bauwens-Adenauer**, Landesvorsitzender des Wirtschaftsrats Nordrhein-Westfalen, zum Wirtschaftstag 2024 in Düsseldorf gefolgt. Hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Politik diskutierten über die zentrale Fragestellung „NRW – Deutschland – Europa. Die Lage ist ernst. Was ist jetzt zu tun?“ in den Räumlichkeiten der DZ BANK AG in Düsseldorf.



Foto: Tabea Treichel

Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes NRW und Chef der Staatskanzlei im Gespräch mit Paul Bauwens-Adenauer, Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates in NRW

Die Reden von **Hendrik Wüst MdL**, Ministerpräsident NRW und **Nathanael Liminski**, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei machten deutlich, welche Rahmenbedingungen die Wirtschaft in unserem Land braucht, um im europäischen Wettbewerb weiterhin stark zu bleiben. Auch Strategien und Handlungen, die

sich aus den veränderten politischen Rahmenbedingungen in Europa ergeben, wurden in den Blickpunkt genommen. Zu den Themen „Welche Ordnungspolitik braucht Europa?“, „Nordrhein-Westfalens Wirtschaft im Herzen Europas“



Foto: Tabea Treichel

Gut besuchter Wirtschaftstag NRW in der Landeshauptstadt Düsseldorf

und „Moderne Energiepolitik für eine starke Wirtschaft“, diskutierten unsere Ehrengäste **Dr. Christian Brauckmann**, Mitglied des Vorstandes, DZ BANK AG, **Andreas Feicht**, Vorstandsvorsitzender der RheinEnergie AG, **Isabelle Kirschbaum-Rupf**, Gesellschafterin und Mitglied der Geschäftsleitung der Rupf Industries GmbH, **Carl Martin Welcker**, Geschäftsführer der Alfred H. Schütte GmbH & CO. KG, **Prof. Dr. Gunther Schnabl**, Leiter des Instituts für Wirtschaftspolitik der Universität Leipzig und Senior Advisor, Flossbach von Storch Research Institute.



Foto: Tabea Treichel

v.l.n.r. Paul Bauwens-Adenauer, Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates in NRW, Hendrik Wüst, Ministerpräsident NRW, Dr. Christian Brauckmann, Mitglied des Vorstandes, DZ BANK AG

Baden-Württemberg

8. Süddeutscher Wirtschaftstag debattiert aktuelle Themen von Energiepolitik bis Außenhandel



Am 19. September waren die Mitglieder der Landesverbände Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland des Wirtschaftsrats zum 8. Süddeutschen Wirtschaftstag nach Heidelberg eingeladen, um über aktuelle wirtschaftliche und politische Themen zu diskutieren. Die rund 400 Gäste konnten sich zum Auftakt neben einer Rede von Präsidentin **Astrid Hamker** auch auf einen Impuls des Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg, **Manuel Hagel**, freuen, in dem dieser die aktuellen Probleme der Bundesrepublik und marktwirtschaftliche Lösungswege für ein zukunftsfähiges Deutschland benannte.

Nach einer kurzweiligen Panel-Diskussion zu den globalpolitischen Herausforderungen im Außenhandel konnten sich die Teilnehmer für ein Thema entscheiden, das ihnen besonders am Herzen lag und sich an der Diskussion beteiligen. Dabei standen mit den Bereichen Künstliche Intelligenz, Entbürokratisierung und Energie drei entscheidende Zukunftsthemen zur Auswahl. Eine ganze Reihe von überregional bekannten Persönlichkeiten, wie etwa die Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung des Landes Hessen, **Prof. Dr. Kristina Sinemus**, oder der Familienunternehmer und Geschäftsführer der dm-drogerie markt GmbH & Co. KG, **Christoph Werner**, zogen die Mitglieder an.

Auch im Abendprogramm erwartete die Gäste noch ein weiteres Highlight. Moderiert von **Corinna Egerer** standen mit

Vadym Kostiuk, Generalkonsul der Ukraine, und **Talya Lador-Fresher**, Generalkonsulin des Staates Israel, zwei gefragte Diplomaten Rede und Antwort und berichteten über die Lage in ihren Heimatländern. Dabei wurden auch durchaus kontroverse Themen wie ein möglicher Friedensvertrag mit Russland oder die Option einer 2-Staaten-Lösung im Nahen Osten angesprochen. Im Anschluss an die spannenden und informativen Vorträge und Diskussionen kamen die Anwesenden schließlich bei einem Dinner zusammen, um sich über die gemachten Erfahrungen auszutauschen.



Manuel Hagel, Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Baden-Württemberg

Foto: Wirtschaftsrat



Bremen

Norddeutscher Wirtschaftstag 2024: Perspektiven schaffen, Chancen nutzen!

Hochkarätige Gäste diskutierten in Bremen unter anderem über die Zukunft von Energie, Verkehr, Bauwirtschaft, Maritimer Wirtschaft sowie den Standort Deutschland aus norddeutscher Perspektive beim Norddeutschen Wirtschaftstag der fünf Landesverbände. „Entscheidend ist, jetzt Handlungsfähigkeit des Staates nachzuweisen und mit Mut und Entschlossenheit den Herausforderungen der Zeit zu begegnen. Negatives Wirtschaftswachstum hat es in den letzten Jahrzehnten in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht gegeben. Diese Entwicklung ist Gift für die Soziale Marktwirtschaft und birgt auch gesellschaftspolitischen Sprengstoff. Die länderübergreifende Zusammenarbeit muss jetzt verstärkt und den Unternehmen endlich wieder Vorfahrt gewährt werden!“, machte **Jörg Müller-Arnecke**, Landesvorsitzender des gastgebenden Landesverbandes Bremen, zur Eröffnung deutlich.

Bremens Bürgermeister **Dr. Andreas Bovenschulte**, SPD, sah große Herausforderungen im Bereich der maritimen Wirtschaft und forderte ebenfalls eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes: „Unsere zentralen Häfen sind nicht nur Aufgabe der Länder, sondern sind zur Sicherung der Versorgungssicherheit und der äußeren Sicherheit auch Aufgabe des Bundes. Wegen dieser nationalen Bedeutung bedarf es nicht nur einer nationalen Hafenstrategie, sondern auch einer nationalen Finanzierungsbeteiligung.“ **Astrid Hamker**, Präsidentin des Wirtschaftsrates, betonte: „Während wir uns weiterhin einreden, dass unsere Energiepolitik Vorbildcharakter besitzt, ist die deutsche Energiewende dabei, durch Kostenexplosion und Versorgungsunsicherheit

im Ausland zum Abschreckungsbeispiel zu werden, wie sich ein einst blühender Industriestandort durch verfehlte Politik selbst zugrunde richtet.“ Sie machte deutlich, dass es eines grundsätzlichen Umsteuerns in der Klimapolitik bedürfe: Man müsse dahin kommen, die Kosten der Klimapolitik anhand von Kosten-Nutzen-Analysen zu evaluieren.

Auf dem Podium „Standortpolitik“ diskutierten unter der Moderation von **Anja Zerbin**: **Carsten Klude**, Chefvolkswirt M.M.Warburg & CO; **Jan Oliver Buhlmann**, CEO Buhlmann Gruppe; **Dr. Wiebke Winter** MdBB, stellv. Fraktionsvorsitzende CDU-Bürgerschaftsfraktion in Bremen, sowie **Nils Schnorrenberger**, Geschäftsführer Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BiS). Die Referenten waren sich einig, dass es vielen Unternehmen an Vertrauen in den Standort Deutschland mangle. Hohe bürokratische Hürden, eine große Anfälligkeit gegenüber Schwankungen im Welthandel, die fehlende Planungssicherheit mit Blick auf die Energiepolitik, aber auch der Fachkräftemangel, stellten einige Gründe dar.

Auf dem Podium „Energiewirtschaft“ diskutierten unter den beiden Moderatoren **Dirk Briese**, Geschäftsführender Gesellschafter trend:research GmbH Institut für Trend- und Marktforschung, und **Markus Lesser**, Industrial Advisor, **Bärbel Heidebroek**, Präsidentin Bundesverband WindEnergie e.V.; **Ulf Gehrckens**, Vice President Aurubis AG; **Thorsten Hahn**, CEO Holcim Deutschland, sowie **Dr. Karsten Schneiker**, Vorstandssprecher swb AG, über die Energiewende in Norddeutschland. Erneuerbare prägten den Markt immer mehr, das Strommarktdesign entwickle sich aber nur langsam weiter, sei weiterhin vom fossilen



Jörg Müller-Arnecke: Die Hafeninfrastruktur braucht die Unterstützung des Bundes

Foto: Wirtschaftsrat/Yannik Gärtner

Denken geprägt. Erzeugung und Verbrauch müssten bestmöglich synchronisiert werden. Anreize müssten gestaltet werden, damit sich der Verbrauch der Erzeugung so weit wie möglich anpasse. Auf der anderen Seite müsse – unabhängig von den Erneuerbaren – auch eine beständige und verlässliche Grundlieferung gewährleistet sein. Das Design sei so weiterzuentwickeln, dass jede Erzeugungsart fair und auf Basis korrekter Messgrößen nachvollziehbar kalkuliert werden könne und daraus verlässliche Preise ableitbar seien.

Wie kann die marode Verkehrsinfrastruktur in Deutschland wieder instandgesetzt werden? Diese Frage stand im

Foto: Wirtschaftsrat/Yannik Gärtner



Wirtschaftsrats-Präsidentin Astrid Hamker ruft dazu auf, Marktwirtschaft und Klimaschutz wieder zu verbinden

Mittelpunkt des Panels zur Verkehrsinfrastruktur. Allein in Niedersachsen müssten in den nächsten 15 Jahren rund 200 marode Brücken im Landesstraßennetz saniert werden. Dies wurde von Experten auf einer Fachveranstaltung diskutiert, an der unter anderem **Enak Ferlemann MdB**, Mitglied Bundestagsausschuss für Wohnen und Stadtentwicklung, sowie **Hartmut Höppner**, Staatssekretär Bundesministerium für Digitales und Verkehr, teilnahmen. Weitere Referenten waren **Lars Keller**, Geschäftsführer F. Winkler GmbH, und Prof. **Christian Lippold**, Autobahn GmbH des Bundes.

Die Bauwirtschaft zwischen Nachhaltigkeit, Kosten und Effizienz: Wie entwickelt sich die Branche? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Diskussion im Panel Bauwirtschaft. Zu den Referenten gehörten **Alexander Neumann**, Geschäftsführer AND Holding UG; **Ingo Hübner**, operativer Geschäftsführer WIRO Wohnen in Rostock Wohnungsgesellschaft mbH; **Uwe Schmidt MdB**, stellv. Vorsitzender Landesgruppe Niedersachsen/Bremen SPD-Bundestagsfraktion; **Jörn-Peter Makko**, Geschäftsführer Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e.V., sowie **Alexander Blazek**, Vorstandsvorsitzender Haus & Grund Schleswig-Holstein. Die Diskussion wurde von **Hauke Harders**, Geschäftsführer der Boden & Bauschutt GmbH & Co. KGaA, moderiert. In der Wohnungsbauwirtschaft wachse die Hoffnungslosigkeit. Die Wohnungsknappheit sei insbesondere in urbanen westdeutschen Gebieten evident und es werde zunehmend schwieriger, den Wohnraumrückstand in Deutschland aufzuholen. Langsame Genehmigungsverfahren, wachsende

Bürokratie, schlechte Infrastruktur und hohe Kosten seien die wesentlichen Gründe.

„Medizinische Versorgungssicherheit neu gedacht – Transparenz, Effizienz und Qualität“ war das Thema des **Panels Gesundheitswirtschaft**. Zu den Referenten zählten **Simone Borchardt MdB**, Mitglied im Gesundheitsausschuss für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion; **Franzel Simon**, Klinikgeschäftsführer Helios Hansekllinikum Stralsund; **Heike Sander**, Landesgeschäftsführerin Barmer Niedersachsen und Bremen, sowie **Prof. Dr. Andrea Braun von Rheinersdorff**, Dekanin Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Management im Gesundheitswesen an der Hochschule Osnabrück. Die Moderation übernahm **Dr. John F. Nätthke**, Geschäftsführer DIAKO Krankenhaus gGmbH Flensburg, Vorsitzender Landesfachkommission Gesundheitswirtschaft für das Land Schleswig-Holstein. Das Gesundheitssystem kränkele. Höhere Ausgaben allein verbesserten das System nicht, da die Probleme primär struktureller Natur seien. Die Referenten waren sich einig, dass es eine Umstrukturierung des Gesundheitssystems brauche, um die Effizienz und Qualität der Versorgung sicherzustellen.

Im Panel „Maritime Wirtschaft“ diskutierten unter der Moderation von **Tessa Rodewaldt**, Geschäftsführerin Maritime Plattform e.V.: **Arne Ehlers**, Kapitän und geschäftsführender Gesellschafter Bremer Reederei; **Enak Ferlemann MdB**, Staatssekretär a. D., Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie **Jens Broder Knudsen**, Geschäftsführender Gesellschafter Sartori & Berger, über die Bedeutung der maritimen Wirtschaft für Deutschland. Sie sei der Garant für Wohlstand, Frieden und Freiheit. Häfen, ihre seewärtigen Zufahrten, ihre Hinterlandanbindungen seien nationale Aufgabe, bei der die Bundesregierung gestalterisch und finanziell gefordert sei. Die nationale maritime Strategie habe einen entscheidenden Fehler: Sie müsse mit Geld hinterlegt werden. Mit 38 Millionen Euro vom Bund sei es nicht getan. Eine halbe Milliarde werde es brauchen, um, ergänzt durch eine tragbare Kofinanzierung der Länder, die Häfen durchzusanieren.

Gastgeber **Jörg Müller-Arnecke** übergab nach seinem Schlusswort das Steuerrad an den nächsten Ausrichter der Veranstaltung stellvertretenden Landesvorsitzenden des Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein, **Prof. Dr. Stefan Liebing**.

Foto: Wirtschaftsrat/Yannik Gärtner



Vollbesetzter Saal beim Norddeutschen Wirtschaftstag 2024: Unternehmer aus fünf Bundesländern diskutierten in Bremerhaven



Hessen Parlamentarischer Abend in Berlin

Am Vorabend des Wirtschaftstages 2024 begrüßte der hessische Landesvorsitzende **Dr. Joachim von Schorlemer** 300 Mitglieder und Gäste im AXICA Forum der DZ Bank AG. **Uwe Fröhlich**, Co-Vorstandsvorsitzender der DZ Bank AG, forderte eine grundlegend neue Einstellung des Staates in Sachen Bürokratie und eine gesündere Einstellung gegenüber seinen Bürgern und Unternehmen.



Wirtschaftsrats-Generalsekretär Wolfgang Steiger stimmt die Mitglieder auf den Wirtschaftstag ein

„Eine Alternative für die Soziale Marktwirtschaft gibt es nicht,“ war die Botschaft von **Michael Brand MdB**, Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Hessen. Daher sei eine von Ideologie getriebene Politik fehl am Platz, stattdessen brauche es mehr Vernunft und eine Begrenzung der Sozialausgaben sowie steuerliche Reformen.

Manfred Pentz MdL, hessischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, betonte

die Wichtigkeit eines vereinten Europas und erinnerte an das Kernelement Europas: „Der Binnenmarkt mit Sozialer Marktwirtschaft, der uns den Wohlstand erst ermöglicht hat.“

Die Themen Radikalisierung und die zunehmende Demokratiefeindlichkeit griffen **Roland Koch**, hessischer Ministerpräsident a. D. und Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, und **Peter Gerber**, Vorsitzender der Geschäftsführung Condor Flugdienst GmbH, in ihren Keynotes auf. Perspektivlosigkeit und ungeklärte Identitätsfragen befeuerten die Probleme, daher müssten die politischen Rahmenbedingungen verbessert werden, um das Aufstiegsversprechen wieder aufleben zu lassen, so Gerber.

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, sorgte für Vorfreude auf das Programm des Wirtschaftstages 2024 und ehrte die Sektion Marburg-Biedenkopf als Sektion des Jahres. Sektionssprecher **Prof. Dr. Christian Höftberger**, Geschäftsführer der Dr. Höftberger GmbH, nahm die Auszeichnung stellvertretend für den gesamten Sektionsvorstand entgegen.



v.l.n.r. Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch, Ministerpräsident a.D. und Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, lauscht den Botschaften von Peter Gerber, Vorsitzender der Geschäftsführung Condor Flugdienst GmbH, Michael Brand MdB und Manfred Pentz MdL



Thüringen Unternehmer im Dialog mit CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann und dem Erfurter IHK-Präsidenten Dieter Bauhaus

Wie gestalten wir auf Bundesebene die Trendwende zurück zu einer führenden Industrienation? Dazu hatten die Landesverbände Thüringen und Sachsen-Anhalt im Wirtschaftsrat Dr. Carsten Linnemann MdB, Generalsekretär der CDU Deutschlands, und Dieter Bauhaus, Präsident der Industrie- und Handelskammer Erfurt, als Diskussionspartner geladen. Über 70 Unternehmer verfolgten die Diskussion und stellten ihre Fragen. Im Fokus standen die Wirtschafts-, Innovations- und Arbeitsmarktpolitik, die Attraktivität Deutschlands und Thüringens als Arbeits- und Lebensmittelpunkt, Bildung und Infrastruktur.

Zustimmung erfuhr Dr. Carsten Linnemann für seine Ankündigung eines Kurswechsels „weg von einer belehrenden hin zu einer pragmatisch realen Politik“. Insbesondere um Planungssicherheit für die Wirtschaft zu garantieren, gelte es, den jeweiligen Entscheidungsebenen abgegrenzte Verantwortungen zuzuordnen. Aufgabe der Politik sei es geeignete Rahmen zu schaffen und nicht selbst zu entscheiden, welche Technologie am zukunftssichersten ist. Deutschland hat nach seinen Worten mit seinen praxisnahen Forschungseinrichtungen etwa den Fraunhofer-Instituten, Fachhochschulen und Familienunternehmen, beste Voraussetzungen wieder „Innovationsstandort Nummer 1“ zu werden. Doch gelte es hierfür, junge Ingenieure und Existenzgründer mit entsprechenden Freiräumen in Deutschland zu halten.

Auch Dieter Bauhaus sah in der Rückbesinnung der Politik auf die Schaffung von Rahmenbedingungen die Erfolgchance für Bürokratieabbau, Fachkräftesicherung und Nachwuchsgewinnung. Er warnte vor einer „bereits schleichenden Deindustrialisierung Thüringens. 85 Prozent unserer Unternehmen beschäftigen weniger als zehn Mitarbeiter. Fehlt einem Betrieb nur ein Mitarbeiter, können nur weniger Aufträge realisiert werden“. Im Interesse Thüringens müssten Infrastrukturprojekte und die Reform der Verwaltungen durch Aufgabenkonzentration umgesetzt werden.



v.l.n.r. Mihajlo Kolakovic, Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen im Wirtschaftsrat moderiert den Austausch mit Dr. Carsten Linnemann MdB, Generalsekretär der CDU Deutschlands



Sachsen-Anhalt Sommerempfang mit Ministerpräsident Rainer Haseloff

Ins Werk von SKW Piesteritz in Lutherstadt Wittenberg hatte der Landesverband Sachsen-Anhalt zum Sommerempfang geladen. Fast 80 Mitglieder nutzten die Gelegenheit, sich bei einer Werksführung über die Herausforderungen und Chancen der Industrie und des Rohstoffsektors zu informieren. Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch des Ministerpräsidenten Dr. Rainer Haseloff. In seiner Rede hob er die herausragende Bedeutung der deutschen Industrie für die gesamte Volkswirtschaft hervor und betonte die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken.

Wirtschaftsrats-Generalsekretär Wolfgang Steiger nutzte die Gelegenheit, um die aktuelle Wirtschaftspolitik der Bundesregierung kritisch zu hinterfragen. Er warnte vor den Gefahren der aktuellen Energie- und Rohstoffpolitik und forderte einen stärkeren Fokus auf die Belange der Industrie. Steigers Impuls stieß bei den Anwesenden auf breite Zustimmung und löste eine angeregte Diskussion aus.



Foto: Wirtschaftsrat

Ministerpräsident Rainer Haseloff und Wirtschaftsrats-Generalsekretär auf dem Sommerempfang des Landesverbandes

Hamburg Highlight-Veranstaltung mit Hamburgs Ersten Bürgermeister a.D. Ole von Beust



Ole von Beust machte eine „ambivalente Stimmung“ in der Bevölkerung aus: „Ich merke, dass die Zweifel, die Fragen bis tief ins bürgerliche Lager hineingehen.“ Die Stimmung sei von einer tiefen Vertrauenskrise geprägt. „Wir haben inzwischen eine Ablehnung dieser Bundesregierung, die demoskopisch betrachtet bei 70 bis 75 Prozent liegt“, betonte von Beust. Dazu komme der noch geringere Beliebtheitsgrad des Bundeskanzlers. Als Gründe führte er Fehler der Bundesregierung in Haltung und Inhalt an. „Nach meiner politischen Erfahrung, wenn Sie nicht gerade ein großes polarisierendes Ja/Nein-Thema haben, sind bei der Bewertung der Politik die Ausstrahlung, das Gefühl, ich bin in guten Händen, wichtiger als der Inhalt“, erklärte er, und ergänzte: „Was den Inhalt angeht, hat diese Bundesregierung so viele handwerkliche Fehler gemacht, dass man Fragen kann, wo da eigentlich noch der inhaltliche Anker ist, den sie auswerfen können. Von dem Chaos um das Heizungsgesetz über die kurzfristige Streichung der Prämie für E-Autos, über das Hin und Her bei der Kindergrundsicherung bis hin zur Abschaltung von Kernkraftwerken in Zeiten, in denen wir dringend Energie brauchen.“ Die Menschen wollten zwar Debatte und Diskussion, wünschten sich aber dann, dass diejenigen, die regieren, an einem Strang ziehen. Ole von Beust forderte von der Politik eine ehrliche Problemanalyse, die aufzeige, wie schwierig die Lage ist. Danach müssten Prioritäten gesetzt werden.



Foto: Wirtschaftsrat

Ole von Beust

Impressum

Herausgeber:

Astrid Hamker, Präsidentin, für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:

Klaus-Hubert Fugger, Chefredakteur / Katja Sandscheper, Redakteurin

Wissenschaftliche Beratung:

Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:

Redaktion Trend
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301, Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung:

 Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführer:

Iris Hund
Klaus-Hubert Fugger (v.i.S.d.P.)
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-401, Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG/Bonn, 3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00, BIC: DEUTDE330380

Verlag:

 Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:

Katja Sandscheper, Telefon 030/24087-301

Gesamtherstellung:

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise:

 quartalsweise

Anzeigenpreise:

 Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen:

 Beim Verlag

Bezugsbedingungen:

Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.



Foto: Fotolia.com ©mitria



Foto: Fotolia.com ©IvicaNS

Im Spiegel der Medien

Die Welt | 26.08.2024

Die Industrie soll Strom verbrauchen, wenn das Angebot der Erneuerbaren am größten ist. Aber geht das? Das ist eher die Ausnahme, warnte Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU und ihr Generalsekretär Wolfgang Steiger in ihrem Brief: Es dürfe „keinesfalls übersehen werden, dass für eine Vielzahl von Unternehmen eine **Flexibilisierung** aus technischen Gründen ausscheidet, da sie kontinuierliche Produktionsprozesse haben.“

Cicero online | 19.08.2024

Die EU steht vor einer entscheidenden Phase in ihrer industriellen Entwicklung. Insbesondere die **Wettbewerbsfähigkeit** der EU muss im Vordergrund stehen, und ökologische Ziele müssen mit wirtschaftlichen Realitäten vereint werden. Das gilt auch für den „Green Deal“, fordert die Präsidentin des Wirtschaftsrates Astrid Hamker in einem Gastbeitrag.

Frankfurter Allgemeine Zeitung | 17.08.2024

Einen grundlegenden Kurswechsel der Arbeitsmarktpolitik fordert nun der Wirtschaftsrat der CDU. „Für den Sprung möglichst vieler Transferempfänger in Beschäftigung ist ein flexiblerer Arbeitsmarktrahmen erforderlich“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Wir brauchen wieder vermehrt **Zeitarbeit** als flexible Beschäftigungsform.“

Frankfurter Rundschau | 05.08.2024

Der Wirtschaftsrat fordert weitere Anpassungen am **Heizungsgesetz**, mehr Flexibilität und eine größere Offenheit für verschiedene Technologien. Generalsekretär Wolfgang Steiger sieht eine „massive Überforderung für die Hausbesitzer durch dieses immer noch schlechte Gesetz.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung | 03.08.2024

Der Wirtschaftsrat forderte die Regierung auf, vor allem „zusätzliche ideologische **Sozialprojekte** wie die sogenannte Kindergrundsicherung von der Tagesordnung zu nehmen“.

Die Welt | 19.07.2024

Kritisch bewertet auch der Wirtschaftsrat die neue Partei. Die Vorstellungen **Sahra Wagenknechts** passten nicht in die kritische Lage, wo man sich Sorgen um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und damit um die Arbeitsplätze machen müsse, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Wer mit Verstaatlichung, Einschränkung des Wettbewerbs und staatlich festgelegten Löhnen liebäugelt, schreckt notwendige Inves-

itionen ab. Insofern muss man sich sehr genau ansehen, welche Zugeständnisse man ihrem Bündnis machen kann, ohne den Standort zu beschädigen.“

Fuldaer Zeitung | 17.07.2024

Generalsekretär Wolfgang Steiger lehnt eine „**Kindergrundsicherung**“ ab und fordert, dass Transfereinkommen dadurch keinesfalls gegenüber Arbeit noch attraktiver gemacht werden darf.

finanzen.net | 03.07.2024

Der Wirtschaftsrat fordert eine Abschaffung des **Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetzes**. „Der Bundeswirtschaftsminister hat vollmundig angekündigt, das nationale Lieferkettengesetz pausieren zu wollen“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Doch bisher ist leider nichts geschehen, und wir laufen in die parlamentarische Sommerpause.“ Die Unternehmen brauchten jetzt Rechtssicherheit.

Bild | 11.06.2024

Forscher sollen Wirtschaftsminister Robert Habeck bis Ende 2024 ein strategisches Konzeptpapier aufschreiben, mit dem er ein Stück wegwill von **Ludwig Erhards** altem Klassiker „Wohlstand für alle“. Beim Wirtschaftsrat der CDU e.V. hält man die Ausschreibung für Quatsch. Generalsekretär Wolfgang Steiger: „Wohlstand für alle entsteht durch wirtschaftliches Wachstum. Da ist Deutschland gerade das Schlusslicht der Industrienationen, weil es Grundregeln Ludwig Erhards nicht beherrscht und der Bundeswirtschaftsminister sie nicht beherzigt.“

RP-Online Rheinische Post | 22.05.2024

In den Reihen der Union geht die Sorge vor einer **Kostenexplosion** bei der Energiewende um, die auch die Strompreise für Endverbraucher nach oben treiben könnte. Nun machen CDU-nahe Wirtschaftsvertreter und Klimapolitiker einen Vorstoß, Stromleitungen künftig wieder überirdisch zu bauen anstatt unter der Erde zu verlegen. Der Wirtschaftsrat und der Verein Klimaunion warnen vor einer „Kostenexplosion bei der Energiewende“.



©Klaus Suttman



12.000.000.000

Das Ringen um den **Bundeshaushalt** nimmt kein Ende: Mindestens 12 Milliarden Euro groß ist die Lücke für das Jahr 2025. Die Experten des IW Köln gehen von einem viel größeren Fehlbetrag aus: 28 Milliarden Euro für 2025 und für die Jahre 2026 bis 2028 135 Milliarden Euro.

Quelle: IW Köln



3.000

Die geplante Investition von Intel in Magdeburg ist auf Eis gelegt. Wegen Sparmaßnahmen des US-Konzerns soll das Halbleiterwerk erst in zwei Jahren gebaut werden. Rund 3.000 **Arbeitsplätze** hätten dort entstehen sollen. Seitdem streitet die Bundesregierung darüber, ob mit 10 Milliarden Euro Löcher im Bundeshaushalt gestopft werden sollen oder in den Klima- und Transformationsfonds fließen.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung



70

Die Deutsche Bahn hat ihr **Pünktlichkeitsziel** von 70 Prozent aller Züge für 2024 aufgegeben. Im ersten Halbjahr waren nur 62,7 Prozent der Fernzüge ohne größere Verzögerungen am Ziel. Das sind sechs Prozent weniger als noch ein Jahr zuvor.

Quelle: Spiegel

Zahlen des Quartals



204.000

Mitte dieses Jahres waren 204.000 **Ausbildungsplätze** nicht besetzt. Ein Drittel aller Betriebe hat keine einzige Bewerbung bekommen, das sind rund 30.000 Firmen. Allein im Handwerk konnten 30.000 Stellen nicht besetzt werden.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, DIHK



12

Satte 12 Milliarden Euro werden Banken und Konzerne in Zukunft in Start-ups stecken. Das hat die Bundesregierung ihnen abgerungen, um Start-ups so gut zu unterstützen wie das Nachbarland Frankreich. Kern ist ein neuer Risikokapital-Topf, der Gründer mit mehr **Wachstumskapital** versorgen soll.

Quelle: Welt



15

Bundarbeitsminister Heil fordert 15 Euro **Mindestlohn** ab 2026 und greift damit der Mindestlohnkommission vor. Grund sei eine EU-Mindestlohnrichtlinie, nach der Mindestlohn in Deutschland auf 60 Prozent des mittleren Lohns steigen müsse. Die Staaten können sich, müssen sich aber nicht an diesem Referenzwert orientieren.

Quelle: Tagesschau

Linke Parteien lassen Migrations-Lücke

Wer sich darüber wundert, dass AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht rund die Hälfte der Wählerstimmen gewinnen können, nimmt die Ausrichtung von Parteien in unseren Nachbarstaaten nicht zur Kenntnis. Wenn SPD, Grüne und Linke nicht durch ihre naive Migrationspolitik im linken Spektrum eine so große Lücke gelassen hätten, wäre der Ex(?)-Kommunistin Sahra Wagenknecht nicht dieser Durchmarsch gelungen – und auch die AfD in sozialen Brennpunkten in Ost wie West so stark. Linke Parteien in Skandinavien und auch anderswo in Europa treten längst ein für eine restriktivere Politik gegenüber Armutsmigration. Und wir dürfen nicht vergessen, dass ungelernte Migranten in direkte Konkurrenz treten zu schlechter ausgebildeten Mitbürgern. Letztere sind eine Wählergruppe, um die sich linke Parteien eigentlich kümmern wollten und sollten, die sich aber von SPD und Linken immer weniger repräsentiert fühlt.

Insbesondere in Osteuropa treten fast alle Parteien im politischen Spektrum für eine sehr restriktive Zuwanderung ein, wollen sich auch keine Asylbewerber über europäische Schlüssel zuweisen lassen. Ist das „nur“ ausländerfeindlich oder nehmen sie die Stimmung der Bürger auf? Mag der Grund womöglich in den Ergebnissen der Migrations- und Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte in West- und Nordeuropa liegen?



Ihr Spindoktor

Wirtschaftsrat**Exklusiv** ist mehr als nur ein Mitgliederausweis.



Freuen Sie sich auch in diesem Jahr über vielfältige Angebote unserer langjährigen Kooperationspartner:

- ▶ Coworking-Anbieter Mindspace
- ▶ Business-Clubs:
 - Airport Club Frankfurt
 - Industrie-Club Düsseldorf
 - ROTONDA Business Club Köln



Wir danken der Quirin Privatbank AG und ihrer digitalen Tochter quirion AG für ihre freundliche Unterstützung.



Neugierig geworden?
Entdecken Sie alle Informationen auf unserer Website.

Urenco Deutschland GmbH

The energy to succeed

Stellen Sie sich eine Welt vor, in der Energie sauber, sicher und für alle zugänglich ist. Eine Zukunft, in der innovative Lösungen den Weg in eine CO₂-freie Gesellschaft ebnen.

Urenco ist seit über 50 Jahren Vorreiter in der nachhaltigen Energieversorgung. Unsere fortschrittliche Zentrifugentechnologie versorgt 21 Länder weltweit mit kohlenstoffarmer Energie und trägt so entscheidend zur Reduzierung globaler CO₂-Emissionen bei.

Doch wir machen mehr. Unsere Isotopentechnologie ermöglicht jedes Jahr Millionen lebensrettender Krebsbehandlungen und liefert entscheidende Materialien für die Hightech-Industrie, insbesondere für die Produktion von Halbleitern. Mit unserer Technologie schaffen wir die Grundlage für innovative Anwendungen in der Medizin und Industrie.

Wir investieren kontinuierlich in Forschung und Entwicklung, um die nächste Generation nachhaltiger Technologien voranzutreiben und somit eine bessere Zukunft für alle zu schaffen.

Entdecken Sie, wie wir schon heute die Lösungen für morgen entwickeln. Gemeinsam schaffen wir eine CO₂-freie Zukunft, in der saubere Energie und nachhaltige Innovationen den Weg weisen.

Besuchen Sie unsere Webseite, um mehr über unsere Technologien und unsere Verpflichtung zur Nachhaltigkeit zu erfahren.

